BERLIN, SEPTEMBER 1937 IV. JAHRGANG 9. (verstärkte) FOLGE

Der Schulungsbrief

Außen-Politik im Zweiten Reich

Herausgeber: Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP.

Unsere Sammelmappe 1937

Auch für den wichtigen Jahrgang 1937 liefert der Zentralverlag der NSDAP. wieder den bereits bestens bekannten und bewährten Rohleinen-Jahreseinband, aber mit dem neuen Stabbindesystem. Diese Sammelmappe zum bequemen Selbsteinbinden der Schulungsbriefe in Buchform ist zum Preise von 1,10 RM. erhältlich, wenn die der vorliegenden Folge beigelegte Bestellkarte ausgefüllt und an die zuständige Ortsgruppe der NSDAP. eingeschickt wird.

Fehlende Folgen des Jahrgangs 1937 können auf dem gleichen Wege bestellt und nachgeliefert werden; ebenso Sammelmappen 1934-36 und zum Teil auch die dazugehörigen Schulungsbriefe. Jeder Freund und Leser der Schulungsbriefe hat so die Möglichkeit, sich ein wertvolles Handbuch unserer Weltanschauung zu beschaffen. Gerade eine umfassende nationalsozialistische Würdigung der jüngeren deutschen Vergangenheit stellt ein für jede Haus- und Amtsbücherei wichtiges Werk dar. Der Wert der einzelnen Schulungsbrieffolgen wird mit Hilfe einer Sammelmappe vervielfältigt.



Inhalt dieser Folge:

PREIS DIESER (VERSTÄRKTEN) FOLGE 20 RPF.

Schön

und künstlerisch wirkt der Schulungsbrief, den Ihnen der Politische Leiter monatlich für 15 Pfg. ins Haus bringt

Praktisch

ist es, die 12 Schulungsbriefe jedes Jahrgangs in eine Sammelmappe zu heften und in den Bücherschrank zu stellen.

Wertvoll

wird der Schulungsbrief, wenn man die einzelnen Jahrgänge vollständig besitzt: Ein politisches Nachschlagewerk ohne Vorbild!

Benutzen Sie daher vorliegende Bestellkarte zur Ergänzung fehlender Folgen und Sammelmappen.

Übernehmen Sie die Patenschaft für einen Ihnen bekannten und weltanschaulich interessierten Volksgenossen, der sonst zum Bezug der Schulungsbriefe nicht in der Lage wäre.

An die

Ortsgruppe

der NSDAP.

Ich bestelle hiermit zur Lieferung durch die für mich zuständige Ortsgruppe der NSDAP.

je 1 Sammelmappe „Der Schulungsbrief", Jahrgang 1934/1935/1936/1937/1938 in Ganzleinen zum Selbsteinheften, Stückpreis je RM. 1,10

je 1 „Schulungsbrief" der bereits erschienenen Folgen Nr. ....

....

den „Schulungsbrief" zur laufenden Aushändigung an ....

....

zum Jahresbezugspreis von RM. 1,90 bei 12 Folgen auf meine Kosten. Dem Empfänger ist mein Name nicht zu nennen.

Unterschrift: ....

(Nichtzutreffendes bitte durchstreichen) Ort u. Straße ....

Der Reichsschulungsbrief ist mit weit über 2 Millionen Beziehern das zentrale und größte Monatsorgan der NSDAP. und DAF. Er dient der weltanschaulichen Aufklärung und Fortbildung und kann von jedem politisch interessierten Volksgenossen durch die zuständige Ortsgruppe der NSDAP. bezogen werden.



Das zentrale Monatsblatt der NSDAP. und DAF. (Hauptschulungsamt der NSDAP. und Schulungsamt der DAF.) Herausgeber: Der Reichsorganisationsleiter

Als Bismarck dem kulturellen Streben der deutschen Nation die staatspolitische Einigung folgen ließ, schien damit für immer eine lange Zeit des Haders und des Krieges der deutschen Stämme untereinander beendet zu sein. Getreu der Kaiserproklamation nahm unser Volk teil an der Mehrung der Güter des Friedens, der Kultur und der menschlichen Gesittung. Es hat das Gefühl seiner Kraft nie gelöst von der tief empfundenen Verantwortung für das Gemeinschaftsleben der europäischen Nationen.

In diese Zeit der staats- und machtpolitischen Einigung der deutschen Stämme fiel der Beginn jener weltanschaulichen Auflösung der deutschen Volksgemeinschaft, unter der wir heute noch immer leiden. Und dieser innere Zerfall der Nation wurde wieder einmal, wie so oft, zum Verbündeten der Umwelt.

Der Führer am 21. März 1933

Dr. W. von Kloeber:

Von der Reichsgründung zum Weltkrieg
Deutsche Außenpolitik 1871–1914

Als am 18. Januar 1871 unter dem Schutze der verbündeten deutschen Armee der König von Preußen zum Deutschen Kaiser proklamiert wurde, begann eine neue Epoche der deutschen Geschichte. Zum erstenmal seit dem Zusammenbruch der staufischen Kaisermacht wird dem nun 600 Jahre währenden Auflösungsprozeß der deutschen Nation Einhalt geboten. An die Stelle der Zersplitterung in dynastische Einzelstaaten, mit ihren unheilvollen Kriegen Deutscher gegen Deutsche zugunsten fürstlicher Interessen, tritt nun wieder der festgefügte Bau eines Deutschen Reiches. Diese Errichtung einer starken europäischen Zentralmacht bedeutet das Ende der französischen Vormachtstellung, die unter Ludwig XIV. und Napoleon I. ihre Höhepunkte erklommen hatte und die unter dem eben niedergeworfenen Napoleon III. einen erneuten Aufschwung erfahren hatte. Es ist vorbei mit der Zeit, in der die Kräfte im deutschen Raum durch den Dualismus Preußen-Österreich und die Schaukelpolitik der deutschen Mittel- und Kleinstaaten gebunden sind und Frankreich immer auf eine französische Partei unter den gegnerischen Lagern rechnen konnte. Das neue Reich ist Frankreich von den Tagen seines Entstehens an militärisch überlegen. Die Rückkehr des Elsaß und Lothringens in den deutschen Staatenverband ist der Ausdruck für diese grundlegende Wandlung. Sie stellt die Wiedergutmachung des Deutschland in der Zeit der höchsten Türkenbedrohung zugefügten Raubes dar (Siehe Schulungsbrief, Folge 12/36) und verriegelt nunmehr Frankreich den Zugang zum Rhein, die Ausfallspforte nach Deutschland. Für Frankreich freilich wird dieses Elsaß-Lothringen zum Symbol für den Sturz aus der Höhe der europäischen Vormachtstellung. Die Revanchepartei verbindet mit dem Wunsch einer erneuten Losreißung dieser deutschen Länder das unverrückbare Ziel der Wiedererrichtung der französischen Vormacht auf der Basis einer Zertrümmerung der Einheit des Deutschen Reiches.

Raum und Volk

In dem festgefügten Bau des neuen Reiches und unter dem Schutze seiner Machtstellung sollte sich nun, ungehindert von äußeren Eingriffen, die innere deutsche Entwicklung und der gewaltige wirtschaftliche Aufstieg vollziehen können. So ist die Reichsgründung wohl der Ausgangspunkt des ungeahnten Aufschwunges des reichsdeutschen Volkes, aber sie bleibt doch von einer tiefen Tragik überschattet. Der jahrtausendalte Fluch der dynastischen Zerrissenheit liegt auch über ihr. Der Gegensatz der Häuser

Hohenzollern und Habsburg

führt zur unheilvollen Zerreißung des deutschen Raumes und des deutschen Volkes. Ein Drittel des deutschen Raumes, die deutschen Alpen- und Sudetenländer und ein Fünftel des deutschen Volkes, die zehn Millionen Deutsche des habsburgischen Kaiserstaates, bleiben jenseits der Reichsgrenzen. Die uralten deutschen Länder der Krone Habsburg, Vorarlberg und Tirol, die beiden Österreich ob und nid der Enns, Salzburg, Steiermark und Kärnten, ebenso wie der deutsche Volks- und Kulturboden in Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien, bleiben dem Zweiten Reiche fern. Sie bleiben fern, obwohl sie über ein Jahrtausend Länder des Ersten Reiches waren und noch im 19. Jahrhundert dem Deutschen Bund angehört hatten. Durch den Bruderkrieg von 1866 und die kleindeutsche Reichsgründung sind nicht nur die lockeren staatlichen Bande zerrissen worden, sondern auch die geistige Entwicklung der Deutschen im Reich und der Deutschen jenseits der Reichsgrenzen klaffte auseinander. Verständnislos stand der schwarzweißrote Patriot dem völkischen Ringen der deutschen Volksgenossen in der Donaumonarchie in der Folgezeit gegenüber, während beste Kräfte der Alpen- und Sudetendeutschen im Dienste der Habsburger um die Erhaltung des dynastischen Vielvölkerstaates rangen.

Erst Weltkrieg und Zusammenbruch haben die Gemeinsamkeit gesamtdeutschen Denkens im Reich und jenseits der Grenzen wieder zum Allgemeingut gemacht.

Das Reich selbst sollte unter der Tatsache, daß es nur einen kleindeutschen Rumpf umfaßte, in seiner politischen Entwicklung bestimmt werden. Die Ungunst der Grenzziehung zwang zu politischen Entschlüssen, die das Schicksal des Reiches bis zum Weltkrieg und Zusammenbruch bestimmen sollten.

Es war von ausschlaggebender politischer und strategischer Bedeutung, daß Böhmen, die „Zitadelle Mitteleuropas", nicht zum Reiche gehörte. Wie eine Festung liegt dieses alte Reichsland der Habsburger zwischen Schlesien und Bayern, ein zweiter Keil, der die deutsche Ostflanke aufriß. Wie eine schmale Halbinsel schob sich das reichsdeutsche Schlesien zwischen das habsburgische Böhmen und das russische Polen. So fest gefügt die deutsche Grenze mit den Vogesen und der Festung Metz nunmehr gegen Frankreich war, so tödlich mußte jede feindliche Koalition sein, die Österreich auf ihrer Seite gegen das Deutsche Reich sah.

Es war ein Unglück für das ganze deutsche Volk, daß der einzige Weg, der eine wirkliche Überwindung der kleindeutschen Raumverknappung und der Ungunst der Reichsgrenzen gebracht hätte, nicht beschritten werden konnte. Dieser Weg hätte über die Zertrümmerung der Habsburger Monarchie zur völligen Einigung des deutschen Volkes in Mitteleuropa durch Einbeziehung der historischen deutschen Alpen- und Sudetenländer führen müssen. Er hätte die baldige Überwindung der kleindeutschen Etappe durch eine großdeutsche Reichsgründung bedeutet. Dieser Weg war aber für das Bismarcksche Reich ungangbar.

Das Reich war nicht durch eine revolutionäre, nationale Volksbewegung geschaffen, wie etwa die Einheit Italiens. So blieb als Grundlage der Politik des Reiches nur das Interesse des mächtigsten deutschen Bundesstaates maßgebend, so wie dieses auch die deutsche Einigung bestimmt hatte. Das neue Reich war eine konservative Lösung. Ein Bund der Fürsten, war es seiner Natur nach konservativ, nämlich auf die Erhaltung des bestehenden Besitzstandes und der noch vorhandenen dynastischen Rechte gerichtet. Die Zerschlagung der Habsburger Monarchie wäre dem konservativen Prinzip dieses Fürstenbundes eine innere Unmöglichkeit gewesen, die Eingliederung ehemalig kaiserlich-österreichischer Länder unter neuen Dynasten unüberwindlichen Schwierigkeiten begegnet. War doch schon eine Einigung über die neue Stellung Elsaß-Lothringens als monarchischer Bundesstaat unmöglich gewesen und der „Reichsland"-Kompromiß geschaffen worden. Nicht zuletzt aber mußte Preußen selbst einer Erweiterung des Reichsgebietes ablehnend gegenüberstehen, denn die Führung der deutschen Bundesstaaten basierte auf der Tatsache, daß Preußen nach den Annexionen von 1866 selbst allein annähernd zwei Drittel des gesamten Reichsgebietes darstellte. Noch war die Zeit nicht gekommen, in der die Idee des Reiches an sich den Geist der preußischen Eigenstaatlichkeit zugunsten einer großdeutschen Ausweitung des Reiches überwunden hätte. Noch mußte Preußen durch den Hinzutritt der deutschen Länder Österreichs eine Beeinträchtigung seiner Vormachtstellung im deutschen Bundesstaat durch die Verstärkung des Süddeutschtums befürchten.

So ließ der dynastisch-bundesstaatliche Charakter des Zweiten Reiches eine für die nationale Einigung und zugleich für die Sicherheit des Reiches notwendige großdeutsche Expansionspolitik leider zu einer inneren Unmöglichkeit werden. Da die Grenzziehung des kleindeutschen Reiches aber gebieterisch nach einer Ergänzung verlangte, so trat an die Stelle der Eroberung der deutschen Länder Habsburgs

das Bündnis mit der Donaumonarchie

als die ständige Grundlage der deutschen Außenpolitik bis zum Weltkrieg.

Schon 1871 wird das Ziel der Wiederannäherung an den Gegner von 1866 in Angriff genommen. In Gastein, in Ischl und Salzburg finden Zusammenkünfte der beiden Monarchen und der leitenden Minister, Bismarck und Andrassy, statt. Hier wird der Besuch Kaiser Franz Josephs in Berlin festgelegt. Durch

die Dreikaiserzusammenkunft

im September 1872 in Berlin, an der neben Franz Joseph auch der russische Zar teilnimmt, wird die Freundschaft des Deutschen Reiches mit Österreich-Ungarn und Rußland dokumentiert. Das erste Ziel der Bismarckschen Außenpolitik ist erreicht: Bindung Österreich-Ungarns und Rußlands zum Zweck der Isolierung des revanchelüsternen Frankreichs.

Es sollte sich allerdings in den folgenden Jahren herausstellen, daß die russische Freundschaft für die Mittelmächte sehr problematisch war. Schon bei der sog. Krieg-in-Sicht-Krise des Jahres 1875 tritt Rußland zusammen mit England betont für ein militärisch starkes Frankreich ein. Das hier schon erschütterte Dreikaiserverhältnis sollte in der orientalischen Krise an dem elementaren Gegensatz zwischen Österreich und Rußland vollends in die Brüche gehen. Als sich damals im Zusammenhang mit dem **Russisch-Türkischen Krieg** auf dem Balkan die Gefahr eines russisch-österreichischen Krieges zeigte, hat Bismarck Rußland und Österreich wissen lassen, daß jede Schwächung der Großmachtstellung Österreich-Ungarns gegen das deutsche Interesse verstoße.

Der Berliner Kongreß 1878,

an dem unter Bismarcks Vorsitz alle europäischen Mächte zur Regelung der Balkanfrage zusammentraten (siehe Bildseite 3, Schriftltg.), sollte die Unsicherheit der deutsch-russischen Beziehungen und die Notwendigkeit einer festen Bindung Österreichs erkennen lassen. Schon ein Jahr darauf, 1879, wird der Zweibund zwischen dem Reich und Österreich-Ungarn abgeschlossen. In der Denkschrift, die Bismarck an seinen Kaiser schreibt, um ihm die Notwendigkeit des Bündnisses vor Augen zu stellen, weist er darauf hin, daß das kleindeutsche

Reich einer Ergänzung durch Österreich bedarf. Bismarck schreibt:

„Der Gedanke, daß ein Defensivbündnis mit Österreich als Ersatz der Garantien, welche früher der Deutsche Bund gewährte, den Abschluß der deutschen Politik Euerer Majestät zu bilden haben werde, ist für mich kein neuer. Ich habe schon bei den Friedensverhandlungen in Nikolsburg 1866 der tausendjährigen Gemeinsamkeit der gesamtdeutschen Geschichte gegenüber das Gefühl gehabt, daß für die Verbindung, welche damals zur Reform der deutschen Verfassung zerstört werden mußte, früher oder später ein Ersatz von uns zu beschaffen sein werde."

An die Stelle der Zusammenfassung des deutschen Raumes durch den 1866 zerschlagenen Deutschen Bund soll nun nach Bismarcks Willen ein Bund zwischen dem Reich und der Donaumonarchie treten. Bismarck denkt sich dieses Bündnis weitgehender, als es dann später verwirklicht werden konnte. Er will eine dauernde vielseitig organische Verbindung der beiden Reiche, die staatsrechtlich verankert sein soll und nur durch die Volksvertretungen der beiden Reiche gelöst werden kann.

Dieses Bündnisprojekt Bismarcks ist ein Wiederaufleben des alten achtundvierziger Programms, des „engeren und weiteren Bundes". Auch Bismarcks Ziel ist die Schaffung eines **Hundert-Millionen-Blocks**, dessen schlagfertige Organisation die Sicherheit des deutschen Raumes garantieren soll. Die Sicherheit für die Zuverlässigkeit des Bündnisses sieht Bismarck in dem deutschen Charakter Österreichs. „Schließlich gestatte ich mir", so schrieb er in der obenerwähnten Denkschrift an den Kaiser, „mit Bezugnahme auf die nationalen Empfindungen im gesamten Deutschen Reiche, noch auf die geschichtliche Tatsache ehrfurchtsvoll hinzuweisen, daß **das deutsche Vaterland nach tausendjähriger Tradition sich auch an der Donau, in Steiermark und in Tirol noch wiederfindet.** Diese Tatsache bleibt für die Haltbarkeit und für die Popularität unserer auswärtigen Beziehungen im Parlament und im Volke von wesentlicher Bedeutung."

Das am 7. Oktober 1879 unterzeichnete Bündnis zwischen dem Reich und der Donaumonarchie blieb weit hinter Bismarcks Plan zurück. Der Außenminister der Donaumonarchie, der Ungar Andrassy, widersetzte sich mit Erfolg einer so festen Bindung Österreich-Ungarns an das Reich. Der abgeschlossene Zweibund blieb lediglich ein völkerrechtliches Defensivbündnis, ohne feste staatsrechtliche, wirtschaftliche und sonstige Ergänzungen. Das Abkommen besagte lediglich, daß der Bündnisfall in Kraft tritt, wenn eine der beiden Mächte von Rußland angegriffen würde.

Ein so verklausulierter Defensivvertrag war zu schwach, um ein wirkliches Gegengewicht gegen die innere Auflösung der Donaumonarchie und eine Stärkung des deutschen Elementes in ihr zu bilden, aber doch wieder stark genug, das aufstrebende Reich auf Gedeih und Verderben mit dem Vielvölkerstaate zu verbinden. Bis zum bitteren Ende des Zusammenbruches beider Reiche haben die Deutschen des Reiches und der deutschen Länder Habsburgs so für einen Staat gekämpft, dessen deutscher Charakter von Jahrzehnt zu Jahrzehnt mehr und mehr verlorengegangen war.

Bismarck hatte in der Donaumonarchie noch das deutsche Österreich der Geschichte gesehen. Aber das deutsche Element in der Monarchie ist, seitdem die Reichsgrenze es vom Mutterland trennt, in einen hoffnungslosen Abwehrkampf gegen das Vordringen der nichtdeutschen Nationalitäten verwickelt. Nicht nur, daß in der ungarischen Reichshälfte der deutsche Einfluß seit dem Ausgleich mit Ungarn vollständig zu Boden liegt und die Madjaren eine Politik der Unterdrückung und Entnationalisierung der deutschen Volksgruppen durchführen, in der österreichischen Reichshälfte selbst liegen die zehn Millionen Deutschen im Kampf gegen 8½ Millionen Tschechen, Slowenen, Kroaten, Serben und Italiener, ein Kampf, bei dem die sieben Millionen Polen und Ruthenen des Kronlandes Galizien immer wieder den Ausschlag gegen das Deutschtum gaben. Mit der Proklamation des „historischen Staatsrechts", d. h. mit der Forderung eines tschechisch geführten 3. Staates neben Österreich und Ungarn, dem das gesamte Sudetendeutschtum ausgeliefert werden sollte, standen die Tschechen an der ersten Stelle gegen das Deutschtum. Seitdem aber das gesamte Deutschtum der Monarchie gegen die habsburgische Okkupation Bosniens und der Herzegowina opponierte, um einen weiteren Zuwachs slawischen Gebietes abzuwehren, standen in Wien Herrscherhaus und Regierung gegen das Deutschtum und begünstigten die Slawisierungsbestrebungen der Tschechen. Das Bündnis mit dem Reich wird tatsächlich zum Anlaß eines antideutschen Kurses, denn um die Tschechen mit dem außenpolitischen Kurs zu versöhnen, werden ihnen im Innern Zugeständnisse über Zugeständnisse gemacht. Schon ein Jahr nach Abschluß des Bündnisses beginnt mit der Taaffeschen Sprachenverordnung (Graf Taaffe, seit 1879 Innenminister und im gleichen Jahr zum Ministerpräsidenten ernannt, kam den Forderungen der Slawen in der Frage der Amtssprache und im Schulwesen weitgehendst entgegen. So erließ er Sprachenverordnungen über die Doppelsprachigkeit der Behörden für Böhmen und Mähren [19. 4. 1880], für die slowenischen Gebiete [29. 4. 1882] und für Österreichisch-Schlesien [20. 10. 1882]) jener unheilvolle Kurs der Befriedigung der „tschechischen Wünsche", an dessen Ende beim Zusammenbruch folgerichtig die Unterwerfung des Sudetendeutsch-

tums und die Errichtung eines deutschfeindlichen tschechischen Staates in Böhmen steht. Dem deutschen Volk in Österreich aber wird die Nachgiebigkeit gegenüber der slawischen Vorherrschaft im Habsburgerstaat als eine „nationale Pflicht gegenüber Deutschland" gepredigt, weil die Befriedigung der Slawen die Bündnisfähigkeit der Donaumonarchie zugunsten des Reiches erhöhe.

Das Reich hat das deutsche Volk im Habsburgerreich in seinem erbitterten Abwehrkampf gegen die Slawisierungsmethoden von Herrscherhaus und Regierung, die durch den deutschen Hochadel und den politischen Katholizismus nachdrücklich gefördert werden, nicht unterstützt. Obwohl der deutsche Charakter der Habsburgermonarchie ja die Grundlage für die Festigkeit des Bündnisses abgab, hütete man sich in Berlin peinlich, sich einer „Einmischung" in die inneren Angelegenheiten des Bundesgenossen schuldig zu machen. Das formale „Staatsdenken" hatte das Denken in lebendigen Völkern so stark verdrängt, daß man im Reich nicht wahrhaben wollte, daß die Verdrängung des deutschen Volkstums von der führenden Stelle in die Rolle einer erbittert sich wehrenden Minorität gleichbedeutend mit der inneren Auflösung des Bundesgenossen sein mußte.

Die berühmte „Emser Depesche"

in der Geheimrat Abeken aus Ems mitteilte, daß Frankreich von Wilhelm I. eine schriftliche Verzichterklärung der Hohenzollern auf den spanischen Thron verlangt hatte. Gekürzt veröffentlichte Bismarck diese Mitteilung und stellte damit die Pariser Politik bloß. Am 18. 7. 1870 folgte die Kriegserklärung durch Frankreich

Der Führer hat in „Mein Kampf" ausführlich über den Zweibund geschrieben, und wer das deutsch-österreichische Problem verstehen will, muß das nachlesen, was der Führer aus eigener Anschauung der österreichischen Verhältnisse dazu sagt. Hier sei nur ein kurzer Abschnitt angefügt (1. Band 1925, Seite 141), der die tragische Wirkung des Bündnisses, das Bismarck als eine „gesamtdeutsche Einrichtung" begriffen haben wollte, für den Deutschen der Alpen- und Sudetenländer beleuchtet: „Träger des Bündnisgedankens waren in Österreich nur die Habsburger und die Deutschen. Die Habsburger aus Berechnung und Zwang, die Deutschen aus gutem Glauben und politischer — Dummheit. Aus gutem Glauben, denn sie vermeinten durch den Dreibund dem Deutschen Reiche selber einen großen Dienst zu erweisen, es stärken und sichern zu helfen; aus politischer Dummheit aber, weil weder das Erstgemeinte zutraf, sondern im Gegenteil, sie dadurch mithalfen, das Reich an einen Staatskadaver zu ketten, der beide in den Abgrund reißen mußte, vor allem aber, weil sie ja selber durch dieses Bündnis immer mehr der Entdeutschung anheimfielen. Denn indem die Habsburger durch

das Bündnis mit dem Reiche vor einer Einmengung von dieser Seite aus sicher sein zu können glaubten und leider auch mit Recht sein konnten, vermochten sie ihre innere Politik der langsamen Verdrängung des Deutschtums schon wesentlich leichter und risikoloser durchzuführen. Nicht nur daß man bei der bekannten „Objektivität" einen Einspruch von seiten der Reichsregierung gar nicht zu befürchten brauchte, konnte man auch dem österreichischen Deutschtum selber jederzeit mit dem Hinweis auf das Bündnis den vorlauten Mund, der gegen eine etwa zu niederträchtige Art der Slawisierung sich auftun wollte, sofort zum Schweigen bringen..."

Herausgewachsen aus der Notwendigkeit der geopolitischen Ergänzung des kleindeutschen Reiches und notwendig geworden durch den Verzicht, diese Ergänzung durch Ausdehnung des Reichsgebietes zu gewinnen, bleibt **das Bündnis mit Österreich-Ungarn die Grundlage der deutschen Außenpolitik.** Sie sollte sich während der Kanzlerschaft Bismarcks bewähren, denn um das Mittelstück des Zweibundes führt Bismarck nun sein groß angelegtes Sicherungssystem auf. Schon 1881 wird Rußland wieder, nach der Ermordung Zar Alexanders II. (13. 3. 1881) und der Beseitigung des panslawistischen Führers Ignatjew aus der Regierung, zu einer Annäherung an die Mittelmächte gebracht. Ein neues Dreikaiserabkommen, das diesmal als Neutralitätsabkommen besagt, daß bei einem Krieg mit einer vierten Macht die Mächte gegeneinander eine wohlwollende Neutralität üben würden, stellt das Einvernehmen der drei Ostmächte wieder her, zu dem sich Rußland durch die Spannung mit England veranlaßt sieht. Deutschland ist durch die Wiederherstellung des Einverständnisses zwischen den Dreikaisermächten sowohl vor der Gefahr eines russisch-französischen Zusammengehens als auch eines russisch-österreichischen Konfliktes, in dem es einzugreifen gezwungen werden könnte, gesichert. Bismarck hat um die Bindung Rußlands, als die vom deutschen Standpunkt aus wünschenswerte Ergänzung des Zweibundes, immer gerungen und in ihr eine wesentliche Garantie der deutschen Sicherheit gesehen. Daß aber diese Bindung Rußlands in keiner Weise einen Ersatz für die prinzipielle mitteleuropäische Sicherungspolitik abgeben sollte, bewies sein Telegramm nach Wien, worin er zum Ausdruck brachte:

> „Unser Bündnis von 1879 beruht nicht bloß auf dem Buchstaben des Textes, sondern auf der politischen Überzeugung, daß wir einander nicht im Stiche lassen dürfen. Ich erinnere daran, daß ich es ursprünglich für immer und beiderseits nur durch Reichsgesetz kündbar und die amtliche Verlautbarung vorgeschlagen habe."

Das Neutralitätsabkommen wurde auf drei Jahre abgeschlossen und 1884 auf weitere drei Jahre verlängert. Es ist damals 1884 durch die **Dreikaiserzusammenkunft in Skierniewice** öffentlich bekräftigt und das Einvernehmen der drei Ostmächte der Welt gegenüber demonstriert worden (Siehe Bildseite 4). Trotzdem mußte man sich über die Fragwürdigkeit eines Einverständnisses klar sein, dessen Zustandekommen darin begründet lag, daß sowohl Österreich wie Rußland die Balkanfrage vertagten und Rußland durch sein Vorgehen in Mittelasien in einen akuten Gegensatz zu England getreten war. Der österreichisch-russische Gegensatz konnte jederzeit wieder zum Ausbruch kommen, wenn sich Rußland nach Fehlschlägen im mittleren oder fernen Osten wieder dem Balkan zuwandte. Die Fortdauer der panslawistischen Bewegung und ihrer Propaganda im Zarenreich schuf auch in der Zeit des Einverständnisses die stimmungsmäßige Voraussetzung für diese Wendung. **Die panslawistische Bewegung,** aufgekommen in den 1830er Jahren mit den Tschechen als eigentlichen Wortführern, erstrebte eine gemeinsame Ausdehnungspolitik aller slawischen Völker. Sie fand eine weitgehende Förderung durch Rußland, welches mit ihrer Hilfe seine Balkanpolitik zu fördern bestrebt war. Allslawische Kongresse fanden 1848 in Prag und 1867 in Moskau statt.

Neben der Rückendeckung und Sicherung des mitteleuropäischen Raumes im Osten sucht Bismarck durch die

Angliederung Italiens an den Zweibund

nun auch eine Sicherung im Süden durchzuführen. Das Ziel des Kanzlers ist dabei, eine Aufhebung des durch die italienische Irredentabewegung (forderte seit 1870 den Zusammenschluß der noch bei Österreich-Ungarn verbliebenen Landesteile mit vorwiegend italienischer Bevölkerung. Schriftleitung) bedingten österreichisch-italienischen Gegensatzes zu erreichen, da jede Bindung österreichischer Truppen an der italienischen Grenze eine Verringerung des österreichischen Bündniswertes bedeuten würde. Schon 1879 war vorübergehend die Gefahr eines russisch-italienischen Zusammengehens gegen Österreich aufgetreten.

Die italienische Politik Bismarcks wird unterstützt durch das Aufflammen eines starken italienisch-französischen Gegensatzes, als im Mai 1881 Frankreich Tunis besetzte. Das am 20. Mai 1882 in Wien abgeschlossene Bündnis zwischen dem Reich, Österreich-Ungarn und Italien besagte, daß die Mittelmächte Italien bei einem Angriff durch Frankreich unterstützen, Italien Deutschland bei einem Angriff Frankreichs unterstützt und Österreich zu Hilfe kommt, wenn es von zwei Mächten angegriffen

wird. Das Bündnis mit Italien fügt sich also ganz dem Zweibund als Defensivbündnis an und erweitert diesen zum **Dreibund**.

Mit der Einbeziehung Italiens ist indessen das große mitteleuropäische Sicherungswerk nicht abgeschlossen. Schon 1881 ist Serbien durch ein Defensivbündnis mit Österreich, das durch einen Handelsvertrag ergänzt wurde, an die Mittelmächte gebunden worden. Im Laufe des Jahres 1883 wird auch Rumänien, dessen Fürst ein Hohenzoller ist, in das Sicherungssystem einbezogen und ein Defensivbündnis mit ihm abgeschlossen.

Wenn wir das im ganzen übersehen, so ist es ein großartiges System der Sicherheit, das Bismarck zum Schutze des durch seine Mittellage und die französische Revanche bedrohte Deutsche Reich errichtet. Ein mächtiges Sicherungswerk, das nichts anderem als der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens dient. **Denn das Kennzeichen dieser Zeit, da die Führung der großen europäischen Politik in den Händen Bismarcks lag, ist, daß keine Bedrohung, keine Übergriffe gegen irgendeinen europäischen Staat erfolgen.** Während der ganze Osten, Südosten und Süden dem Bismarckschen System einbezogen ist, pflegt der Reichskanzler ein freundschaftliches Verhältnis mit England, übt peinliche Neutralität in den englisch-russischen Konflikten und leiht Frankreich eine wohlwollende Unterstützung in seinen kolonialen Unternehmungen. Die großen europäischen Gegensätze sind durch die Bismarcksche Ausgleichspolitik zum Schweigen gebracht, die großen Konfliktstoffe liegen nur an der Peripherie, in Afghanistan, in Ägypten, am Kongo, und die damit verbundenen Gegensätze zwischen England und Rußland, und Frankreich und England bleiben ohne Rückwirkung auf die europäische Lage und die Stellung des Reichs.



Unter dem Schutz des von ihm aufgebauten Sicherungssystems und unter Ausnutzung der Gunst der Lage, wie sie durch die gleichmäßig guten Beziehungen zu allen Mächten und die großen kolonialpolitischen Gegensätze zwischen England, Rußland und Frankreich bestand, erwirbt Bismarck die

Kolonien für das Reich.

Im April 1884 wird Angra Penquena, das spätere Deutsch-Südwest, als deutsches Schutzgebiet erklärt. Dort befanden sich Handelsniederlassungen des Bremer Kaufmanns Adolf Lüderitz (1834–1886). Wenige Wochen danach wird durch Nachtigal (1834–1885) als Reichskommissar in Togo und Kamerun die deutsche Flagge gehißt. Auch hier hatte der deutsche Kaufmann die Grundlage für die Besitzergreifung gelegt, das Haus Woermann hatte dort reiche Niederlassungen. Noch 1884 wird auch im Osten Afrikas gegenüber der Insel Sansibar Fuß gefaßt. Hier ist es die Gesellschaft für deutsche Kolonisation unter der tatkräftigen Führung Karl Peters, die Verträge mit afrikanischen Häuptlingen schloß, die sich unter die Oberhoheit der Gesellschaft stellten. (Siehe Sch.-Br. 8/36.) Im Februar 1885 übernimmt das Reich auch die Schutzherrschaft über Deutsch-Ostafrika.

1884 erfolgt auch die Gründung des deutschen Kolonialbesitzes in der Südsee. Schon 1880 hatte das Handelshaus Goddefroy um den Schutz des Reiches in Samoa gebeten. Die Schutzgebietserklärung ist gescheitert am Widerspruch des ewig kurzsichtigen Reichstages, der die notwendigen Subventionen ablehnte. Im August 1884 werden dann endlich die Landerwerbungen der Handels- und Plantagengesellschaft für die Südseeinseln und der Neu-Guineakompanie unter den Schutz des Reiches gestellt.

England hat bei allen diesen kolonialen Erwerbungen Schwierigkeiten über Schwierigkeiten bereitet, englische Emissäre haben in Togo und Kamerun und in Südwest Eingeborenenaufstände angezettelt und mit Waffenlieferungen unterstützt, sowie den Sultan von Sansibar zu einer deutschfeindlichen Haltung veranlaßt. Monatelang wird die Anerkennung der deutschen Schutzgebiete verweigert. Seinen besten Rückhalt fand England in dem volksverräterischen Unverstand der deutschen Parteien. Der Jude Ludwig Bamberger, ein ehemaliger Bankier, erhebt im Namen des Liberalismus Einspruch gegen staatliche Kolonialpolitik und staatliche Machtentfaltung, Windhorst, der Führer des Zentrums, benutzt die Opposition als Druckmittel, um kirchenpolitische Interessen des Zentrums durchzusetzen, und der alte Liebknecht, als Wortführer der Sozialdemokraten, protestiert im Namen des Proletariats gegen die Kolonialpolitik, „die nur im Interesse der Schnaps- und Pulverkapitalisten geführt würde".

Bismarck hat anläßlich dieser Auseinandersetzung bitter die Zwietracht und die enge Beschränktheit gegeißelt, die die Parteien des deutschen Reichstages in den für die Nation lebensnotwendigen Fragen an den Tag legen. Von wahrhaft prophetischer Voraussicht erfüllt, erklärt Bismarck: „Es liegt eine eigentümliche prophetische Voraussicht in unserem alten Nationalmythos, daß, so oft es den Deutschen gut geht, wenn ein Völkerfrühling anbricht, stets der Loki nicht fehlt, der seinen Hödur findet, einen blöden, dämlichen Menschen, den er mit Geschick veranlaßt, den deutschen Völkerfrühling zu erschlagen. **Und der Parteigeist, wenn er mit seiner Lokistimme den Urwähler Hödur, der die Tragweite der Dinge nicht beurteilen kann, verleitet, daß er das eigene Vaterland erschlage, der ist es, den ich anklage vor Gott und der Geschichte, wenn das ganze herrliche Werk unserer Nation von 1866 und 1870 wieder in Verfall gerät und durch die Feder hier verdorben wird, nachdem es durch das Schwert geschaffen wurde."**

Die wegen der deutschen Kolonialerwerbungen entstandene Spannung mit England war indessen nur vorübergehender Natur. Der Sohn des Kanzlers, Herbert Bismarck, hat im März 1885 in London die Grundzüge der bescheidenen deutschen Kolonialpolitik entwickelt und das entstandene Mißtrauen gegenüber einer deutschen kolonialen Rivalität beseitigt. Nicht zuletzt war die rasche deutsch-englische Verständigung durch den russischen Vormarsch in Afghanistan herbeigeführt worden.

Die in London verkündete Zurückhaltung auf kolonialem Gebiet entsprach der grundsätzlichen Unterordnung der Kolonialpolitik unter die Erfordernisse der kontinentalen Machtstellung Deutschlands. Die Mittlerstellung des Reiches zwischen den Großmächten England, Rußland und Frankreich hat die englische Nachgiebigkeit veranlaßt; zugunsten dieser Mittlerstellung und des guten Einvernehmens mit England übt Bismarck eine absolute Zurückhaltung in der kolonialen Frage. Die kontinentale Mittelstellung zwingt das Reich, sich nicht in die weltpolitischen Auseinandersetzungen verwickeln zu lassen. Das Wort Bismarcks, daß auch die deutschen Kolonien „vor den Toren von Metz" verteidigt werden müßten, beweist, wie trotz der kolonialen Erwerbungen die Bismarcksche Politik eine rein kontinentale geblieben ist. –

Noch im Herbst 1886 sollte eine neue Bedrohung für das Bismarcksche Sicherheitswerk durch den Ausbruch von

Unruhen auf dem Balkan

entstehen. Der Ausbruch des serbisch-bulgarischen Krieges im November 1886 läßt den bisher zurückgedrängten österreichisch-russischen Gegensatz in voller Stärke aufflammen. Damit aber ist der wichtigste Stein aus dem Dreibund-Sicherheitsbau herausgebrochen. Die Bindung Rußlands durch das Neutralitätsabkommen mit den beiden Kaisermächten ist angesichts des im Jahre 1886 drohenden Krieges hinfällig geworden. Eine Verlängerung des 1887 ablaufenden Abkommens war unmöglich. Wieder war klar geworden, daß jeder politische Vorgang in Europa eine unmittelbare Rückwirkung auf das in der Mitte liegende Reich ausüben mußte. Die Lage erschien um so bedenklicher, als in Rußland die panslawistische Hetze einen unerhörten Aufschwung nahm und nun zum ersten Male in Verbindung mit der französischen Revanchebewegung tritt. Die von der panslawistischen Bewegung veranstalteten Agitationsreisen des französischen Chauvinisten Déroulède waren ein bedenkliches Anzeichen für die planmäßige Vorbereitung eines russisch-französischen Bündnisses gegen die Mittelmächte.

Nachdem durch das Wiederaufbrechen der Balkankrise die Fortsetzung eines dreiseitigen Neutralitätsabkommens unmöglich geworden war, sucht Bismarck nun einen zweiseitigen Neutralitätsvertrag zwischen Deutschland und Rußland zu erreichen. Nach langwierigen Verhandlungen wird am 18. Juni 1887 der sogenannte

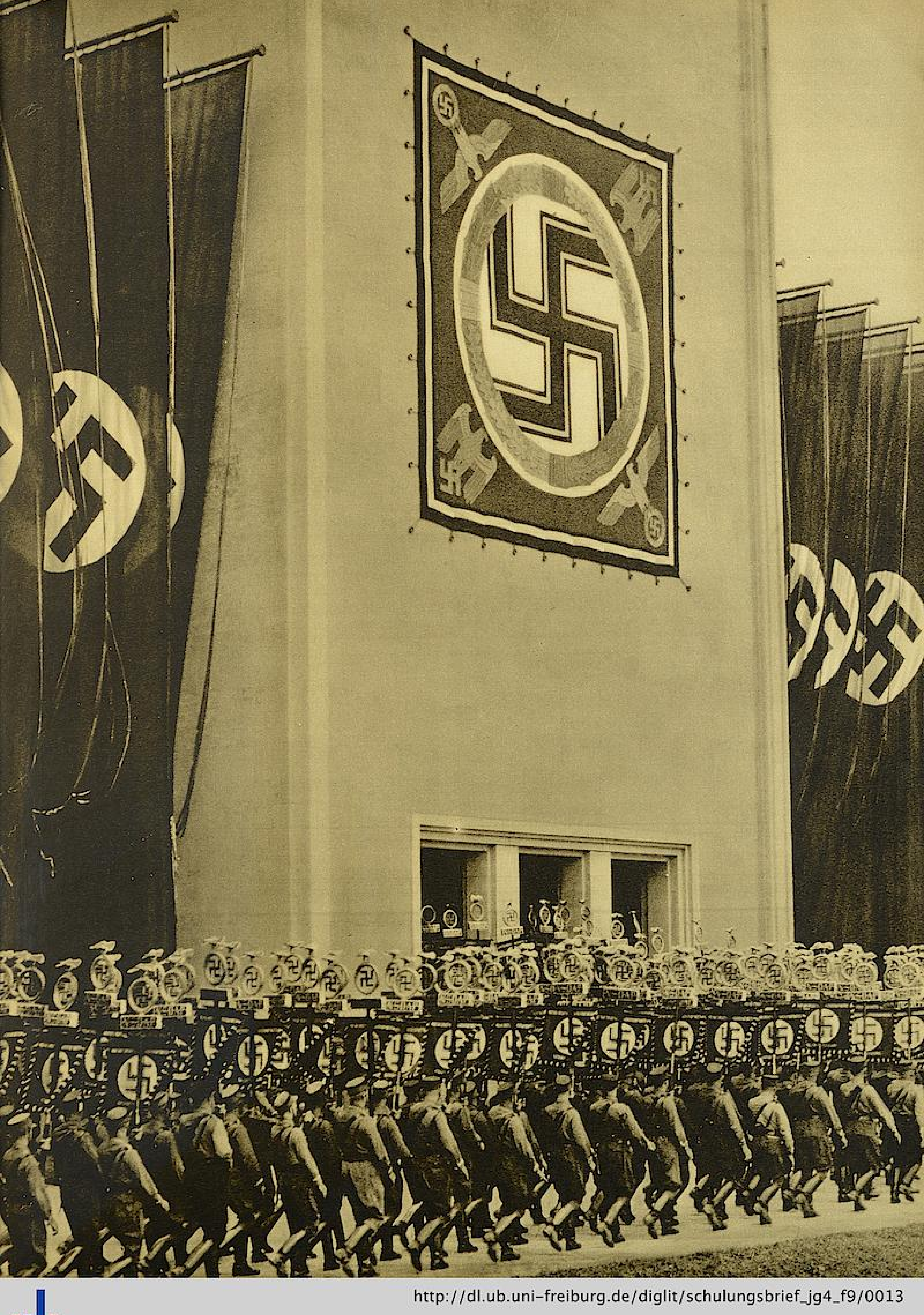
Rückversicherungsvertrag

zwischen dem Reich und Rußland auf die Dauer von 3 Jahren abgeschlossen. Dieser geheime Rückversicherungsvertrag lehnt sich wörtlich an die Neutralitätsabkommen von 1881 und 1884 an und besagt, daß Rußland bei einem Angriff Frankreichs auf Deutschland, und Deutschland bei einem Angriff Österreichs auf Rußland wohlwollende Neutralität üben werde. Der Rückversicherungsvertrag läßt Deutschland völlig freie Hand für seine Bündnispflicht gegenüber Österreich bei einem Angriff Rußlands. Der Inhalt des neuen Abkommens erschien Bismarck selbst fragwürdig angesichts des zunehmenden Einflusses der panslawistischen Bewegung auf den Zaren. Der eigentliche Wert ist darin zu suchen, daß er Rußland von einer vertraglichen Bindung an Frankreich abhält und damit

(Fortsetzung Seite 338)

Die Reichsparteitage der NSDAP. sollen denen, die daran teilnehmen, darüber hinaus aber auch dem gesamten in Nürnberg nicht unmittelbar beteiligten Deutschland seelische Kräfte vermitteln. Hunderttausende bestätigen, daß zum Beispiel allein schon die Eindrücke des Fahneneinmarsches beim Kongreß eine Kundgebung darstellt, die im deutschen Menschen unvergeßlich nachklingt und Schwingungen erzeugt, denen sich alle Herzen und Seelen öffnen.

Dr. R. Ley.





Horst Wessel in Nürnberg 1929

Am 9. Oktober
Horst Wessel 30 Jahre alt

Aufn.: Hoffmann

Deutsch sein heißt:

Treu sein – Wahr sein – Kämpfer sein.

Und Kämpfer sollt ihr sein,
Kämpfer für alles Gute und Schöne.

Dazu Heil! Horst Wessel

Nur einer war, der vorwärts schritt,
als brach und tot die Äcker lagen!
Nur einer war, der für uns stritt –
er warf die Saat, ein Volk ging mit
und wollte stolz die Zukunft tragen!

Und aus den Herzen wuchs der Sieg
des Glaubens, dem er sich verschworen! –
Als eine ganze Welt in Krieg
und Not und Elend abwärts stieg,
hat ihn das Schicksal uns erkoren!

Nun liegt das Schwert mit starker Kraft
befreiend über diesem Werke.
Was der Triumph des Willens schafft,
wird nimmermehr hinweggerafft!
In Ehre steht ein Volk der Stärke!

Es rinnt die Zeit. – Das Saatkorn reift.
Bald wird der Schnitter sich bereiten – – –
Wenn seine Faust die Sense greift
und blitzend durch die Halme streicht,
wird stolz dies Volk zur Ernte schreiten!

Hein Meiswinkel

die Isolierung Frankreichs fortbestehen bleibt. Die Fragwürdigkeit der Beziehung zu Rußland wirkt sich in einem um so stärkeren Ausbau des Dreibundes aus und kommt in erster Linie Italien zugute, das bei der Dreibundverlängerung 1887 nun ein Zusatzabkommen erhält, worin sein Anspruch auf Kompensationen festgelegt wird für den Fall, daß Österreich Erwerbungen auf der Balkanhalbinsel macht. Bekanntlich hat Italien im Weltkrieg diese Kompensationsansprüche gegenüber Österreich geltend gemacht. Deutschland verpflichtet sich, die italienische Politik im Mittelmeer zu unterstützen. Die Bedeutung Italiens ist durch den Zusammenbruch des Dreikaisereinvernehmens und durch die undurchsichtige Haltung Rußlands gegenüber Deutschland erheblich gestiegen.

Gleichzeitig mit dem Ausbrechen der Balkankrise war in Frankreich infolge einer Niederlage der französischen Kolonialtruppen in Tonkin das zu einer Verständigung mit Deutschland bereite Kabinett Ferrys am 30. 8. 1885 durch Clemenceau gestürzt worden. Das Kabinett Ferrys hatte den Ausbau des französischen Kolonialreiches in Indochina unternommen und für seine kolonialen Bestrebungen die Unterstützung Deutschlands gesucht und gefunden. Jetzt vollzog sich eine grundsätzliche Wendung der französischen Politik, von der mit Unterstützung Deutschlands durchgeführten Kolonialpolitik zur antideutschen Kontinentalpolitik. Die Revanchepartei in Frankreich hat damals, wie später in der Faschoda-Krise, den Beweis erbracht, daß sie fähig war, Frankreich zur Aufgabe seiner kolonialen Ziele zu veranlassen, um alle Kräfte einer gegen Deutschland gerichteten Politik unterzuordnen. Der hervorstechendste Vertreter der unversöhnlichen Revanchestimmung war der neue Kriegsminister General Boulanger. Mit antideutschen Hetzreden war die französische Revanchestimmung derart in Siedetemperatur gebracht worden, daß im Frühjahr 1887 jeder Zwischenfall zum Krieg führen konnte. Nur der äußersten Zurückhaltung des Reiches war es zu verdanken, daß es zu einem offenen Konflikt nicht kam.

Die französische Bedrohung und die trotz aller Bemühungen anhaltende Spannung mit Rußland, dessen offizielle Neutralitätspolitik angesichts der panslawistischen Umtriebe und der Sympathiekundgebungen für Frankreich in fragwürdigem Licht erschien, haben zum erstenmal

die Gefahr des Zweifrontenkrieges

deutlich erscheinen lassen. Da gleichzeitig Rußland und Frankreich erhebliche Truppenverstärkungen durchführen, ist das Reich zur ersten Erhöhung seiner Heeresstärke geschritten. Auch diese Heeresverstärkung, die bei weitem noch nicht die volle Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht bringt, ist nur durch Reichstagsauflösung und Neuwahlen durchzusetzen. Wieder wollen die Parteien der Sozialdemokratie, der Freisinnigen und des Zentrums, die spätere Weimarer Koalition der Republik, die für die Sicherheit Deutschlands notwendige Heeresverstärkung zu Fall bringen. Bismarck ruft das Volk gegen diese Parteien auf, und in den sogenannten Septennatswahlen wird eine konservativ-nationalliberale Mehrheit für die Heeresverstärkung gewonnen.

Die Spannung mit Rußland veranlaßte Bismarck, am 3. Februar 1888 den Wortlaut des deutsch-österreichischen Bündnisses zu veröffentlichen und in seiner großen außenpolitischen Rede im Reichstag am 6. Februar ein Bekenntnis zur eigenen Stärke abzulegen, die den Frieden durch die eigene Kraft erhalten könne und nicht um Freundschaft zu buhlen brauche: „Die Zeiten sind vorbei, in Liebe werben wir nicht mehr, weder in Frankreich noch in Rußland. Wir werden zu unseren Verträgen stehen, aber uns durch Drohungen nicht einschüchtern lassen." Am Ende dieser Rede, sie gleichsam noch einmal in ihrem Grundgehalt zusammenfassend, sprach Bismarck die stolzen Sätze: „**Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt, und diese Gottesfurcht ist es schon, die uns dem Frieden geneigt macht. Wer ihn aber trotzdem bricht, der wird sich überzeugen, daß die kampfesfreudige Vaterlandsliebe ein Gemeingut der gesamten deutschen Nation ist.**"

Die große Krise der Jahre 1886/87, die blitzartig die Gefährdung der deutschen Mittellage erhellt hatte, war überwunden. Noch einmal war es dem großen Meister der Politik gelungen, all der Schwierigkeiten Herr zu werden; der Dreibund neu gefestigt, die französische Kriegspartei und Boulanger gestürzt und durch den Rückversicherungsvertrag die französische Isolierung trotz allen russischen Schwankens aufrechterhalten. Noch einmal ist das große Friedenswerk des Kanzlers gesichert, und der „Alpdruck der Koalitionen" von der gefährdeten Mitte des Erdteils gewichen.

Nun sucht Bismarck den Schlußstein in den Sicherheitsbau einzufügen, das Bündnis mit England. Schon im März 1887 war es gelungen, England wenigstens indirekt an das mitteleuropäische Sicherungssystem durch das Mittelmeerabkommen Österreich — Italien — England anzuschließen, das die Erhaltung des status quo im Mittelmeergebiet gegen russische oder französische Angriffe zum Ziel hatte, und dem sich später auch Spanien anschloß. Im Januar 1889 ermächtigt Bismarck den deutschen Botschafter Graf Hatzfeld zu Verhandlungen mit Salisbury. (Mit mehrmaligen Unterbrechungen ab 1885 bis 1902 englischer Ministerpräsident, bis 1900 stets auch Außenminister). Das Ziel ist ein deutsch-englisches Defensivbündnis gegen einen französischen Angriff. Das Bündnis soll öffentlich sein

und eine Garantie des Friedens darstellen. Im März weilt Herbert Bismarck im Auftrage seines Vaters in London, um mit dem englischen Premier den Bündnisplan zu besprechen. Aber Salisbury lehnt das Bündnis mit der Begründung ab, daß die parlamentarische Mehrheit nicht dafür zu haben sei. England war entschlossen, die Rolle der freien Hand weiterhin beizubehalten. Noch im August 1889 entwickelte Bismarck in einer Ministerratssitzung, daß seit 10 Jahren es Ziel und Absicht der deutschen Politik sei, England für den Dreibund zu gewinnen.

Am 9. März 1888 war Kaiser Wilhelm I. gestorben und schon am 15. Juni des gleichen Jahres starb auch sein todkranker Sohn Kaiser Friedrich III. Mit ihm fiel für die monarchische Spitze des Reiches die in ihrer Jugendzeit durch den Aufstieg Preußens und die Bismarcksche Politik geschulte Generation aus. Als Wilhelm II. folgte der Enkel des ersten Kaisers. Noch ruht das Steuer des Reiches in den Händen Bismarcks, die Kontinuität der deutschen Außenpolitik scheint auch für den Fall, daß der greise Kanzler von seinem Lebenswerke scheiden mußte, gesichert. Denn in seinem Sohne, dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Grafen Herbert Bismarck, hatte der Altreichskanzler seinen Nachfolger geschult. Als es aber zwischen dem jungen selbstbewußten und geltungsbedürftigen Kaiser und der Autorität des Kanzlers wegen für die Gesamtpolitik des Reiches unwesentlichen Fragen zum persönlichen

Bruch zwischen Kaiser und Kanzler

kam, da nimmt nicht nur am 18. März 1890 der Kanzler seinen Rücktritt, sondern mit ihm verläßt, erbittert durch die Haltung des Kaisers, auch sein Sohn Herbert Bismarck das Amt. **Der Bruch zwischen Kanzler und Kaiser bedeutet zugleich einen Bruch in der Fortführung der deutschen Außenpolitik.**

*

Der neue Kanzler, General von Caprivi, eine einfache, klare Soldatennatur, ist völlig fremd in der Außenpolitik, ebenso wie der neue Staatssekretär Freiherr von Marschall.

Der erste folgenschwere Schritt der neuen Reichsleitung ist die Nichtverlängerung des Rückversicherungsvertrages mit Rußland, der 1890 ablief und auf dessen Verlängerung die Russen drängten (!). Ohne zwingenden Grund stieß man die Russen vor den Kopf mit der Begründung, die Bismarcksche Politik sei „zu kompliziert" und müsse vereinfacht werden, obwohl diese Kompliziertheit eben der schwierigen Mittellage des Reiches entsprach.

Die Folge dieser unpsychologischen Brüskierung Rußlands war dessen Hinwendung zu Frankreich. Am gleichen Tage, an dem die französische Flotte zu Besuch in Kronstadt weilt und der Anlaß zu begeisterten Massenkundgebungen ist, am 23. Juli 1891, beginnen die Bündnisverhandlungen in Paris und Petersburg, die zur Entente und schon im Jahre darauf zu einer festen Militärkonvention führen. „Beide Mächte verpflichten sich", so lautet der Artikel I, „falls eine von ihnen von einem Mitglied des Dreibundes mit Unterstützung des Dreibundes angegriffen werden sollte, ihre Hauptmacht gegen Deutschland zu werfen."

Was Bismarck 20 Jahre zu verhindern wußte, ist dank der Unfähigkeit des „Neuen Kurses" zur Tat geworden. Frankreich ist aus seiner Isolierung herausgetreten und hat in Rußland einen Bundesgenossen gegen Deutschland gefunden. Wohl ist auch der neue französisch-russische Zweibund defensiv. Aber er verbindet zwei Staaten, in denen eine aggressive Volksbewegung Einfluß auf die Politik zu gewinnen sucht. Revancheidee und Panslawismus haben sich gefunden, zwei europäische Konfliktsherde, Elsaß-Lothringen und der Balkan sind in Kontakt miteinander gebracht worden.

Die Überlegenheit der deutschen Vormachtstellung auf dem europäischen Festlande aber war gebrochen. Die bisherige Mittelstellung zwischen den Großmächten, besonders zwischen England und Rußland, war verscherzt. England ist nunmehr in den Vorteil der völlig freien Hand gekommen. Die überlegene Mittlerstellung, die bisher Deutschland innehatte, ist auf den Inselstaat übergegangen, während sich auf dem Festland nun zwei starre Bündnissysteme, der Dreibund und der Zweibund, gegenüberstehen, die sich die Waage halten.

Für die deutsche Politik aber beginnt nun jenes unheilvolle

Hin- und Herpendeln

zwischen England und Rußland, um aus dem starren System, Dreibund gegen Zweibund, herauszukommen. Es beginnt der unheilvolle Zickzackkurs, der heute versucht, Rußland von Frankreich zu lösen und morgen England gewinnen will, und der uns zuletzt die Gegnerschaft beider brachte. Je stärker sich aber die Lage gegenüber dem Zweibund und England versteifte, um so stärker wird die Abhängigkeit, in die das isolierte Deutschland gegenüber der verbündeten Donaumonarchie geriet. Mehr und mehr verlagert sich das politische Schwergewicht und die Initiative von Berlin nach Wien, bis zu dem unheilvollen Ausbruch des Weltkrieges, den Deutschland an der Seite der Donaumonarchie zu führen gezwungen wird.

Es ist das Verhängnis Deutschlands geworden, daß die grundlegende Verschlechterung seiner Stellung in Europa zusammenfällt mit der Notwendigkeit, für die immer größer werdende deutsche Be-

völkerungszahl und die immer stärker aufblühende deutsche Industrie, die diesem Bevölkerungszuwachs den Lebensunterhalt bietet, neue Märkte in der Welt zu erschließen. Das deutsche Volk im Reich ist von 40,8 Millionen im Jahre 1870 auf 56,3 im Jahre 1900 angewachsen und wächst bis 1910 auf 64,9 Millionen weiter. Aus dem Verzicht des Deutschen Reiches, durch eine Ausweitung der Reichsgrenzen seiner wachsenden Bevölkerung den nötigen Raum zu erkämpfen, ist Deutschland gezwungen, diese neuen Millionen durch den Export von Erzeugnissen der deutschen Industrie zu ernähren und für diesen Export sich Absatzmärkte in der Welt zu sichern. Es blieb dem leichtfertigen Optimismus der politischen Führung des Reiches vorbehalten, zu glauben, daß dieser Weg des Wirtschaftsimperialismus dem deutschen Volke den Krieg ersparen würde. Der Führer schreibt in „Mein Kampf" (I/156):

„Wenn Deutschland diesen Weg beschritt, dann mußte man wenigstens klar erkennen, daß diese Entwicklung eines Tages beim Kampfe enden würde. Nur Kinder konnten vermeinen, durch freundliches und gesittetes Betragen und dauerndes Betonen friedlicher Gesinnung ihre Bananen holen zu können im „friedlichen Wettbewerb der Völker", wie man so schön und salbungsvoll daherschwätzte; ohne also je zur Waffe greifen zu müssen. Nein: wenn wir diesen Weg beschritten, dann mußte eines Tages England unser Feind werden. Es war mehr als unsinnig, sich darüber zu entrüsten — entsprach aber ganz unserer eigenen Harmlosigkeit —, daß England sich die Freiheit nahm, eines Tages unserem friedlichen Treiben mit der Roheit des gewalttätigen Egoisten entgegenzutreten . . ."

Tatsächlich werden die ersten Schritte, die Deutschland in der Weltpolitik macht, begleitet von einer zunehmenden englisch-deutschen Gegnerschaft. Diese Gegnerschaft wird unterstrichen durch unglückliche

Entgleisungen des Kaisers,

sei es, daß er den Zaren zu einer deutsch-russisch-französischen Verständigung auffordert, um der englischen Expansion in Afrika und Ostasien Schranken zu setzen, und diese Briefe nach London weitergeleitet werden; sei es, daß er, wie im Falle der Krüger-Depesche anläßlich des englischen Einfalls in Transvaal, offen die Gegnerschaft des englischen Volkes herausfordert. Schon 1896 ist in England das Buch „Made in Germany" erschienen, das auf die Gefahr der deutschen Konkurrenz hinwies, und am 11. September ist in der führenden politischen Zeitschrift, der „Saturday Review", der bekannte Artikel erschienen, der die **Notwendigkeit einer Vernichtung Deutschlands** behauptete. Eine kurze Probe soll die Grundsätzlichkeit der Auseinandersetzung zeigen:

„England mit seiner langen Geschichte erfolgreicher Offensiven, mit seinem wunderbaren Glauben, daß es in Verfolg seiner eigenen Interessen zugleich Licht unter den im Dunkeln lebenden Völkern verbreitet, und Deutschland, Blut von demselben Blut, Bein von demselben Bein, mit einer geringeren Willenskraft, aber vielleicht einer schärferen Intelligenz ausgestattet, treten in jedem Winkel des Erdballs in Wettbewerb. In Transvaal, am Kap, in Zentral-Afrika, in Indien und im Orient, auf den Inseln der Südsee und im fernen Nordwesten, wo nur die Flagge der Bibel, und der Handel der Flagge folgte, da steht der deutsche Geschäftsreisende mit dem englischen Handelsmann im Kampfe. Gibt es dort ein Bergwerk auszubauen, eine Eisenbahn zu bauen, einen Eingeborenen von der Brotfrucht zum Büchsenfleisch, von der Temperenz zum Branntwein zu bekehren, so kämpfen Deutsche und Engländer um den ersten Platz. Eine Million kleiner Streitigkeiten erzeugt die größte Kriegsursache, die die Welt je gesehen hat. **Wenn Deutschland morgen ausgelöscht wäre, so würde es übermorgen keinen Engländer in der Welt geben, der nicht um soviel reicher wäre.** Nationen haben jahrelang um eine Stadt oder um ein Erbrecht gefochten: Müssen sie nicht fechten für einen Handelswert von 200 Millionen Pfund? England ist die einzige Großmacht, die Deutschland ohne furchtbare Gefahr und ohne Zweifel über den Ausgang bekämpfen könnte . . ."

Offener als alle Notenpublikationen und Reden der Staatsmänner zeigt dieser Artikel das Grundmotiv des damaligen deutsch-britischen Gegensatzes. Es sollte über das Auf und Ab der wechselnden politischen Tagesfragen das gleiche bleiben. Diese Wirtschaftsrivalität aber wird bald ergänzt durch Gegensätze, die durch das deutsche Bestreben, sich für die Wirtschaftsausbreitung Interessengebiete zu sichern, entstehen. Diese Interessengebiete sucht das Reich sich an den wenigen Stellen der Erde, die noch nicht dem Zugriff der großen Kolonialmächte verfallen sind, zu sichern: in Ostasien und in der Türkei.

Die ostasiatische Besitzergreifung

beginnt mit einem unglücklichen Vorspiel. Der Japanisch-Chinesische Krieg endete mit dem Siege Japans und dessen Versuch, durch den Frieden von Shimonoseki 1895 sich auf dem chinesischen Festland und in Korea festzusetzen. Eine gemeinsame Intervention von Rußland, Frankreich und Deutschland, an der sich England bezeichnenderweise nicht beteiligte, veranlaßte Japan zur Aufgabe dieser Forderung. Deutschland, das nur daran teilnahm, um Rußland für seine Ostasienpolitik

eine Rückendeckung zu gewähren, um es so zu einem Zusammengehen mit Deutschland zu gewinnen und dadurch vom Bündnis mit Frankreich abzuziehen, wurde durch seinen Gesandten in Tokio bei der gemeinsamen Demarche so unglücklich vertreten, daß es sich die bis 1914 dauernde **Feindschaft Japans** zuzog. Schon damals wurde deutscherseits der Gedanke einer Festsetzung in Ostasien gefaßt. Als 1897 zwei deutsche Missionare in Schantung ermordet wurden, gibt dies Anlaß für die Festsetzung. Noch im November wird Kiautschau als deutscher Flottenstützpunkt besetzt und durch den Vertrag vom März 1898 dieses Gebiet durch China an Deutschland verpachtet und dem Reich in der Provinz Schantung Bergwerks- und Bankkonzessionen eingeräumt. Die deutsche Gebietsergreifung ist der Auftakt zur russischen Festsetzung in Port Arthur und Ta-lien-wan, zur englischen in Wei-hai-wei und zur französischen in der Bucht von Kuang-tschau. Die deutsche Festsetzung erfolgte ohne sofortige Störung der Beziehungen zu den Großmächten. Die mit dieser Festsetzung aber verbundene Komplizierung der politischen Lage des Reiches durch das Eindringen in die ostasiatischen Gegensätze mußte sich in der Folgezeit bemerkbar machen.

Gleichzeitig mit der Festsetzung in Ostasien erfolgt die

wirtschaftliche Durchdringung der Türkei.

Bismarck hatte noch eine politische Unterstützung für die Investierung deutschen Kapitals in der Türkei abgelehnt, um die deutsche Uninteressiertheit im nahen Osten wegen der deutsch-russischen Beziehungen aufrechtzuerhalten. Im Herbst 1897 wird der bisherige Staatssekretär von Marschall Botschafter in Konstantinopel und betreibt nun die Durchdringung der Türkei mit deutschem Einfluß und Kapital. Die Orientreise Kaiser Wilhelms II. gibt diesen Bemühungen die moralische Unterstützung. In seiner Rede in Damaskus am 8. November 1898 erklärte der Kaiser: „Möge S. M. der Sultan, mögen die 300 Millionen Mohamedaner, die auf Erden in ihm ihren Kalifen verehren, dessen versichert sein, daß zu allen Zeiten der Deutsche Kaiser ihr Freund sein wird." Bei seinem Besuch beim Sultan wurde das Projekt des Bahnbaues nach Bagdad durch eine deutsche Eisenbahngesellschaft besprochen. Dieses Bahnprojekt Berlin—Bagdad, mit einer Anschlußlinie an den Persischen Golf, soll das Rückgrat der wirtschaftlichen Durchdringung des osmanischen Reiches durch Deutschland sein. In einem Brief an Georg von Siemens entwirft der deutsche Botschafter in Konstantinopel ein Bild dieser deutschen Durchdringung, das deutlich die kapitalistische Bedingtheit der deutschen Politik erkennen läßt. „Wenn ich ein Zukunftsbild male", schreibt Marschall, „wie die Dinge sich einst gestalten werden, wenn Deutschland fortfährt, sich im Orient wirtschaftlich auszustrecken — der Hafen von Haidar-Pascha, dem zum erheblichen Teil auf deutschen Schiffen deutsche Waren zugeführt werden, die Bahnlinie von dort bis Bagdad ein deutsches Unternehmen, das nur deutsches Material verwendet und zugleich für Güter und Personen die kürzeste Linie bildet aus dem Herzen Deutschlands nach seinen ostasiatischen Besitzungen — so tritt dem vorschauenden Blick der Moment entgegen, in dem der berühmte Ausspruch (Bismarcks), daß der ganze Orient nicht die Knochen eines pommerschen Grenadiers wert sei, eine interessante historische Reminiszenz, aber keine aktuelle Wirklichkeit mehr bildet . . ."

Der Berlin—Bagdad-Plan bedeutet ohne Zweifel die Eröffnung eines großen Wirkungsfeldes für die deutsche Volkswirtschaft — aber eine neue Erschwerung der deutschen Politik. Wie in Ostasien hat sich nun auch im nahen Osten das deutsche Interessengebiet zwischen die englischen und russischen Zonen geschoben. Mit der türkischen Politik muß das Reich früher oder später in Gegensatz zu Rußland treten, denn das alte Ziel der russischen Balkanpolitik ist die Eroberung Konstantinopels und der Dardanellen, um Rußland den freien Zugang zum Mittelmeer zu erzwingen. Das deutsche Interesse aber verlangt nun die Erhaltung der befreundeten und wirtschaftlich abhängigen Türkei. Neben dem Bündnis mit der sich auflösenden Donaumonarchie bindet sich das Reich so auch noch an den „kranken Mann am Bosporus". Mit der Reaktivierung der Türkei und dem Vordringen des deutschen Einflusses an den Persischen Golf droht die Gefahr auch eines Gegensatzes zu England, das darin einen Vorstoß auf seinen Lebensnerv, den Seeweg nach Indien, sehen muß. Diese deutsche Politik kann nur solange von Erfolg begleitet sein, solange der Gegensatz England—Rußland der die Weltpolitik beherrschende ist. Nur solange kann der Einbruch in Gebiete, in denen sich die englisch-russischen Interessen überschneiden, für das Reich gefahrlos und sogar von Gewinn für seine Machtstellung sein. Die deutsche Außenpolitik ging unter Wilhelm II. von dem festen Grundsatz aus, daß die englisch-russischen Gegensätze unüberbrückbar und deshalb ein Anschluß Englands an den Zweibund unmöglich sei.

Neben den fortdauernden Versuchen, Rußland von Frankreich zu trennen, oder ein Bündnis aller Kontinentalmächte, also mit Rußland und Frankreich zu erreichen, Versuche, die bis zu einem vom Kaiser und Zaren gemeinsam entworfenen Defensivvertrag führten (Zusammenkunft in Björkö im Juli 1905), laufen die Bemühungen, ein Bündnis mit England zu erreichen. Die wechselnden Versuche sind ebenso wie der einstige Vorschlag Bismarcks an der Ablehnung der englischen Regierung gescheitert. Trotz des Gegensatzes zu Rußland war England entschlossen, sich eine völlig freie

Hand zu bewahren. In dem Memorandum vom 29. Mai 1901 hat Salisbury die Gründe festgelegt, die England zwingen, das deutsche Bündnisangebot abzulehnen. Wie bei der Bismarckschen Anfrage lautet der gewichtigste Grund: „Die britische Regierung kann sich nicht verpflichten, zu irgendeinem Zwecke den Krieg zu erklären, es sei denn zu einem Zwecke, den die Wähler unseres Landes billigen."

Die Beunruhigung Englands durch den deutschen Aufstieg auf wirtschaftlichem und kolonialem Gebiet, dem sich neuerdings noch der Bau einer Kriegsflotte hinzugesellt, ist deutlich zu verspüren. Als Sicherung gegen das russische Vordringen in Ostasien greift England nach einem anderen Bündnis, das ihm wertvoller als das deutsche ist und das ihm die Hand in Europa frei läßt. Am 30. Januar 1902 wird das englisch-japanische Bündnis in London unterzeichnet.

Im gleichen Monat beginnen die

Verhandlungen zwischen England und Frankreich

um einen kolonialen Ausgleich, Verhandlungen, aus denen die englisch-französische Entente hervorwächst. Noch im Winter 1898/99 war durch den französisch-englischen Zusammenstoß in Faschoda die Gefahr eines Krieges zwischen den beiden Westmächten gegeben. Die Truppen des Generals Kitchener stießen nach ihrem Sieg über den Mahdi bei Omdurman nach Faschoda vor und zwangen dort die französische Expedition, die bereits gehißte Trikolore wieder zu streichen. Das englisch-französische Ringen um den oberen Nil und damit um den Schlüssel zu Ägypten war in das entscheidende Stadium getreten. Wieder sollte es sich zeigen, daß Frankreich entschlossen ist, alle kolonialen Pläne der künftigen Auseinandersetzung mit Deutschland unterzuordnen. Der neue französische Außenminister Delcassé entschließt sich zur Nachgiebigkeit und zum Verzicht, um die Hände für die europäische Politik freizubekommen. Aus der englisch-französischen Deklaration vom März 1899, in der Frankreich auf das obere Nilgebiet verzichtet und seine Interessengebiete gegenüber den englischen abgrenzt, wächst der allgemeine koloniale Ausgleich vom Oktober 1903, dessen Hauptinhalt besagt, daß Frankreich auf sein Mitbestimmungsrecht in Ägypten verzichtet, England Frankreich freie Hand in Marokko läßt. **Die Entente cordiale zwischen den Westmächten war zustande gekommen.** Sie erhält ihre Unterstreichung durch die zunehmende Deutschfeindlichkeit der englischen öffentlichen Meinung. Der deutsche Botschafter in London berichtet im Januar 1903: „Solange ich England kenne, habe ich noch niemals hier eine solche Erbitterung gegen eine andere Nation wahrgenommen, wie jetzt gegen uns. Es beruht das nicht in erster Linie auf der Handelsrivalität, sondern es ist der Ausdruck der Stimmung, welche infolge des Verhaltens des deutschen Volkes während des Burenkrieges jetzt hier ihren Widerhall findet."

Die englisch-französische Entente

war wohl der entscheidendste Umschwung in der europäischen Politik seit 1871. Ein Umschwung, der um so bedeutsamer war, als die politische Neuorientierung bei den bisher rivalisierenden Westmächten in den beiden Völkern selbst eine gefühlsmäßige Begründung in der gemeinsamen Abneigung gegen Deutschland fand. Es war vom ersten Augenblick ersichtlich, daß es sich um mehr handeln würde, als um ein Abkommen zur Beseitigung von Reibungsflächen. Es sollte bald offenbar werden, daß der neue englische König, Edward VII., die Seele einer gegen Deutschland gerichteten Sammlung der einstigen Gegner Englands war. Zur vollen Wirkung konnte die englisch-französische Entente aber erst gelangen, wenn auch die russisch-englischen Gegensätze zum Schweigen gebracht wurden, Rußland seine außenpolitische Stoßrichtung von Ostasien weg wieder dem Balkan zuwandte und sich dem Ring um das Reich anschloß.

Die ostasiatische Politik Rußlands hatte zu einer völligen Entlastung der deutschen Ostgrenze geführt. Das Bedürfnis einer deutschen Rückendeckung ergab eine immer stärkere russische Anlehnung an Deutschland, die bei den Zusammenkünften der beiden Monarchen in den Jahren 1901/02 und 1903 ihren Ausdruck fand. Der Ausbruch des Russisch-Japanischen Krieges wegen Korea und der Mandschurei 1904 verstärkte diese Entwicklung und brachte die völlige Entblößung der russischen Westgrenze von russischen Truppen. Der Zweifrontendruck war zum erstenmal völlig von Deutschland genommen. „Das ist ein Ereignis, welches der alte Moltke und der alte Bismarck mit Sehnen und Hoffen sich herbeiwünschten und ich zu erleben schon aufgegeben hatte", schrieb damals Kaiser Wilhelm II. Der Chef des Generalstabs, Graf Schlieffen, meldete pflichtgemäß: „Wenn die Notwendigkeit eines Krieges mit Frankreich sich ergeben sollte, so wäre der gegenwärtige Augenblick wohl günstig." **Die Friedensliebe der Reichsführung hat Deutschland daran gehindert, zu diesem günstigsten Zeitpunkt die unvermeidliche Auseinandersetzung vorzunehmen.** Der Krieg ist zehn Jahre später ausgebrochen, als der Zeitpunkt für den Gegner günstig war und Rußland seine reorganisierte Armee gegen Deutschland führen konnte...

Dabei war es schon im August 1904, nach der schweren Niederlage Rußlands in der Schlacht bei Liaujang, klargeworden, daß dieser Krieg das Ende der russischen Politik im Fernen Osten bedeuten würde. Wohl schwächte der verlorene Krieg und die sich anschließende Revolution auf Jahre hinaus die Schlagkraft Rußlands, aber es war zu erwarten,

daß ein reaktiviertes Rußland auf dem Balkan seine ostasiatische Niederlage auszugleichen suchen würde. Das Wiederaufleben des Gegensatzes zu Deutschland und vor allem zu Österreich-Ungarn und die Notwendigkeit der französischen Rückendeckung war dann aber für Rußland gegeben. Dies war auch der tiefere Grund, weshalb auch selbst während der schwierigsten Situationen Rußland den Abschluß eines Defensivbündnisses mit Deutschland von der Zustimmung Frankreichs abhängig machte und dadurch zum Scheitern brachte.



Mitten während des Russisch-Japanischen Krieges brach im Anschluß an die versehentliche Beschießung englischer Fischerboote durch russische Kriegsschiffe in England plötzlich eine förmliche Panik wegen der deutschen Flotte aus. Es war klar, daß es sich um eine planmäßige und zielbewußte Aufpeitschung des englischen Volkes handelte, um den russisch-englischen Zwischenfall in eine antideutsche Aktion abzudrehen. Seit der Hinwendung zur Weltpolitik, seit 1896, war Deutschland daran gegangen, seine überseeischen Interessen durch den

Bau einer Kriegsflotte

zu sichern, die so klein gehalten wurde, daß sie nicht eine Angriffswaffe gegen England darstellte, die aber stark genug war, einen Angriff auf Deutschland als riskant erscheinen zu lassen. Der Bau dieser „Risikoflotte" wird nun zum Anlaß eines Hetzfeldzuges der jüdisch geleiteten englischen Presse. Dabei war diese Flottenpanik sachlich völlig unbegründet, nachdem 43 englische Linienschiffe 14 deutschen und 140 englische Kreuzer 20 deutschen gegenüberstanden. Diese Hetze war aber um so bedenklicher, als sich offizielle Personen an ihr beteiligten, so hielt z. B. der Zivillord der Admiralität, Lee, eine Rede, worin er erklärte, die britische Flotte werde gegebenenfalls einen Schlag gegen die deutsche führen, noch ehe man auf der anderen Seite der Nordsee Zeit gehabt hätte, die Kriegserklärung in der Zeitung zu lesen.

*

1905 sollte die englisch-französische Entente ihre erste Belastungsprobe in der **Marokkokrise** zu bestehen haben. England hatte bekanntlich im Kolonialvertrag als Gegengabe für den französischen Rückzug aus Ägypten sich mit der „friedlichen Durchdringung Marokkos" einverstanden erklärt. Durch die Madrider Konvention von 1880 war aber der Grundsatz der offenen Tür für sämtliche Mächte in Marokko aufgestellt worden. Die deutschen wirtschaftlichen Interessen, gefördert durch einen Handelsvertrag, waren in Marokko sehr groß. Vor allem aber mußte Deutschland zu vermeiden suchen, daß Marokko ein Rekrutierungsgebiet für die französische Armee würde. Die Marokko-Frage kam im Frühjahr 1905 in Fluß, als Frankreich in Fez über einen Vertrag zu verhandeln begann, dessen Auswirkung die Errichtung eines französischen Protektorats über das bisher selbständige Sultanat Marokko bedeuten mußte. Durch einen Besuch in Tanger bekräftigte Kaiser Wilhelm II. am 31. März 1905, daß Deutschland in dem Sultan von Marokko einen selbständigen Fürsten sehe (siehe mittlere Bildseite). Im Hinblick auf die deutsche Unterstützung lehnt Marokko die französischen Vorschläge ab. Seit dem Frankfurter Frieden war damit die erste konkrete

Streitfrage zwischen Frankreich und Deutschland

ausgebrochen. England aber sieht in dem Vorgehen Deutschlands einen Angriff auf die Entente cordiale und setzt alles daran, dem französischen Außenminister Delcassé den Rücken zu steifen. Nach Enthüllungen Delcassés in der französischen Presse hat England schon zu diesem Zeitpunkt eine militärische Unterstützung Frankreichs für den Fall eines Krieges mit dem Reich zugesagt. Das französische Gesamtkabinett aber weigerte sich im Hinblick auf die Unmöglichkeit eines Beistandes durch den russischen Bundesgenossen, die Krise auf die Spitze zu treiben. Delcassé nimmt seine Entlassung. Deutschland hat offensichtlich einen Erfolg gegenüber der englisch-französischen Entente errungen. Die ostentative Erhebung des Reichskanzlers Bülow in den Fürstenstand war freilich eine unzweckmäßige Demonstration, um so mehr, als sich bald herausstellen sollte, daß es sich lediglich um einen Prestigeerfolg handeln sollte.

Als am 16. Januar 1906 zur Marokkofrage die

Konferenz in Algeciras

zusammentrat, zeigte sich, daß **Deutschland mit Ausnahme der österreichischen Unterstützung völlig isoliert war.** Deutschland blieb in allen entscheidenden Fragen in der Minderheit. Die Konferenz endigte mit einem für Deutschland unbefriedigenden Kompromiß.

England hatte durch den neuen Außenminister Sir Edward Grey wieder alles getan, die französische Position zu stärken. Greys Politik ging darauf hinaus, zwar formal die freie Entscheidung der englischen Außenpolitik zu wahren und keine Bündnisverpflichtungen gegenüber Frankreich einzugehen, daneben aber alle Vorbereitungen für den kriegerischen Einsatz Englands zu treffen und den Franzosen die Möglichkeit zu geben, mit der englischen Unterstützung als mit einer festen Tatsache zu rechnen. Noch 1905 beginnen die **Generalstabsbesprechungen mit Frankreich und Belgien** und der Austausch von Operationsplänen, die den Einsatz

des englischen Heeres in Belgien (!) festlegen. Das Ergebnis war ein dreiseitiges englisch-französisch-belgisches Militärabkommen.

Schon auf der Konferenz von Algeciras zeigte sich die Vollendung der

Einkreisung Deutschlands.

Auch Rußland und Italien waren bereits im Fahrwasser der Entente. Die deutschen Versuche, während der Marokkokrise der französisch-englischen Entente den Weg nach Rußland zu verlegen, waren gescheitert. Alle Versuche, durch „Kontinentalbundpläne" die französisch-russische Allianz mit Deutschland zu kombinieren, haben sich als Phantasie herausgestellt. Mit einer gewissen Naturnotwendigkeit ergab sich aus dem Scheitern der ostasiatischen Politik Rußlands die englisch-russische Verständigung. Die Verhandlungen dauern ein Jahr und bilden ein Gegenstück zu den Verhandlungen, die dem französisch-englischen Kolonialabkommen vorausgingen.

Der englisch-russische Ausgleich

vom 31. August 1907 bezieht sich auf Persien, Afghanistan und Tibet und berührte durch seinen Vertragsinhalt in keiner Weise die deutschen Interessen. Aber übereinstimmend weiß die englische und russische Presse zu melden, daß dieser Vertrag nicht durch die Gefahren in Asien, sondern durch das bedrohliche Wachsen einer europäischen Macht veranlaßt worden sei. Die Bedeutung des Abkommens liege daher nicht so sehr in Asien, als vielmehr in Europa, wo seine Folgen sich auf längere Zeit bemerkbar machen dürften. **Der Ring um Deutschland war geschlossen**: Das französisch-russische Bündnis und die französisch-englische Entente hat ihre Ergänzung durch die englisch-russische Entente gefunden. Der Grundgedanke der deutschen Außenpolitik von der Unüberwindlichkeit des englisch-russischen Gegensatzes hat sich als falsch erwiesen. Der deutsch-englische Gegensatz aber war mit dem bedrohlichsten Krisenherd Europas, mit dem Balkan, verkoppelt worden.

Die deutsch-englischen Beziehungen werden nun fast ausschließlich von der **Flottenfrage** beherrscht. 1906 hatten die Engländer einen neuen Schiffstyp geschaffen, die Dreadnought-Klasse, die alle anderen Schiffstypen entwertete. Die deutsche Marine war von dem neuen Typ so überrascht, daß vom Sommer 1905 bis zum Juli 1907, also während der Marokkokrise und der Algeciras-Konferenz, keine Kriegsschiffe aufgelegt wurden. Die Engländer nahmen an, daß die Ausmaße des Kaiser-Wilhelm-Kanals und der deutschen Docks es dem Reiche unmöglich mache, diesen Schiffstyp zu bauen. Als nun 1907 Deutschland ebenfalls Dreadnoughts zu bauen begann, war es klar, daß die englische Rechnung falsch war. Mit dem Bau dieser neuen Schiffsklasse war ein neuer Ausgangspunkt der Seerüstung gegeben, der den riesigen Vorsprung der englischen Flotte infolge der Entwertung der anderen Schiffstypen verringerte. Die englische Politik sucht nun die Deutschen in dem Bau ihrer Flotte auf eine Verhältniszahl gegenüber der englischen Flotte zu beschränken. Das von Deutschland vorgeschlagene Verhältnis von 3 : 2 fand indessen die englische Zustimmung nicht, und das gegenseitige Mißtrauen verhinderte das Zustandekommen eines Flottenabkommens. Die englische Politik glaubte fest an Angriffsabsichten Deutschlands auf das englische Empire, und die deutschen Marinefachleute, deren durch parlamentarische Einflüsse verursachte gefährliche Halbheit der Führer in „Mein Kampf" scharf skizziert hat, rechneten mit einem Überfall der englischen Flotte.

Inzwischen war

eine neue Balkankrise

ausgebrochen. Die jungtürkische Revolution machte eine Entscheidung über das von Österreich seit 1879 besetzte Gebiet von Bosnien und der Herzegowina notwendig. Da Österreich in dem von ihm verwalteten Gebiete große Summen investiert, Straßen und Eisenbahnen gebaut und das Land in einem Menschenalter wirtschaftlich zum Blühen gebracht hatte, kam eine Wiederabtretung an die Türkei nicht in Frage. Am 6. Oktober 1908 vollzog Österreich die Annexion. Rußland, trotz eines vorherigen Einverständnisses, Frankreich und England protestieren gemeinsam mit der Türkei und beantragen die Einberufung einer europäischen Konferenz, die über die Rechtmäßigkeit der Einverleibung zu Gericht sitzen sollte. Obwohl Österreich dem deutschen Bundesgenossen als letztem von der Besitzergreifung Mitteilung machte (!), sieht sich das isolierte Deutschland zu einer bedingungslosen Unterstützung Österreichs, selbst auf die Gefahr eines europäischen Krieges, veranlaßt. Das Schwergewicht der politischen Entscheidungen ist von Berlin nach Wien übergegangen. Wie in der Marokkokrise, tat England auch in der bosnischen Krise alles, um die Kluft zwischen Rußland und den Mittelmächten endgültig zu vertiefen und Rußland, ebenso wie den Türken und Serben, den Rücken zu steifen. Die Krise wurde von englischer Seite offensichtlich als eine Machtprobe zwischen der Entente und den Mittelmächten aufgefaßt.

In der bosnischen Krise selbst trat immer mehr Serbien in den Vordergrund als Exponent der russischen Politik. Serbien machte seinen Anspruch, verbunden mit Kriegsdrohungen, auf das vom serbischen Volkstum bewohnte Bosnien und die Herzegowina geltend. Für Österreich war zum erstenmal eine akute Bedrohung seiner Südgrenze, und damit auch ein Zweifrontenkrieg gegeben. Die serbische

Gefahr aber war um so drohender, als ein Übergreifen der serbischen Propaganda auf die serbischen Untertanen der Monarchie zu befürchten war. Man trug sich österreichischerseits mit dem Gedanken eines Krieges gegen Serbien, um die serbische Gefahr mit einem Schlage zu erledigen.

Im Januar 1909 erfolgte die Anfrage des österreichischen Generalstabschefs Konrad von Hötzendorf, ob Deutschland Österreich unterstützen würde, wenn sich Österreich durch einen Einmarsch in Serbien einen russischen Angriff zuziehe. Deutschland hat diese Frage bejaht — eine folgenschwere Entscheidung, denn Deutschland ist damit an die österreichische Initiative gebunden; vom serbischen Unruheherd konnte sich durch den österreichischen Einmarsch ein allgemeiner europäischer Krieg entzünden, der Deutschland sofort dem gleichzeitigen russisch-französischen Angriff aussetzt. Die Ungunst der Mittellage und die Schwäche des kleindeutschen Reichsbaues haben das isolierte Reich den Bundesgenossen ausgeliefert. Die Situation, aus der der kommende Krieg hervorging, war klar gezeichnet. Auch wenn Österreich auf eine kriegerische Lösung der serbischen Frage verzichtete, so konnte doch Rußland auf dem Wege über den serbischen Trabanten jederzeit den europäischen Krieg entfesseln. In der bosnischen Krise hat nur die Erkenntnis, daß Rußland infolge der letzten Niederlage und der Revolution noch nicht kriegsbereit sei, den Krieg verhindert. Österreich aber hat, als daraufhin die serbische Regierung sich zur Verständigung bereit zeigte, den Gedanken des Präventivkrieges fallen lassen. Noch einmal hat sich das Bündnis der Mittelmächte stärker erwiesen als die Entente.

Mit diesem Schreiben bestätigt Bismarck, daß die von Lüderitz in Deutsch-Südwestafrika erworbenen Gebiete als erstes deutsches Kolonialgebiet unter dem Schutz des Reiches stehen.

1911/12 sollte ein neuer Zusammenstoß Deutschlands mit den Westmächten in der Marokkanischen Frage stattfinden. Frankreich hält nun die Zeit für gekommen, das Reich in Marokko vor vollendete Tatsachen zu stellen. Nachdem entsprechende Mitteilungen über Unruhen in Marokko und die Bedrohung von Europäern in die Presse gebracht worden waren (die bezeichnenderweise von spanischen und belgischen Berichten als unrichtig erklärt wurden), marschieren die Franzosen am 28. April nach Fez. Deutschland hat sich mit der Besitzergreifung Frankreichs abgefunden, erklärt aber, der Aufhebung der marokkanischen Unabhängigkeit nur dann zuzustimmen, wenn Frankreich ausreichende koloniale Kompensationen zu geben bereit sei. Als Demonstration wird das deutsche Kanonenboot „Panther" nach Agadir zum Schutze deutschen Eigentums und deutscher Staatsangehöriger entsandt. Das nun entstehende Geschrei über den deutschen Gewaltakt soll die Welt über den fran-

zösischen Rechtsbruch in Marokko hinwegtäuschen. Wieder sucht England Frankreich zur Ablehnung der deutschen Ansprüche zu veranlassen, erneute französisch-englische Generalstabsbesprechungen bereiten den Kriegsfall vor, Festlegungen der Stärke des englischen Expeditionskorps werden getroffen. Es sind dies die Abmachungen wie sie im wesentlichen noch 1914 in Kraft waren. Die englische Armee ist nun aufs engste in den französischen Gesamtaufmarschplan einbezogen. Noch einmal war es das russische Friedensbedürfnis, das den europäischen Krieg vermieden hat, und Deutschland zeigt seine Verständigungsbereitschaft, indem es sich mit bescheidenen Gebietsabtretungen im französischen Kongogebiet als Erweiterung der Kolonie Kamerun zufrieden gibt. Aber in die Seelen der europäischen Völker grub sich der Gedanke ein, daß die kriegerische Auseinandersetzung in Zukunft werde unvermeidlich sein.

In Frankreich wird das Ministerium gestürzt, weil es zu wenig Widerstandskraft den deutschen Forderungen entgegengesetzt habe. Das neue Kabinett unter Führung des Lothringers Poincaré, das im Januar 1912 gebildet wird, ist das Kabinett des französischen Chauvinismus, bereit, der französischen Revanche-Idee zum Sieg zu verhelfen. Die französisch-englischen Generalstabsbesprechungen werden nun noch durch ein Marineabkommen ergänzt. Die englische Mittelmeerflotte von acht Linienschiffen wird in die Nordsee verlegt, Frankreich legt sein Geschwader in Brest in das Mittelmeer. In einem allgemein bekanntgewordenen Briefwechsel (Dezember 1912) zwischen Grey (englischer Außenminister von 1905–1916) und Cambon (ab 1898 französischer Botschafter in London) übernimmt England die Verpflichtung, die französische Nordseeküste zu schützen. Bei Kriegsausbruch 1914 hat Frankreich diesen Wechsel in London präsentiert.

Inzwischen war das Unwetter am Balkan losgebrochen. Ein bulgarisch-serbisches Bündnis war unter dem ausdrücklichen Protektorat Rußlands zustande gekommen mit dem Ziel der Eroberung der noch dem türkischen Reich angehörenden Balkanländer. Aber schon damals erklärt der serbische Außenminister, daß auch die Zertrümmerung der Donaumonarchie angestrebt werden müsse. Im Mai 1912 treten die Griechen dem Bündnis bei, im Oktober bricht der Krieg los, der die Vertreibung der Türkei von der Balkanhalbinsel bringt. Im November erfolgt die Mitteilung Poincarés an den russischen Botschafter Iswolski: „Wenn Rußland in den Krieg geht, wird Frankreich dasselbe tun, weil wir wissen, daß in dieser Sache Deutschland hinter Österreich steht." Man konnte in Petersburg unter allen Umständen mit dem Eingreifen Frankreichs rechnen. Da Österreich gegen die territoriale Vergrößerung von Serbien und Montenegro keinen Einspruch erhebt, sondern lediglich – gemeinsam mit Italien – für die Unabhängigkeit Albaniens eintritt, und Rußland die serbischen Wünsche auf einen Adriahafen fallen läßt, geht noch einmal die Gefahr vorüber, daß sich aus den Balkanwirren der europäische Krieg entzündet. Deutlich gibt Poincaré die französische Enttäuschung über die russische Nachgiebigkeit dem russischen Botschafter Iswolski zu erkennen. Frankreich ist zum treibenden Keil der Entente geworden. Der Grund war klar und wird offen den Engländern mitgeteilt, man könne der russischen Unterstützung nur dann sicher sein, wenn sich der Krieg an den Balkanwirren entzünde.

Dem ersten Balkankrieg folgt ein zweiter, in dem Serben, Rumänen und Griechen gemeinsam über die Bulgaren herfallen, worauf sie nach der Niederlage der Bulgaren die Verteilung der türkischen Beute vornehmen.

Das Ergebnis der beiden Balkankriege ist, daß Serbien, der russische Exponent auf dem Balkan, der führende Balkanstaat geworden ist, entschlossen seine Expansion auf Kosten Österreichs fortzusetzen. Der russische Einfluß auf dem Balkan ist gewachsen, aber noch ist die Meerengenfrage nicht zugunsten Rußlands gelöst, denn noch besteht ein Rest der europäischen Türkei mit Adrianopel.

Die europäische Auseinandersetzung ist noch einmal vertagt. Zu ihrer Vorbereitung beginnt

das große Wettrüsten.

Im März 1913 führt Frankreich die dreijährige Dienstzeit ein, eine ungeheure Belastung, die nur zu verstehen ist, wenn Frankreich unmittelbar mit dem Kriege rechnet. Im Herbst 1913 bewilligt Frankreich Rußland eine Anleihe von zweieinhalb Milliarden Franken zum Ausbau der strategischen Eisenbahnen gegen Deutschland. Poincaré, das Haupt der Revanchepartei, ist vom Ministerpräsidenten zum Präsidenten der Republik aufgestiegen, seine erste Tat ist, Delcassé als Botschafter nach Rußland zu schicken. Eine Besprechung der gemeinsamen Kriegsziele ist eine der ersten Handlungen Delcassés in Rußland. In Rußland selbst wird eine Reorganisation der Armee und die Ausarbeitung neuer Mobilmachungspläne vorgenommen.

Die Einführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich und die russische Militärreorganisation hat den deutschen Generalstab veranlaßt – die ent-

scheidende Denkschrift wurde von Ludendorff verfaßt – auf volle Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht zu dringen und die Aufstellung von drei neuen Armeekorps zu verlangen. Aber das preußische Kriegsministerium glaubte eine derartige Verstärkung organisatorisch nicht durchführen zu können, und der Reichskanzler – es ist nun Theobald von Bethmann Hollweg – glaubt eine derartige Forderung dem wehrfeindlichen Reichstag nicht vorlegen zu dürfen. **Die drei Armeekorps, die dem deutschen Heer in der Marneschlacht gefehlt haben, sind damals nicht aufgestellt worden.** Lediglich eine Verstärkung von 68 000 Mann konnte nach langem Hin und Her erreicht werden. Ein Zeichen sowohl für die Verantwortungslosigkeit der Führung, als auch für das Fehlen des deutschen Kriegswillens.

Inzwischen war man auch in Rußland entschlossen, die Balkanfrage weiterzutreiben. Schon am 6. Mai 1913 hat der russische Außenminister Sasonow nach Belgrad geschrieben, Serbien habe erst das erste Stadium seines historischen Weges durchlaufen; zur Erreichung seines Zieles müsse es noch einen furchtbaren Kampf bestehen, denn das gelobte Land der Serben liege im heutigen Österreich-Ungarn. Die russische Staatsführung trägt die volle Verantwortung für die Aufputschung der nationalistischen Leidenschaften der Serben, die zur Explosion führen sollten. Rußland ist entschlossen, über einen neuen Balkankonflikt den Weg nach Konstantinopel zu nehmen.

Am 8. November tagt eine Konferenz der politischen und militärischen Führer Rußlands. Hier entwickelt Sasonow, daß die Besitzergreifung der Meerengen nur im Rahmen eines allgemein europäischen Krieges durchzuführen sei. Der Zar billigt die Beschlüsse dieser denkwürdigen Staatskonferenz. Es besteht kein Zweifel, **zu Beginn des Jahres 1914 sind Frankreich wie Rußland bereit, einem Kriege nicht mehr auszuweichen.** Auch die nach der letzten Marokkokrise eintretende Entspannung zwischen Deutschland und England kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch der verantwortliche englische Außenminister, Sir Edward Grey, bereit ist, aus einer zwingenden Situation für England den Entschluß zum Kriege zu finden. Auch nur die Möglichkeit eines Sieges der Mittelmächte mußte England unerträglich erscheinen.

Eine 12jährige zielbewußte Politik hatte rings um den mitteleuropäischen Raum Pulverfässer aufgetürmt, die darauf warteten, daß der Funke in sie fiel, um einen allgemeinen Weltbrand zu entzünden. Der Funke sollte aus den Pistolen der serbischen Mörder springen, die am 28. Juni 1914 den österreichischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand d'Este und seine Frau erschossen. Die serbische Regierung war von dem Mordplan unterrichtet, der russische Militärbevollmächtigte in Belgrad hat ihn gutgeheißen, der serbische Oberst Dimitriewitsch hat die Mörder über die serbische Grenze gebracht.

Unklugerweise nutzte die österreichische Regierung die allgemeine Empörung über den feigen Meuchelmord nicht aus, sondern sandte erst am 23. Juli nach peinlicher Untersuchung des Falles ein Ultimatum an Serbien, in dem die Unterdrückung der serbischen Propaganda und Geheimbündelei verlangt wurde und die Teilnahme österreichischer Bevollmächtigter an den Untersuchungen über den Mordfall gefordert wurde.

Schon am 21. Juli aber war Poincaré nach Petersburg gereist um dort das Kriegsfeuer zu schüren und letzte Vereinbarungen mit Rußland zu treffen. Nach seiner Abreise erklärte Rußland Österreich, es würde eine „entschiedene Haltung" ihm gegenüber einnehmen, wenn es gegen Serbien vorgehen würde. Auch die serbische Antwort vom 25. Juli (so behaupten der Amerikaner Barnes und der Franzose Renouvin) soll in ihren Umrissen in Paris entworfen sein, „in der geschickten Verbindung eines versöhnlichen Tones und eines scheinbaren Nachgebens vor Österreich mit tatsächlicher Ablehnung gerade des Kernes der Wiener Forderungen".

Schon am 24. Juli traf Rußland „in Voraussicht des kommenden Krieges" militärische Vorbereitungen. Am 25. wandte sich Deutschland an Paris und London mit der Bitte, auf Rußland mäßigend einzuwirken, und England schlug vor, den österreichisch-serbischen Streitfall einer Konferenz zuzuweisen. Am gleichen 25. aber legte London Petersburg die Mobilmachung nahe, und teilte mit, nicht wegen Serbien, aber „durch die Entwicklung anderer Fragen „könne England in den Krieg hineingezogen werden.

Es war unmöglich, Österreich vor eine europäische Konferenz zu zitieren, aber Österreich teilte Rußland mit, daß es kein serbisches Gebiet erobern wolle. **Jedoch schon am 26. Juli hatte Rußland 13 Armeekorps mobil gemacht,** während Österreich nur 8 Armeekorps gegen Serbien auf den Kriegsfuß setzte. Am 28. Juli erklärte Österreich an Serbien den Krieg.

Deutschland suchte nun den Krieg auf Österreich und Serbien zu lokalisieren. Am 28. wendet sich Kaiser Wilhelm an den Zaren, um ihn für den Frieden zu gewinnen, am 29. nochmals mit dem Vorschlag, Rußland möge mit Österreich in Unterhandlungen treten.

Am gleichen 29. Juli aber läßt England Frankreich wissen, daß es im Falle eines Krieges auf

England zählen könne, und Paris gibt diese Meldung nach Petersburg weiter mit dem Zusatz, „daß Frankreich seine Bündnispflicht erfüllen werde".

Am 30. Juli ordnet Rußland die allgemeine Mobilmachung an.

Am 30. Juli stellt Frankreich seinen Grenzschutz auf.

Am 31. abends teilt es Rußland mit, daß es zum Krieg entschlossen sei.

Erst am 31. Juli befahl Österreich auf Grund der russischen Mobilmachung seine eigene allgemeine Mobilmachung.

Am 31. Juli abends ließ Kaiser Wilhelm die russische Regierung auffordern, binnen 12 Stunden die Kriegsvorbereitungen einzustellen. Es erfolgte keine Antwort. Gleichzeitig fragt Berlin in Paris an, wie sich Frankreich bei einem Krieg Rußlands gegen Deutschland verhalten würde, und erhält die Antwort: „Frankreich würde das tun, was ihm seine Interessen geböten".

Am 1. August, nachmittags 4 Uhr, ordnet Frankreich die allgemeine Mobilmachung an.

Am 1. August, nachmittags 5 Uhr, ordnet Deutschland die allgemeine Mobilmachung an; am 1. August, abends 7 Uhr, erklärt Deutschland Rußland den Krieg.

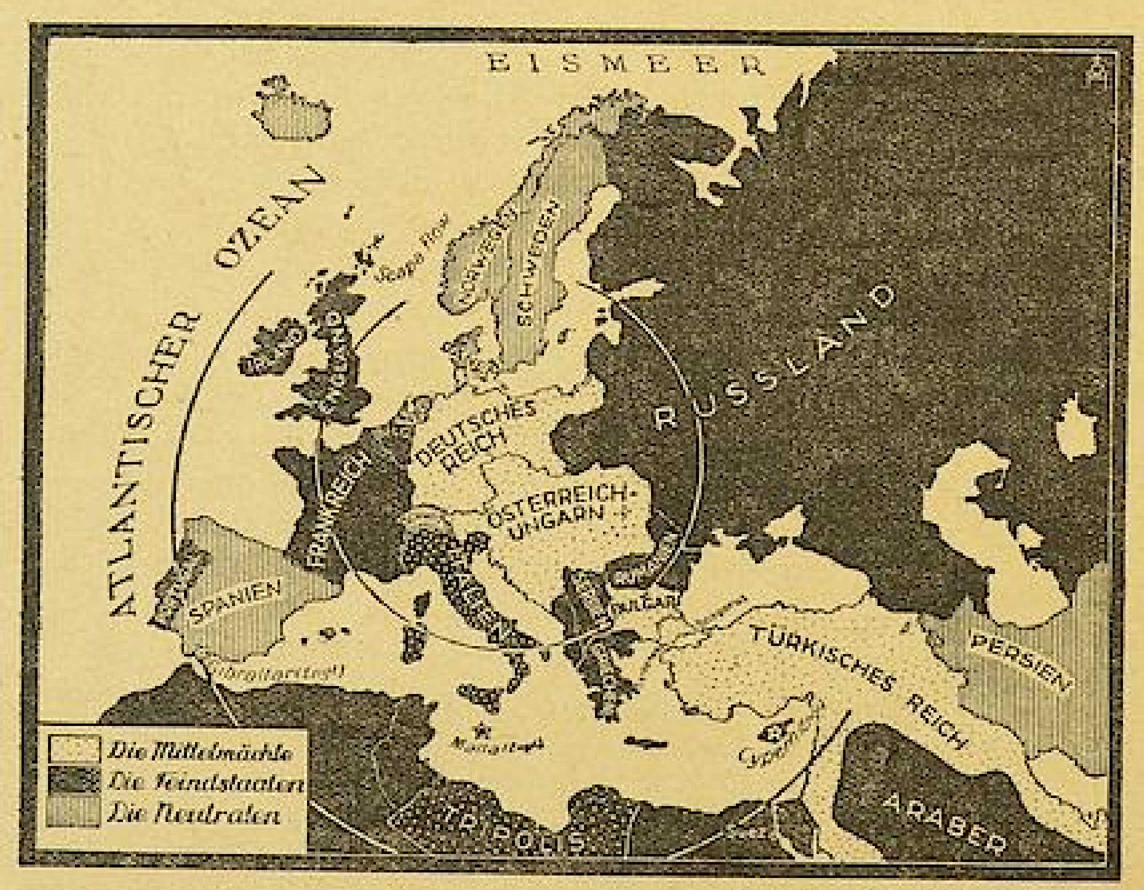
Am 2. August beschließt das englische Kabinett den Schutz der französischen Kanalküste.

Am 3. August, abends 8 Uhr, erklärt Deutschland Frankreich den Krieg.

Schon am 2. August erbat Deutschland von Belgien die Genehmigung freien Durchmarsches und erklärte, alle Schäden zu ersetzen. Aber Belgien lehnte ab; am 3. August rückten die deutschen Truppen in Belgien ein.

England aber nahm den deutschen Durchmarsch durch Belgien zum Vorwand und erklärt am 4. August Deutschland den Krieg. Am gleichen Tag erklärt auch Belgien den Krieg.

Die Welt aber schrie, Deutschland sei schuld am Krieg und habe den Krieg begonnen, nur weil die kaiserliche Regierung nicht abwarten wollte, bis Deutschland von den russischen und französischen Heereswalzen erdrückt wurde, sondern in letzter Stunde in höchster Notwehr das Gesetz des Handelns an sich zu reißen versuchte. Für das Reich aber begann ein Krieg ohne deutsche Kriegsziele an der Seite eines Bundesgenossen, der noch während des Krieges in seine Völker zerfiel. Der Feindbund aber war entschlossen, den Krieg bis zur völligen Vernichtung des Deutschen Reiches zu führen. Er wird in diesem Beschluß bestärkt, als es immer deutlicher wurde und dann seit Anfang 1916 feststand, daß auch die Vereinigten Staaten als letzte der großen Weltmächte — dank des kapitalistischen Interesses am Kriegsgeschäft — sich eher am Weltkriege beteiligen würden, als einen für Deutschland günstigen Frieden zuzulassen.



Zeichnung von A. Hilten Ziegfeld

Vor Kriegsausbruch und im Verlaufe des Krieges vollendeten die Gegner die Einkreisung der Mittelmächte, die nur durch Bündnisse mit der Türkei und mit Bulgarien eine Durchbruchsmöglichkeit fanden.

Deutschlands Einkreisung

Reichskanzler Fürst Bülow aber bezeichnete noch kurz vor Kriegsausbruch die kunstvolle Einkreisung Deutschlands als ein „diplomatisches Blendwerk"

(Bülow „Deutsche Politik unter Kaiser Wilhelm II.")

Ludwig Geßner:

Die Fehlerschau

Führung und Volk in der Vorkriegspolitik

Vorwort der Schriftleitung: Die hier folgende Kritik der Vorkriegspolitik des Zweiten Reiches ist eine eigens für den Schulungsbrief zusammengestellte Auslese von Teilstücken aus dem kürzlich im Verlag von C. H. Beck, München, erschienenen Werk von Major a. D. Ludwig Geßner „Der Zusammenbruch des Zweiten Reiches". In einem diesem Buch gewidmeten Vorwort stellt Reichsarbeitsführer Pg. Hierl fest: „Die vorliegenden gewissenhaften, tiefschürfenden und klar entwickelten Untersuchungen des Verfassers über die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Weltkriege bieten ein ausgezeichnetes Hilfsmittel für das Studium eines der tiefsten Abstürze in unserer deutschen Geschichte, aus dem wir lernen wollen und lernen müssen.

Ich wünsche, daß die Absicht des Verfassers, mit seiner Arbeit der politischen Erziehung unseres Volkes zu dienen, sich voll erfülle, und möchte sein Buch insbesondere unserm Führernachwuchs in Partei und Wehrmacht warm empfehlen."

Die Vorkriegspolitik

Um ihre Ziele durchzusetzen und im besonderen den Frieden dabei zu erhalten, bedarf die Politik der Macht. Es ist daher ihre erste Aufgabe, die eigenen Kräfte aufs stärkste zu entwickeln und die auswärtigen Beziehungen so günstig wie möglich zu gestalten.

Auch im Kriege selbst hängt der Erfolg oder Mißerfolg in erster Linie von der Ausgangslage ab; sie ist in vielen Fällen schlechthin entscheidend. Nur in begrenztem Maße kann bei großer Ungleichheit der Kräfte und Bedingungen der Kampf selbst günstige Wendungen erzielen. Die Beispiele hierfür sind verhältnismäßig selten und zumeist durch Zufälligkeiten, wie das Auftreten einer genialen Feldherrnpersönlichkeit auf der eigenen Seite oder außergewöhnliche Fehler auf der feindlichen, bedingt. **Die geschichtliche Regel aber ist, daß die militärischen Erfolge gleichsam als Fortsetzung der staatsmännischen Vorbereitungskunst erscheinen.** So war es im großen und ganzen bei den Kämpfen, die den zweihundertjährigen Aufstieg Englands zur Weltmacht bezeichnen. So war es vor allem auch in unseren deutschen Einigungskriegen, von denen insbesondere der gegen Frankreich schon halb gewonnen war, als die Heere zum Waffengang antraten. Bismarck selbst war bis ins Innerste von dieser Tatsache der politischen Hauptverantwortlichkeit durchdrungen; seine ganze Außenpolitik hatte zum obersten Ziel: die militärische Überlegenheit für den Kriegsfall sicherzustellen.

Diese erste Voraussetzung des Erfolges war in dem Augenblick, als dem Deutschen Reiche der seit langem drohende Krieg von seinen Feinden aufgezwungen wurde, nicht erfüllt. Im Gegenteil, die Kriegführung hatte nicht wie 1870 ein Erbe zu übernehmen und auszuwerten, sondern einen Bankrott wieder gutzumachen. Die Kriegslage war vom ersten Augenblick an außerordentlich ernst. Die Mittelmächte waren politisch, militärisch und geistig vollkommen übermachtet.

Politisch stand Deutschland, nur auf einen einzigen, innerlich schwachen Bundesgenossen angewiesen, überrascht und abwehrend einer Mächtevereinigung gegenüber, die nicht nur an Kräften und Mitteln gewaltig überlegen war, sondern auch durch gemeinsame große, aktive Ziele zusammengehalten und belebt wurde.

Militärisch war das daraus entspringende Mißverhältnis im vorhandenen Kraftvermögen (menschliche und materielle Substanz) noch durch ein erhebliches Zurückbleiben in der Rüstungsanspannung verstärkt. Dazu kam die Ungunst der geographisch-strategischen Lage: Die Mittelmächte waren rings umfaßt, von der Außenwelt so gut wie abgeschlossen. Und sie konnten, durch natürliche Grenzen kaum geschützt, selbst an jeder Stelle entscheidend getroffen werden; unter den Feinden dagegen befanden sich zwei Weltmächte, von denen die eine durch die Insellage, die andere durch die Schrankenlosigkeit des Raumes

gegen eine rein militärische Vernichtung weitgehend gesichert war. Nur im Westen bot sich ein Ausfalltor; aber auch hier war angesichts des ungünstigen Kräfteverhältnisses der notwendige schnelle und durchschlagende Erfolg nur zu erwarten, wenn alles nach den günstigsten Annahmen verlief. Und endlich gab es sogar zu diesem ersten Bilde noch drohende Schatten von außen her, deren Beseitigung nicht in der eigenen Hand lag: Der sofortige Kriegseintritt Italiens und Rumäniens konnte alle Aussichten zunichte machen.

Geistig war Deutschland übermachtet durch eine seit langen Jahren betriebene Propaganda, die die öffentliche Meinung der Welt für sich gewonnen hatte, die Kampffront der Feinde stärkte, die neutralen Völker unsicher machte und selbst in den formell verbündeten Ländern Italien und Rumänien den Boden zum Abfall vorbereitet hatte.

Wie hatte es dazu kommen können?

Hier sei zunächst nur eine Aufzählung der wichtigsten Tatsachen gegeben, wobei die Erörterung der tieferen Ursachen vorbehalten bleibt.

Die politische Übermachtung begann gleich nach dem Rücktritt des großen Kanzlers im März 1890. Damals wurde durch Nichterneuerung des sogenannten Rückversicherungsvertrages mit Rußland die Bahn für das schon seit langem drohende französisch-russische Bündnis frei gemacht. Alle Bemühungen, die Russen von der Harmlosigkeit dieses Entschlusses zu überzeugen, scheiterten; der Zar schnitt den Schriftwechsel hierüber mit der Randbemerkung ab: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß in der deutschen Politik eine Kursänderung eingetreten ist und wir müssen mit allen Möglichkeiten rechnen."*) Die entsprechenden Folgerungen wurden alsbald gezogen; nach vorbereitenden Verhandlungen kam am 17. August 1892 die französisch-russische Militärkonvention zustande, die um die Jahreswende 1893/94 zum politischen Bündnis erweitert wurde. Seitdem war für Deutschland die Zweifrontenstellung nach Osten und Westen und damit eine sehr ernste Lage gegeben.

Schon wenige Jahre später brach auch der zweite Flügel, den Bismarck seinem Bündniswerke angehängt hatte, nämlich die über den sogenannten Orient- bzw. Mittelmeerpakt laufende Verbindung mit England, ein. Den Ausschlag gab auch hierbei wieder eine unnötig ablehnende Stellungnahme der deutschen Politik: ihre zwecklose, durch keine eigenen Interessen veranlaßte Einmischung in der südafrikanischen Frage, die in dem Glückwunschtelegramm des Kaisers an den Präsidenten der Burenrepubliken Krüger vom 3. Januar 1896 gipfelte, hatte zur unmittelbaren Folge, daß der britische Außenminister Salisbury eine Erneuerung des Paktes ablehnte. Nach einem eigenartigen Zwischenspiel von Bündnisanregungen (1898—1901), die durch das englische Bedürfnis nach einer festländischen Anlehnung veranlaßt waren, aber auf deutscher Seite keinem tätigen Interesse begegneten, wandte sich England endgültig der Feindseite zu. Am 8. April 1904 schloß es die Entente mit Frankreich ab, der am 31. August 1907 die Querverbindung mit Rußland folgte.

Der Feindbund hatte sich also nunmehr auf drei Großmächte erweitert, ohne daß auf seiten der Mittelmächte Gegengewichte gefunden worden wären. Eine aktive, entsprechend großzügige und folgerichtige Politik zum Zwecke der Neugruppierung wurde nicht eingeleitet. Mit unzulänglichen Mitteln, in der Hauptsache nur der persönlichen Werbung, unternommene Versuche, das Zarenreich wieder aus dem feindlichen Ring herauszulösen — Björkö 1905, Potsdam 1910 —, brachten keinen Erfolg. Im Gegenteil setzte sich die Vereinzelnung mit den Jahren fast zwangsläufig fort. England hatte das ihm verbündete Japan mit hereingebracht; seine Stellungnahme mußte notwendigerweise auch das strategisch und wirtschaftlich (Küstenentwicklung, Einfuhrbedarf!) davon abhängige Italien unsicher machen.

Mit der Gründung des Balkanbundes, der unter russischer Leitung entstand und die Vernichtung erst der Türkei, dann Österreichs zum Zweck hatte, vollendete sich schließlich im Jahre 1912 der Einkreisungsring. Auf deutscher Seite waren in diesem Zeitpunkt auch die letzten Versuche, einen Ausweg zu finden, zum Stillstand gekommen. Die Politik des Reichskanzlers Bethmann Hollweg hatte nur mehr das eine Ziel: durch äußerliche Verständigungsbemühungen, namentlich gegenüber England, die Lage zu entspannen und den Zusammenstoß aufzuhalten.

Die militärische Unterlegenheit war, soweit nicht schon durch die politische Gruppierung gegeben, die Folge andauernder Versäumnisse in der Rüstungsvorsorge. Auch auf diesem Gebiete findet sich der letzte Ansatz zu einer der Lage entsprechenden wirklichen Gestaltung am Ausgang der Bismarckzeit: der Plan des Kriegsministers v. Verdy, die Ausnützung der gesamten Wehrkraft ein für allemal durch Gesetz sicherzustellen. In der Folgezeit wurden für die Bemessung der Rüstung immer mehr innerpolitische Rücksichten, d. h. genauer gesagt Bequemlichkeit und Angst vor Partei- und Presseauseinandersetzungen, bestimmend. Muß es schon eigenartig anmuten, wenn die Leiter der Außenpolitik für die Wehrfähigkeit des Landes wenig Interesse übrig hatten, so möchte man es kaum für möglich halten, daß sogar einige der dafür unmittelbar verantwortlichen Persönlichkeiten dem Drängen des Generalstabs auf Rüstungsverstärkung Widerstand entgegensetzten;

*) Tagebuch W. N. Lambsdorffs. Moskau 1926.

verschiedene Denkschriften des preußischen Kriegsministeriums halten aber diese Tatsache fest*). Daß unter diesen Umständen erst recht nichts unternommen wurde, um das verbündete Österreich-Ungarn zur Verbesserung seiner noch viel weitergehend vernachlässigten Rüstung zu veranlassen, kann nicht wundernehmen.

Die geistige Vereinzelung des deutschen Volkes war in der Hauptsache wohl gleichfalls eine Folge der politischen, aber auch wieder schon längst vor dieser eingeleitet worden, ohne daß die deutsche Regierung und das Volk diesem Kampfvorgang die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt hätten. Ja, die Deutschen wetteiferten sogar miteinander, selbst der feindlichen Propaganda die besten Waffen zu liefern. Ob man nun an die *in nationalen Kreisen* bestehende *Neigung zu tönenden Worten* oder an die *Anklagen der Linken in Reichstag und Presse* gegen einen angeblichen deutschen Imperialismus und Militarismus denkt, es kam alles der gleichen Sache zugute, nämlich dem Bestreben der Feinde, Deutschland zu verdächtigen und in der öffentlichen Meinung der Welt zu vereinsamen. *An die Notwendigkeit, selbst Propaganda zu treiben, wurde kaum gedacht.*

Wenn somit die erste Aufgabe der Politik: günstige Gestaltung der politisch-militärischen Lage, in jeder Hinsicht ungelöst war, so war dadurch vor allem auch die Kriegsgefahr selbst aufs äußerste gesteigert. Unter diesen Umständen mußte eine zweite Aufgabe, die jederzeit daneben besteht, besonders dringlich werden: die unmittelbare Vorbereitung eines etwa plötzlich notwendig werdenden Kriegseintrittes. Auch diese Aufgabe war nicht gelöst, ja, in der Hauptsache gar nicht in Angriff genommen worden.

Es war vor allem die *geistige Vorbereitung des eigenen Volkes* versäumt worden. Die deutsche Regierung hatte sich im Gegenteil stets bemüht, die Öffentlichkeit über die drohende Gefahr hinwegzutäuschen und in eine friedensselige Stimmung zu wiegen. **Es ist aber ein gewaltiger Unterschied, ob ein Volk seit langem an den Gedanken des Krieges gewöhnt, mit seinen Gründen und Zwecken vertraut, ja vielleicht gar, wie dies z. B. in Serbien der Fall war, dafür begeistert zum Waffengange antritt, oder ob es, von den Ereignissen überrascht, ihren wahren Sinn kaum zu erfassen vermag.**

Der Eintritt in den Krieg verlangt ferner eine sorgfältige *diplomatische Vorbereitung*, bei der politische und militärische Interessen gleichermaßen berücksichtigt sind. Auch dieser Teil der Kriegsvorsorge war ganz vergessen, eine Zusammenarbeit zwischen den leitenden Stellen hierzu nicht einmal angebahnt worden. Dadurch kam es bei Kriegsausbruch zu ganz unüberlegten, überstürzten Handlungen, die vom Feinde mit Leichtigkeit zu unseren Ungunsten ausgelegt werden konnten und darum schweren, nicht wiedergutzumachenden Schaden anrichteten. Es sei nur an das wenig zielklare Vorgehen in der entscheidenden Julikrise und die dabei sichtbare Unstimmigkeit zwischen Berlin und Wien, dann an die verfehlten Kriegserklärungen mit ihrer reichlich ungeschickten Begründung und an die unvorteilhafte diplomatische Regie des Einmarsches in Belgien erinnert.

Zu den wichtigsten Vorsorgen für einen Koalitionskrieg hätte ferner die Sicherstellung der *militärischen Einheit* gehört. Auch dies ist in der Hauptsache eine Angelegenheit der Politik, und zwar der Vorkriegspolitik; denn nur solange Österreich-Ungarn einseitig auf Deutschland angewiesen war, d. h. solange es dessen Entschließung zum militärischen Beistand brauchte, waren die nötigen Zugeständnisse von ihm zu erlangen; mit dem Augenblick des gemeinsamen Kriegseintrittes mußte hierin eine völlige Änderung sich vollziehen; indem Deutschland sein Schicksal unlösbar an dasjenige des Bundesgenossen kettete, verlor es die Möglichkeit, einen entsprechenden Druck auszuüben. Dieser Umstand war von der deutschen Regierung nicht bedacht, der richtige Zeitpunkt versäumt worden. Im übrigen lag aber die Frage überhaupt außerhalb ihres Gesichtskreises; sie hatte deshalb in dieser Richtung gar nichts unternommen. Während in Frankreich und Rußland auf Grund von politischen Abmachungen und im Auftrage ihrer Regierungen die Generalstäbe seit Jahren in engster Fühlung standen, und auch das französisch-englisch-belgische Zusammenwirken auf das genaueste vorbereitet war, waren die Grundlagen für die deutsch-österreichische Kriegführung nur durch einige ganz allgemein gehaltene Briefe der beiden Generalstabschefs gegeben. *Es war dabei nicht nur kein einheitlicher Oberbefehl vereinbart, sondern sogar den Österreichern für die Anordnung des Aufmarsches und die Wahl des Operationsgedankens volle Freiheit gelassen. Eine Freiheit, von der sie* z. B. in der viel zu starken Bemessung der gegen Serbien einzusetzenden Kräfte und im vorzeitigen Ansetzen eines Entscheidungsangriffes in Galizien *den unheilvollsten Gebrauch machten.*

Ja, fünf Jahre vorher hatte man sogar die bosnisch-herzegowinische Annexion geschehen und die Dinge bis unmittelbar an den Krieg herantreiben lassen, ohne auch nur die einfachste Verbindung der beiden Generalstäbe herbeizuführen. *Der erste Briefwechsel zwischen Conrad* (Conrad von Hötzendorf, österr. Generalfeldmarschall) *und Moltke erfolgte im Januar 1906, als die Kriegsgefahr bereits ihren Höhepunkt erreicht hatte.*

Der Mangel an Kriegsvorsorge war endlich nicht weniger vollständig auf wirtschaftlichem Ge-

*) Siehe Reichsarchiv, Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft, I. Bd. Berlin 1930 u. a. in derjenigen vom 19. 11. 1899 (Verfasser *Oberst v. Einem, der spätere Kriegsminister*): *„Aber dieses Wettrüsten muß doch endlich einmal ein Ende nehmen."*

biete; von seiten der Regierung war weder ein Plan für die Rohstoff- und Lebensmittelversorgung während der zu erwartenden Absperrung von den fremden Märkten ausgearbeitet, noch wurden auch nur im letzten Augenblick Maßnahmen zur Ausnützung der noch offenen Möglichkeiten getroffen.

Die Fehlerquellen

Wenn man die Grundursache des deutschen Unglücks in einem politischen Versagen der Führung und des Volkes gefunden hat, so handelt es sich nunmehr darum, nicht etwa die dabei entstandene Fehlerschau noch über den Umkreis des Allgemeinen, Grundsätzlichen, Bleibenden hinaus fortzusetzen und die als falsch erkannten Entschlüsse und Handlungen im einzelnen zu erörtern, sondern vielmehr die Umstände aufzudecken, durch welche sie hervorgerufen worden sind, denn diese Quellen zu verstopfen, ist jeder mitberufen. Gelänge es nicht, das ganze Volk dafür zu gewinnen, dann könnten auch große Männer nicht zur vollen Wirkung kommen. Deshalb muß es vorteilhaft sein, mindestens die wichtigsten dieser Fehlerquellen herauszugreifen und in eine gewisse Ordnung zu bringen. Man kann dann vielleicht folgende Einteilung zugrunde legen:

1. Gewisse schädliche Besonderheiten des deutschen öffentlichen Lebens, und zwar solche einmalig persönlicher, zeitbedingter und eingewohnter Art.

2. Die unpolitische Gesamthaltung der Regierung und des Volkes, insbesondere was das Wesen, die Grundstoffe, Gegenstände und Gesetze der Politik betrifft.

Schädliche Besonderheiten

Einmalig persönliche Schwächen

In der Gruppe der persönlichen Schwächen leitender Männer sind wohl mit die wichtigsten Ursachen des Unglückes zu finden. Das Schicksal wirkt auch heute noch in der einschneidendsten Weise durch die Hand eines oder einiger weniger Führer. An den großen außenpolitischen Entscheidungen, wie beispielsweise der Anbahnung neuer Zielsetzungen und Bündnisgruppierungen, kann die Öffentlichkeit keinen Anteil haben, sie sind längst zur Wirklichkeit geworden, wenn die Menge sie zu erkennen vermag, und auch dann wird diese sie nur selten in ihrer wahren Bedeutung und Tragweite zu würdigen wissen. Die richtige geistige und praktische Gestaltung solcher Dinge gehört ja zu den höchsten Leistungen staatsmännischer Kunst.

Und doch hängt von solchen außenpolitischen Entscheidungen ganz überwiegend der Gang der Geschichte ab. Jeder Irrtum im Kalkül des Spieles der großen Mächte, ein Mißgriff im außenpolitischen Entschluß, ebenso wie das Versäumen der nie wiederkehrenden Gunst des Augenblickes, sie rächen sich einmal in einem späteren Zeitpunkt. Bismarck sprach dies wiederholt im Reichstag aus: „Es mag 50 Jahre dauern, bis politische Mißgriffe offenkundig werden und ihre letzten Konsequenzen tragen, aber schließlich legt die Geschichte die Rechnung für jeden Fehler vor, und sie ist peinlicher dabei als unsere preußische Oberrechnungskammer. Dann erst wird man in der Öffentlichkeit den Bruchpunkt sehen, von dem das Unheil seinen Ausgang nahm*)."

Beziehungsreiche Worte! Wir wissen heute, daß Deutschlands Einigung und machtpolitischer Aufstieg Bismarcks eigenstes Werk war. Und von seiner Entlassung an führt eine sichtbare Reihe durch persönliche Mängel der Nachfolger verschuldeter Fehler zur Katastrophe. Es kann — im Rahmen dieser Arbeit — nicht in eine fachkritische Betrachtung der deutschen Politik innerhalb dieses Zeitabschnittes eingetreten werden, die dem politischen Historiker obliegt und außerdem auch immer nur an einen wohlvorbereiteten, begrenzten Leserkreis sich wenden kann. Hier handelt es sich allein darum, nachträglich an den entscheidenden Vorgängen der Politik und Kriegführung die geistige und charakterliche

Unzulänglichkeit der handelnden Personen

als wichtigste Fehlerquelle zu erkennen.

Gleich der erste folgenschwere außenpolitische Schritt des neuen Kurses, die Unterbrechung des Drahtes nach Rußland mit der Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages, ist auf dieses Konto zu setzen.

Der neue Kanzler, General v. Caprivi (1890 bis 1894), selbst gab dem russischen Botschafter — wie übrigens auch dem Fürsten Bismarck bei seinem kurzen Abgangsgespräch — folgende Gründe an: „Ich bin nicht so stark in der Politik wie der gleichzeitig mit fünf Kugeln jonglierende Fürst Bismarck; aber ich bin ein gewissenhafter Mensch, und Sie können sich auf meine Gewissenhaftigkeit verlassen . . . nach meiner Ansicht ist eine solche Politik (der Gewissenhaftigkeit!) mit irgendwelchem Geheimabkommen nicht vereinbar**)." Also ein Eingeständnis des Schlimmsten, was es für den Führer geben kann, nämlich des mangelnden Selbstvertrauens in das eigene Können, und dazu ein ethisches Motiv, das zwar den Menschen ziert, dem Staatsmann aber nicht zur alleinigen Richtschnur seines Handelns werden darf.

Die Unsicherheit, die ihn auf dem neuen Wirkungsfelde beherrschte, ließ aber auch in seinem ganzen weiteren Wirken aus dem in Heer und Flotte bewährten alten Soldaten einen in den wesentlichen Dingen versagenden Staatsmann werden. Sie brachte ihn vor allem dazu, zwei folgenschwere Mißstände einzuführen, die auch unter seinen Nachfolgern nicht mehr verschwinden sollten. Der eine war die Abhängigkeit von unten,

*) Siehe auch Bismarck, Gedanken und Erinnerungen I., II. Bd 12. u. 28. Kap.

**) Tagebuch W. N. Lambsdorffs, Staatsverlag Moskau 1926.

Die Kaiserproklamation zu Versailles 18. 1. 1871

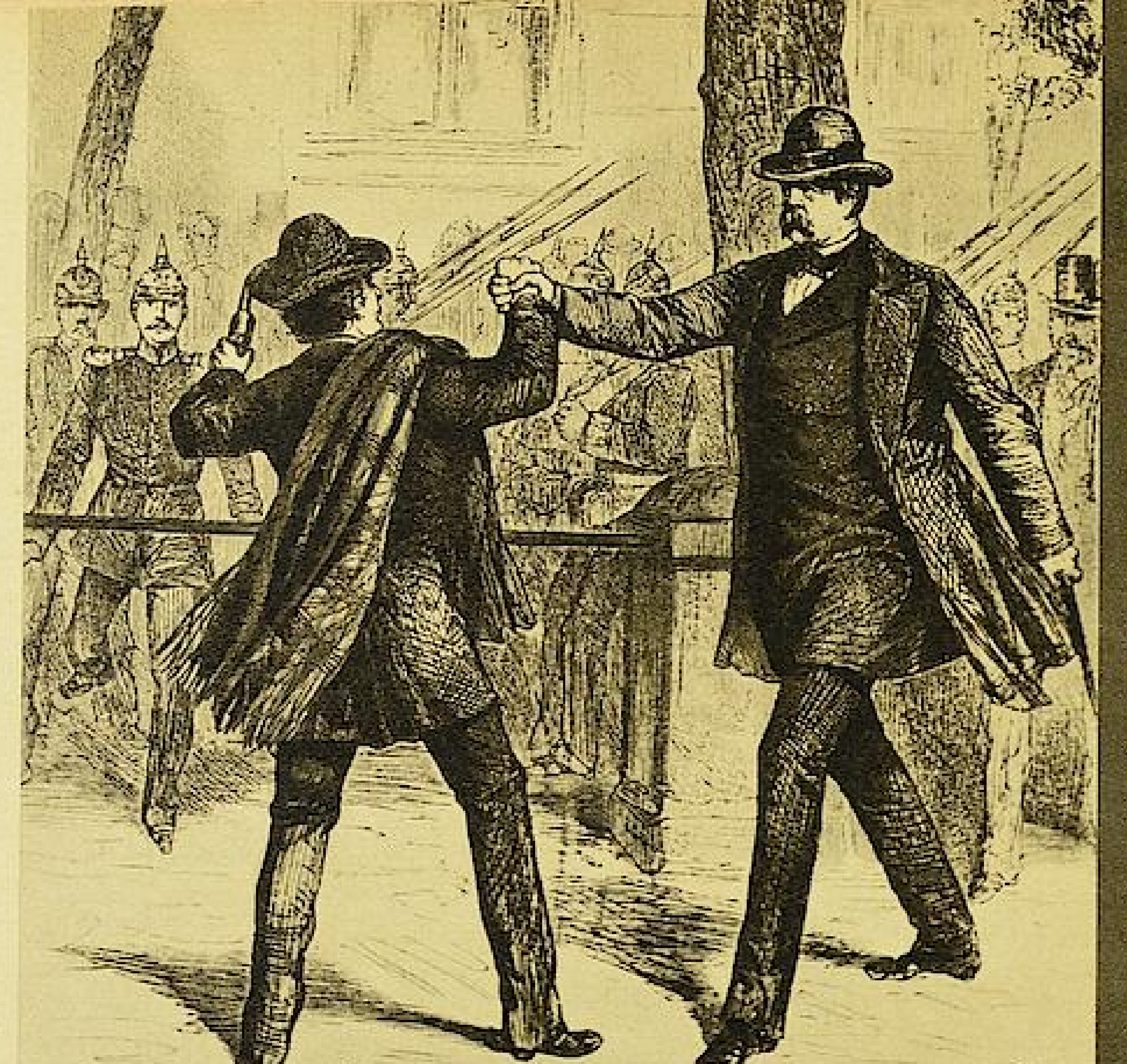
Durch Einheit des Reiches zur Befriedung Europas

Der Kanzler des Reiches als „ehrlicher Makler" zwischen England, Frankreich, Italien, Oesterreich-Ungarn, Rußland und der Türkei zur Wahrung des europäischen Friedens

Aufn.: Photogr. Gesellschaft, Berlin

Der Berliner Kongreß
13. 6. - 13. 7. 1878

Nach einem Gemälde von A. v. Werner



Jüdisches Attentat

auf Bismarck. Am 7. Mai 1866 versuchte der jüdische Student Julius Cohen in Berlin, Unter den Linden, mit 5 Schüssen den Kanzler zu töten.

Bismarck persönlich gab besonders als Kanzler dem Judentum durchaus keinen Anlaß zur Feindschaft; aber der Jude sieht in jedem überragend geführten, sauberen und heroischen Staat seinen Feind. Um herrschen zu können, braucht Juda die Schwäche und Korruption in seinen Gastvölkern. So folgten am 11. 5. und 2. 6. 1878 die Mordanschläge auf Wilhelm I.

50 Jahre nach obigem Verbrechen erschoß der Jude Friedrich Adler den österreichischen Ministerpräsidenten Stürgkh. Unzählige ähnliche Anschläge wurden in der Zwischenzeit in fast allen Ländern Europas versucht.

So auch ein rechtzeitig entdeckter Bombenanschlag auf den Kaiser und die Bundesfürsten sowie Generäle des Zweiten Reiches anläßlich ihres Treffens bei der Enthüllungsfeier des Niederwald-Nationaldenkmals über Rüdesheim a. Rh. 1883 (siehe Bild unten!)

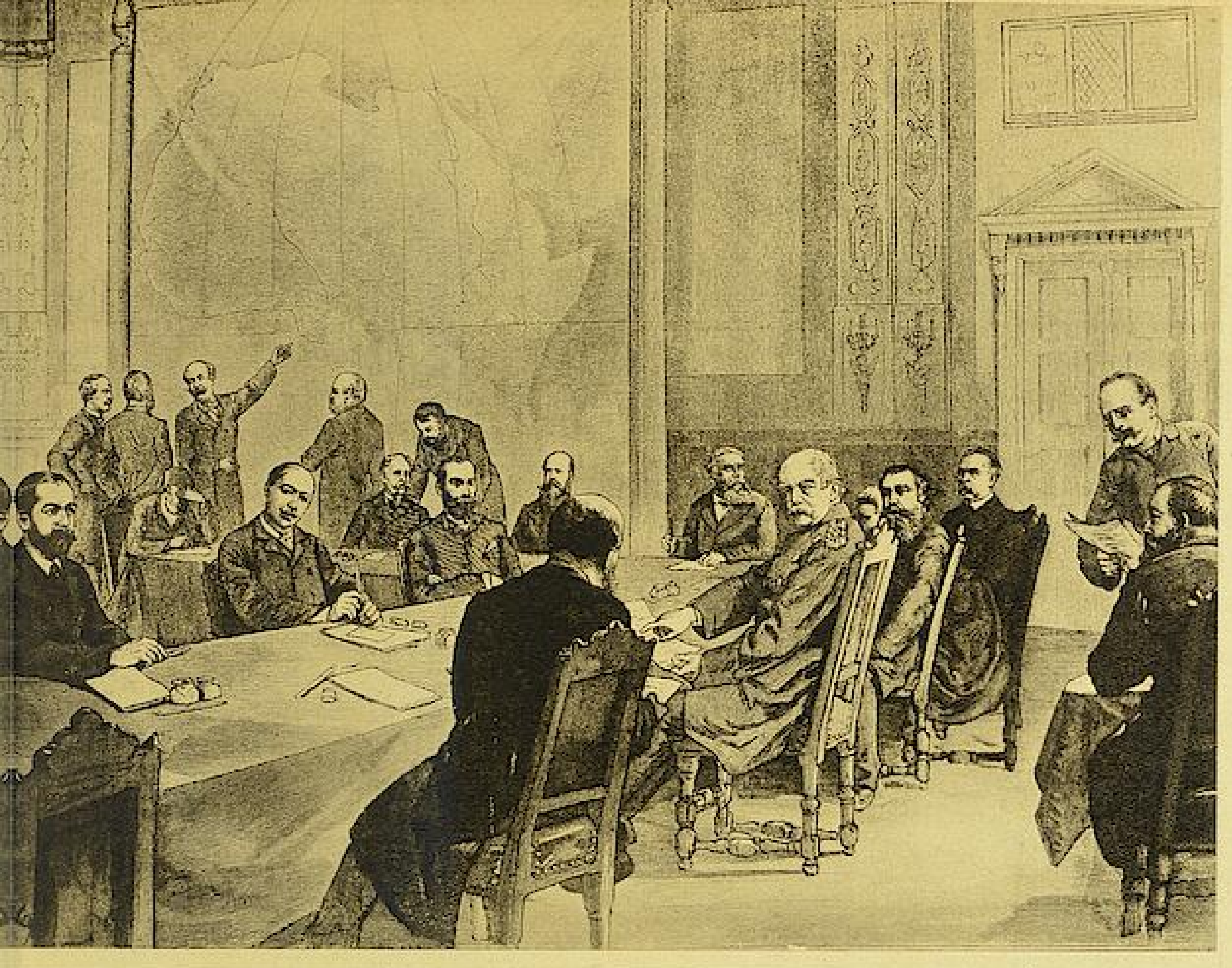


Enthüllungsfeier des Niederwald-Nationaldenkmals
am 18. 9. 1883



Dreikaiserzusammenkunft in Warschau
(Skierniewice) am 15. 9. 1884
Wilhelm I., Franz Joseph von Österreich und Zar Alexander III. von Rußland

Aufnahmen: Hist. Bilderdienst



Die Kongo-Konferenz
1884-1885 in Berlin

Aufn.: Hist. Bilderdienst — Schade, Berlin

Im Bewußtsein der Verantwortung für das Gemeinschaftsleben der europäischen Nationen legte Bismarck in dieser Zusammenkunft die rechtlichen Grundsätze kolonialer Erwerbungen in Afrika fest. Das französische Volk antwortete mit dem Sturz der an dieser Konferenz beteiligten Regierung Ferry durch Clemenceau.



Weil Reichskanzler Bülow es so wollte:

Wilhelms II. einstündiger Besuch in Tanger
31. 3. 1905



Reiterdenkmal in Windhuk, Deutsch-Südwestafrika; links das frühere deutsche Verwaltungsgebäude

Unten links:

Flaggenhissung auf Samoa am 1. März 1900

Unten rechts:

Flaggenhissung auf den Marianen 1899 (Neu-Guinea)

Aufn.: Reichskolonialbund-Bildstelle

Der in Stein und Erz beurkundete Erwerb von Lüderitzland (Deutsch-Südwestafrika) im Jahre 1884

Bis 1914 wehte die schwarz-weiß-rote Flagge des Zweiten Reiches über fast drei Millionen Geviertkilometer Kolonialbesitz (das ist nur der 19. Teil des gesamteuropäischen Kolonialbesitzes) mit beinahe 15 000 000 Bewohnern. Unvergessen ist, was deutsche Arbeitskraft schon in wenigen Jahren leistete. Ungemindert ist dort das Ansehen Deutschlands.

von unsichtbaren, unverantwortlichen Ratgebern. Es wurde dabei zum besonderen Verhängnis, daß diese Rolle einundeinhalb Jahrzehnte lang einem einseitigen, verschrobenen, mißtrauischen Sonderling, dem Geheimrat v. Holstein (1880 bis 1906 Vortr. Rat im Auswärtigen Amt), zufiel. Von ihm, der schon die Kündigung des Rückversicherungsvertrages veranlaßt hatte, nahmen fortan fast alle Irrtümer und Mißgriffe ihren Ausgang. Nicht weniger schädlich wurde ferner die Unselbständigkeit nach oben, für die Caprivi durch Übernahme des militärischen Grundsatzes der unbedingten Gehorsamspflicht sich selbst eine Rechtfertigung zu beschaffen suchte. Welche eigenartige Auffassung er über die staatsmännische Verantwortlichkeit hatte, ist am besten aus seinen Worten gegenüber Bismarck zu ersehen: „Wenn ich in der Schlacht an der Spitze meines X. Korps einen Befehl erhalte, von dem ich befürchte, daß bei Ausführung desselben das Korps, die Schlacht und ich selbst verlorengehen, und wenn die Vorstellung meiner sachlichen Bedenken keinen Erfolg hat, so bleibt mir doch nichts anderes übrig, als den Befehl auszuführen und unterzugehen. Was ist nachher weiter? Mann über Bord [1])."

Bei solchen Eigenschaften und Anschauungen Caprivis ist es nur zu sehr begreiflich, daß von seiner Seite nichts Ernstliches geschah, um dem Einbrechen des Bismarckschen Bündnissystems Einhalt zu tun oder gar Neuschöpfungen zuwege zu bringen. Selbst ohne große Gedanken, wie sie seinem genialen Vorgänger in jeder Lage aus staatsmännischer Eingebung heraus unerschöpflich zur Verfügung gestanden hatten, begegnete er solchen, auch wenn sie von außen an ihn herangebracht wurden, ohne Verständnis und mit äußerster Zurückhaltung. So war es z. B., um nur einen Fall zu nennen, als der stets großzügig denkende, tatfreudige, ja draufgängerische italienische Ministerpräsident Crispi (1887–91 und 1893–96) ihm in einer Zusammenkunft in Mailand im November 1890 Pläne zur Verstärkung, Erweiterung und Lebendigmachung des Dreibundes entwickelte[2]).

Auch die Weiterführung der Politik des untätigen Geschehenlassens während der zweiten Hälfte der 90er Jahre, in der auch der Draht nach England abriß, erklärt sich wieder in erster Linie durch die Eigenschaften der leitenden Persönlichkeit. Der dritte Kanzler, Fürst Hohenlohe (1894 bis 1900), war ein von Natur aus staatsmännisch gerichteter Geist und in der Schule Bismarcks wohl erfahren, aber er besaß nicht oder infolge seines hohen Alters nicht mehr den starken Willen und die schöpferische Kraft, die deutsche Politik wieder aktiv zu machen und über eine bloße Behandlung der laufenden Angelegenheiten hinauszuheben. Außerdem lag aber in seinem ganzen Wesen eine bei seiner großen gesellschaftlichen Stellung auffallende Unselbständigkeit und Rücksichtnahme angesichts von Einflüssen aller Art, sei es aus den hochgestellten Kreisen oder seiner eigenen amtlichen Umgebung, aus dem Reichstag oder der Presse und öffentlichen Meinung. Ihm genügte es, wie er dies gelegentlich selbst aussprach, durch behutsames Ausgleichen, Umgehung von Schwierigkeiten und Vermeiden von Zwischenfällen den ungestörten Fortgang der Geschäfte zu sichern: „Zweck meines Daseins im Reichskanzlerpalais ist doch kein anderer, als übereilte Beschlüsse hintanzuhalten[3])."

Mit dem vierten Kanzler, v. Bülow (1900 bis 1909), gelangte ein Diplomat von vielseitiger Begabung an die Spitze der Regierung. Allein das, was seine Stärke war: der schillernde Geist, die bestechenden Formen, die äußerliche Gewandtheit und Schmiegsamkeit, das alles begründete auch seine staatsmännische Unzulänglichkeit in wesentlichen Dingen. Ihm fehlte letzten Endes doch das sichere Urteil über die Lage, der weite Blick und die schöpferische Phantasie. Dazu kamen ernstliche Charakterfehler: persönliche Eigensüchtigkeit, Eitelkeit und Selbstzufriedenheit, Scheu vor gründlicher Arbeit und ernsten Kämpfen, Unbeständigkeit, Unaufrichtigkeit, Leichtsinn u. a. m. – kurz eine erhebliche Hypothek von Eigenschaften, die der staatsmännischen Leistung sehr ungünstig sind.

Dies alles sieht man in der deutschen Politik der Jahre 1900–1909, in denen der feindliche Einkreisungsring geschmiedet wurde, sich auswirken. Vor allem ist es da neben den charakterlichen Eigenschaften der leitenden Persönlichkeiten die **dauernde Verkennung wesentlicher Grundzüge des politischen Bildes**, die den Schlüssel für eine sonst kaum begreifliche Untätigkeit gibt. Bülow unterschätzte nicht nur die treibenden Kräfte auf der Gegenseite; er stand auch völlig im Banne der vom Geheimrat v. Holstein ausgegebenen Lehrmeinung, daß England und Rußland, der „Walfisch und Elefant", nicht zusammenkommen könnten, und daß deshalb Deutschland nur einer entscheidenden Stellungnahme aus dem Wege zu gehen brauche, um für immer der Schiedsrichter der Welt – arbiter mundi – zu sein. Aber auch der Zusammenbruch dieser These vermochte an seiner Politik nicht viel zu ändern. Was sie kennzeichnet: die innere Ziellosigkeit bei lautem geschäftigen Gebaren, das Jagen nach kleinen, äußerlichen, flüchtigen Erfolgen unter Vermeiden großer Entschlüsse und durchgreifender Mittel, die Unsicherheit, Unbeständigkeit und Zusammenhanglosigkeit, das alles blieb nach wie vor. Und es hätte auch nicht anders sein können, denn es entsprach dem eigentlichen Wesen dieses Kanzlers, dem aber auch die Billigung durch die oberste Autorität, den Kaiser, dabei nicht fehlte.

Der fünfte Kanzler, v. Bethmann-Hollweg, (1909–1917), unterschied sich ungünstig von seinen beiden Vorgängern schon dadurch, daß ihm außenpolitisches Wissen und Erfahrung fehlte. Er war

[1]) Bismarck, Gedanken und Erinnerungen III, 9. Kap.
[2]) Italicus, Italiens Dreibundpolitik. München 1928.
[3]) Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, III. Bd., Stuttgart 1931.

darum weder in der Lage, die Verhältnisse zu überblicken und zu richtigen Zielsetzungen zu kommen, noch auch die geeigneten Mittel und Wege zu finden.

Dazu kam aber nun noch eine Schwäche des Charakters, die ihn als Führer ganz ungeeignet erscheinen ließ. Rechthaberisch und eigensinnig in kleinen Dingen, hatte er gerade in den entscheidenden Fragen doch wieder ein starkes Anlehnungs- und Deckungsbedürfnis. Parlamentarische Mehrheiten, öffentliche Meinung, Presse, kurz alle von außen herandrängenden Kräfte, die selbst zu leiten seine Aufgabe gewesen wäre, machten umgekehrt auf ihn starken Eindruck. Eine merkwürdige Unsicherheit, Entschlußlosigkeit und Tatscheu begleiteten ihn in allen seinen Erwägungen und Handlungen. So glich er namentlich im Kriege dem schwankenden Rohr, das selbst vom Sturme bewegt wurde, statt wie ein ruhender Pol den anderen Halt und Ziel zu geben. Nirgends, weder in der auswärtigen noch in der inneren Politik, konnte er die Kraft zu Entschließungen und Taten finden, nicht in der U-Boot-Sache, nicht in der Kriegszielfrage, nicht in dem preußischen Wahlrechtstreit — es genügt, nur einige der Hauptfälle zu erwähnen.

Aber nicht nur der Mangel an positiven Führereigenschaften kennzeichnet Bethmann-Hollweg, es fehlten in seinem Charakterbilde nicht einmal die ausgesprochenen Gebrechen. Oder kann man es anders nennen, wenn der oberste Leiter der Kriegführung z. B. nach geringfügigem Widerstande die Reichstagsresolution vom Juli 1917 zuläßt, obwohl er — nach seiner eigenen Aussage — katastrophale Folgen für den Kriegsausgang davon befürchtet? Oder wenn er in der U-Boot-Kriegsfrage — trotz der gleichen Befürchtung — schließlich das Gegenteil seiner eigenen Überzeugung vertritt, und zugestandenermaßen nur, um sein Amt nicht zu verlieren?

Eine solche Persönlichkeit war kein geeigneter Führer im schwersten Kampfe. Diesem Manne fehlte hierzu einfach alles: der Tatsachenblick und die Gestaltungskraft, die Willenshärte, die Tatentschlossenheit und der praktische Sinn. Das Kennzeichen seines Charakters war Schwäche. Die Schwäche, von der Treitschke sagt, daß sie die verwerflichste, unheilvollste Eigenschaft in der Politik sei und geradezu als die eigentliche Sünde wider den heiligen Geist der Politik bezeichnet werden könne.

Man muß hier einschalten, daß die vorliegende Untersuchung keine persönliche Saite anklingen lassen darf. Es bedeutet keine Verkennung der vielfach außergewöhnlichen sonstigen Fähigkeiten und Leistungen dieser Männer, wenn die Tatsache ausgesprochen wird, daß ihnen nicht alle für das höchste Amt erforderlichen Eigenschaften zur Verfügung standen. An die Inhaber der beiden für die Geschicke eines Volkes entscheidenden Gewalten sind eben ganz andere Maßstäbe anzulegen, als an die Millionen ihrer Volksgenossen und selbst an die höchstgestellten nachgeordneten Beamten.

Ebensowenig ist der Vorhalt des nachträglichen Besserwissens an die Kritik berechtigt. Die Schwierigkeiten, die im Augenblick der Entschlußfassung und des Handelns bestanden, wird kein vernünftiger Kritiker aus dem Auge verlieren, wenn er aus dem Laufe der Ereignisse Lehren für die Zukunft abzuleiten sucht; aber nur in solcher Rückschau findet er die Maßstäbe, an denen allein die Leistungen selbst der Größten richtig beurteilt werden können. Eine Kritik allerdings, in der Überhebung oder Verkleinerungssucht zum Ausdruck käme, würde diesen Namen nicht verdienen.

Die gleiche Sachlichkeit ist auch geboten, wenn den Ursachen der Nichtlösung der Führerfrage nachgegangen wird. Sie sind in erster Linie bei der Auswahl, dann aber auch beim Angebot zu suchen. Auf beides wirkten verschiedene Umstände ein; es geht nicht an, noch ist es zweckdienlich, eine einzelne Person dafür alleinschuldig zu sprechen.

Für die Auswahl lag die letzte Entscheidung beim Monarchen. Es war daher eine bedauerliche Fügung, daß der Kaiser **Wilhelm II.** weder die naturhafte Menschenkenntnis noch die selbstlose Sachlichkeit besaß, die zu den glücklichsten Eigenschaften seines Großvaters gehört hatten. Man darf aber auch darüber die Schwierigkeit der Aufgabe an sich nicht verkennen. Sie erfordert auch beim besten Willen, d. h. bei einer fast übermenschlichen Fähigkeit zur Ausschaltung aller unsachlichen Eigenmotive und Nebeneinflüsse, außerdem noch eine umfassende Personenkenntnis und Fachbeherrschung, die einem einzelnen Menschen selten, jedenfalls nicht auf allen Gebieten, zur Verfügung steht. Setzt doch namentlich die sichere Unterscheidung des wahren Staatsmannes und Feldherrn vom bloßen Blender immer auch eine gewisse Ebenbürtigkeit des eigenen Urteilsvermögens voraus. „Das Gleiche kann nur vom Gleichen erkannt werden, und nur ein Fürst, der selber große Fähigkeiten besitzt, wird wiederum große Fähigkeiten in seinen Untertanen und Dienern gehörig erkennen und schätzen", sagt Goethe*).

Wenn nun beim Kaiser immerhin noch infolge des völligen Zusammenfallens von eigenen und allgemeinen Interessen die Reinheit der Absicht im großen und ganzen bestand, so fehlte bei so ziemlich allen anderen Stellen auch diese Voraussetzung. Schon aus der engeren Umgebung kamen dem Monarchen kaum viele Vorschläge, die nicht von selbstischen Beweggründen mit eingegeben waren.

Die hohe Beamtenschaft hatte kein Interesse, sich selbst einen starken, geistig überlegenen und damit unbequemen Chef zu verschreiben. Bei allen privaten Interessengruppen gar, den Parlamenten, Parteien und der Presse, kam der Befähigungsmaßstab für

*) Eckermann 11. 3. 1828.

die Wahl überhaupt nicht in Betracht; sie wollten viel lieber unfähige Führer, wenn sie nur leicht lenkbar, ihren eigenen Wünschen und Zwecken zugänglich waren.

So erfuhr der in der Führerwahl letzthin entscheidende Mann wenig wirkliche Beihilfe zur richtigen Personenfindung. Im Gegenteil, er wurde eher noch weiter vom rechten Wege abgelenkt; er erntete in der Regel auch dann das lauteste Lob, wenn er dem Staatsinteresse abträgliche Entscheidungen traf. **Die moralische Mitverantwortlichkeit des ganzen Volkes für die Mißgriffe in der Stellenbesetzung** ist am besten an zwei Vorgängen zu ersehen, die am Anfang und am Ende der Regierungszeit Kaiser Wilhelms II. stehen.

Der eine war die zwar aus eigenem Entschluß des Monarchen erfolgte, aber vom Volke ohne nennenswerten Widerstand, ja zum großen Teil mit Zeichen der Billigung hingenommene Entlassung des größten Staatsmannes der deutschen Geschichte. **Kein anderes Volk wäre einer solchen Gleichgültigkeit, einer solchen persönlichen Voreingenommenheit** in Sachen seiner Führung **fähig gewesen**, und in der Tat wurde auch damals das Verhalten des deutschen Volkes in der ganzen Welt mit Erstaunen, ja mit Verblüffung aufgenommen. In seiner Gesamtheit — an erster Stelle wären die bundesstaatlichen Regierungen und der Reichstag, die Beamtenschaft und Presse zu nennen — hat es damals geistig und charakterlich ein Zeugnis politischer Unreife abgelegt, wie es nicht deutlicher denkbar wäre.

Der andere Vorgang war mitten im Existenzkampfe der deutschen Nation der jahrelange Verzicht auf volle Auswertung der stärksten militärischen Führerpersönlichkeiten. Die bis zum Augenblick der höchsten Not ausgedehnte Unterstellung der siegreichen Ostführer Hindenburg und Ludendorff unter eine ihnen sichtlich in jeder Beziehung weit nachstehende Heeresleitung, die systematische Ausschaltung und schließlich sogar Entlassung des großen Flottenschöpfers und politischen Strategen Tirpitz, das sind Dinge, die auf der Feindesseite zwar stets mit Freude gebucht, aber nie begriffen wurden. Die mögliche Berufung Hindenburgs an die Spitze der Heeresleitung wurde von der französischen Presse immer wieder als allgemeines Schreckensgespenst erörtert, der Abgang Tirpitz (Großadmiral, Staatssekretär des Reichsmarineamtes 1897—1916) in den englischen Zeitungen unter riesigen Überschriften wie z. B. „Der Lotse geht" oder „Tirpitz exil" als ein glückhaftes Ereignis verkündet.

Die deutsche Öffentlichkeit dagegen zeigte in beiden Fällen vergleichsweise nur sehr geringes Interesse.

Aus dem allen ergibt sich als bleibende Lehre für die Führerwahl: Sie darf keiner Körperschaft, am allerwenigsten einer parteipolitisch zusammengesetzten oder durch wirtschaftliche Interessen beherrschten, übertragen werden. Sie wird trotz der in diesem besonderen Falle aufgetretenen Mängel doch immer am besten vom Staatsoberhaupt selbst vorgenommen, das sich aber in Fällen, für die seine Personen- und Fachkenntnis nicht ausreicht, des Rates der berufensten Persönlichkeiten bedient.


von Caprivi
Zeichng. f. d. Schbrf. v. I. Straub

Der Einwand, daß schließlich auch ein derart zusammengesetzter Rat weder unfehlbar noch vor Unsachlichkeit geschützt sei, ist zugegeben. Allein sicher ist, daß unter seinem Einfluß gerade die unheilvollsten Mißgriffe der Vorkriegs- und Kriegszeit vermieden worden wären. Erfahrene Staatsmänner hätten niemals einstimmig einen außenpolitisch unerfahrenen und in seinen Charaktereigenschaften als unzulänglich wohl erkannten Mann wie Bethmann Hollweg zum Kanzler vorgeschlagen. Die hohen Generale ihrerseits haben an den seit 15 Jahren dem Generalstabs- und Truppendienst entzogenen kaiserlichen Generaladjutanten als Nachfolger Schlieffens wohl kaum gedacht; aus ihren Kreisen nannte man dem Kaiser v. d. Goltz oder Beseler. Als aber gar Moltke schon bald nach Beginn des Krieges körperlich und seelisch zusammenbrach, da kann wohl kein Zweifel sein, auf welche Persönlichkeit sie im September 1914 ihre Blicke gerichtet hätten: Der siegreiche Feldherr Hindenburg, zusammen mit seinem großen Gehilfen Ludendorff, wäre der Chef der Heeresleitung in einem Zeitpunkte geworden, in dem die verfahrene Lage sich noch retten ließ.

Die ungünstige Lösung der Führerfrage ist nun z. T. auch auf ein ungenügendes Angebot mit zurückzuführen.

Einen Staatsmann von wahrhaft großem Format hat Deutschland während der nachbismarckschen Zeit nicht mehr hervorgebracht, und auch in der Armee gab es nach dem Abgang des Grafen Schlieffen zeitweise keine Persönlichkeit im entsprechenden Alter, der man ohne weiteres die Berufung zum künftigen Feldherrn hätte zuerkennen müssen. Mit dieser ungünstigen Tatsache, die übrigens in der Geschichte die Regel bildet und auch in den Ententeländern gegeben war, mußte man sich allerdings abfinden. Die großen Männer sind immer ein Geschenk der Natur und können niemals auf dem

Wege der Erziehung und Ausbildung künstlich erzeugt werden. Es hätte aber immerhin Möglichkeiten gegeben, auch das Angebot zu verbessern, und zwar durch gewisse Maßnahmen in der Heranbildung und Auslese.

Im wilhelminischen Zeitalter

Zeitbedingte Schwächen

Mit den persönlichen Schwächen führender Männer verbinden sich diejenigen des Zeitgeistes.

Es ist eine geschichtliche Erfahrung, daß auf Zeiten großer schöpferischer Leistungen oder kriegerischer Erfolge oft solche der Erschlaffung, ja des Rückganges folgen. Der Begriff „Epigonentum" ist von alters her jedem vertraut. Eine solche Zeit der Nachfahren war auch mit der Erfüllung der nationalen Sehnsucht nach Bismarcks Reichsgründung schon angebrochen und machte sich vollends geltend, als unter Überspringung eines Menschenalters ein neues, nur im Glück aufgewachsenes Geschlecht die Führung übernahm.

Man hat nach dem Herrscher, mit dessen Regierung diese Entwicklung zusammenfiel, den Ausdruck „Wilhelminisches Zeitalter" dafür geprägt. Dies ist richtig insofern, als der junge Kaiser infolge seiner Stellung der sichtbarste Träger und stärkste Förderer des neuen Geistes war; es wäre aber nicht zutreffend, wenn damit gesagt sein sollte, daß er ihn selbst geschaffen, allein betätigt oder auch nur in allem geteilt habe. Dieser Geist war vielmehr in weiten Kreisen und Schichten der Bevölkerung lebendig und strahlte von dort auch wieder auf den Herrscher zurück. Die Volkstümlichkeit, die dieser genoß, war nicht zuletzt gerade darauf zurückzuführen, daß er in seinem Denken, Reden und Handeln, in seinen Neigungen und Lebensgewohnheiten, eine weitgehende Übereinstimmung mit der Masse seiner Volksgenossen zeigte. Es war ihr eigenes Wesen, das die Menge im Staatsoberhaupte bejubelte.

Worin bestand nun dieser Geist?

Auch hierbei handelt es sich im wesentlichen nicht um moralische Fehler. Die sittliche Verdammung, die nach dem Unglück gegen eine ganze Zeit und Generation in gewissen Kreisen — und oft von solchen Leuten, die früher zu ihren glühendsten Bewunderern gehörten —, gerne ausgesprochen wurde, ist nicht berechtigt. **Wer insbesondere in der Ausbreitung des Materialismus das Kennzeichen der letzten Jahrzehnte vor dem Kriege sehen will, der muß entweder die wunderbaren Leistungen des deutschen Volkes auf allen Gebieten ganz vergessen haben oder ein idealisiertes Bild früherer Zeiten im Kopfe tragen.** Egoismus und Materialismus gab es zu allen Zeiten, und der deutsche Idealismus hat sich niemals früher, weder in den Befreiungskriegen noch in den äußerlich glanzvollen Einigungskämpfen der Jahre 1866 und 1870, so bewährt wie in den Tagen der schwersten Not, nämlich im Weltkriege.

Die wahren Fehler der Vorkriegszeit waren ganz andere, und sie deckten sich ziemlich genau mit denjenigen, die wir aus anderen vergleichbaren Zeitabschnitten der Geschichte kennen.

Verwaltung statt Regierung

Da ist als erster Umkreis eine Gruppe, die im Charakterlichen wurzelt: die Selbstzufriedenheit, die Gedanken- und Willensträgheit, die den Kampf scheuende Bequemlichkeit.

Das außen- und innenpolitische Werk Bismarcks: Die Gründung des Reiches, seine bündnispolitische Sicherung, sein innerer Ausbau, sie stellen das Höchste dar, was ein Staatsmann im damaligen Zeitpunkt und unter den gegebenen Umständen erreichen konnte. Wir wissen aber, daß sein Schöpfer dies alles immer nur als einen Anfang betrachtete, und daß er dauernd mit Gedanken über die Weitergestaltung beschäftigt war. Er nahm die errungene äußere Macht Deutschlands, seine Stellung im europäischen Kräftespiel, nur als etwas, was täglich neu erworben, gefestigt, weitergebaut werden mußte.

Dies alles lag den Nachfahren fern; sie dachten gar nicht an Weiterentwicklung. Sie erblickten in dem überkommenen Erbe eine feste, zukunftssichere Grundlage, die sie auf absehbare Zeit hinaus jeder eigenen schöpferischen Tätigkeit überhob. Und sie waren auch innerlich nicht bereit, den laufenden Lebenskampf mit seinen Schwierigkeiten und Gefahren, Mühen und Opfern auf sich zu nehmen. Sie wollten im Gegenteil dies alles vermeiden; ihr Ziel war Umgehen, Vertagen, Beschwichtigen, und als Mittel hierzu schienen ihnen Nachgiebigkeit, Kompromisse, Verzichte geeignet zu sein.

So mußte das Nichtgeschehen des Notwendigen zum besonderen Merkmal der deutschen Politik werden, alles Geschehen aber den Stempel des Schwächlichen, Unzureichenden, Verspäteten bekommen. Es vollzog sich damit, zwar äußerlich kaum bemerkt, aber doch rasch und gründlich, ein Wandel, der zu den tiefsten Ursachen des deutschen Unglücks zählt: **der Rückzug vom staatsmännischen Gestalten zum bloßen beamtenmäßigen Verwalten hin.** Fortan hatte Deutschland nicht mehr eine Regierung, sondern nur noch eine Geschäftsführung. Aber auch diese untergeordnete Betätigung erfolgte nicht nach großen und weiten Gesichtspunkten; denn der Verzicht auf wirkliche Führung stand im engen Zusammenhang mit einer zweiten Zeiterscheinung, die nichts anderes bedeutete als das Heruntergleiten auch im Geistigen auf eine tiefer gelegene Ebene, von der aus alle Dinge ein anderes Aussehen gewannen.

Es ist dies die Oberflächlichkeit, Engsichtigkeit und Kleinlichkeit, der Hang zum Äußerlichen und



Fürst Hohenlohe
Zeichng. f. d. Schbrf. v. ... Straut

Persönlichen, zu tönenden Worten und blendenden Formen, die Sucht nach Augenblicks- und Scheinerfolgen.

Diese Umstellung, das Zurückfallen in den Bereich des allzu Menschlichen, Mittelmäßigen, ist nirgends deutlicher zu beobachten als in den Erinnerungswerken der Männer, die mit einem Teil ihres Lebens noch im alten Regime wurzelten, dann aber dem neuen Geist mehr oder minder sich anpaßten, also z. B. des Fürsten Hohenlohe oder noch mehr des Generalfeldmarschalls Grafen Waldersee. Alle die zahlreichen Zeitschilderungen und Lebenserinnerungen der späteren Epoche aber zeigen mit erschütternder Drastik, wie eng allmählich der Gesichtskreis zusammenschrumpfte und wie sehr die großen Gesichtspunkte hinter kleinlichen und meist persönlichen oder gesellschaftlichen Angelegenheiten zurücktraten.

Selbst die bedeutenderen Männer der letzten Zeit, wie etwa Bülow und Kiderlen-Wächter (Staatssekretär des Auswärtigen Amtes) waren dieser Wandlung unterworfen. Nur selten erheben sie sie sich auch in ihren Schriften, wie Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen", zu geschichtlicher Höhe empor. Im allgemeinen leben sie in der Gedankenwelt der Durchschnittsmenschen, sie beschäftigen sich mit dem Alltagsklatsch, erfreuen sich an äußerlichen, flüchtigen Werten oder persönlichen Vorteilen und denken zeitlich und räumlich nur an begrenzte Dinge. Nicht die undankbare Aufgabe, Deutschlands Gesamtlage zu bessern und so für eine ferne Zukunft, aber freilich für die Mitwelt weniger bemerkbar, zu arbeiten, zieht sie an, sondern sie beteiligen sich an dem Ringen um sofort sichtbare, wenn auch kleine und vorübergehende Erfolge, die aber in den Augen des Kaisers und des Volkes ihre eigene politische Stellung heben müssen. Gut abschneiden in der Erledigung der laufenden Amtsgeschäfte, Umgehen von Klippen und Vermeiden von Zwischenfällen, eben Behaupten der gesellschaftlichen Rolle ohne übermäßigen Geistes- und Kraftaufwand, das war im allgemeinen das bestimmende Motiv. Wie sehr darunter der Begriff von der Politik selbst sich von demjenigen Bismarcks entfernte, kann durch nichts deutlicher veranschaulicht werden als durch Kiderlens gelegentliche befriedigte Feststellung, daß er sie wieder einmal „richtig gefingert" habe. Ein schreckliches Wort: die Beziehung auf Taschenspielerkünste, wo es sich um höchste Menschenleistungen, um das Mitweben am Weltgeschehen und Völkergeschick handelte!

Die Masse der Menschen endlich in der maßgebenden Gesellschaft zeigte sich überhaupt jeder größeren Regung bar. Aus ihrer Mitte grinst dem Leser in der Memoirenliteratur der kleinlichste Alltagsgeist entgegen. In persönlichen Interessen und Intrigen, Behandlung von Eitelkeitsfragen und seichter Tagesunterhaltung erschöpfte sich der Inhalt ihres Lebens. Für die Einflußnahme auf die politische Handlung, die sie aus Macht- oder Abwechslungsbedürfnis nicht lassen konnten, fehlte ihnen nach Motiven und Charakter, Kenntnissen und Urteilsvermögen jede innere Berechtigung.

Es kann bei solcher Einstellung, die natürlich im Volke ebenfalls verbreitet war und von den Führern der öffentlichen Meinung, von Parteien und Presse, noch gefördert wurde, nicht wundernehmen, daß allmählich das Verständnis für den Ernst und die Forderungen der allgemeinen Lage überall stark abhanden kam. Aus der Überschätzung glanzvoller Außenseiten und Einzelheiten mußte sich ein ganz falsches Bild ergeben. Über der äußeren Blüte wurde das tatsächliche Abbröckeln der machtpolitischen Stellung Deutschlands kaum von einigen wenigen im ganzen Umfang erkannt. Der Kaiser gab nur einer allgemeinen Selbsttäuschung Ausdruck, wenn er nach der Genesung von seiner Halskrankheit in öffentlicher Rede den Satz aussprach: „Wenn ich auch im Falle meines Ablebens das Reich in einem besseren Zustande übergeben würde, als ich es übernommen habe, so bleibt doch für meinen Nachfolger noch manches zu tun übrig*)."

Aus dem Geiste der Oberflächlichkeit und Äußerlichkeit erklärt sich vieles — nach der negativen und positiven Seite hin —, was zum unglücklichen Verlauf der deutschen Geschicke mit beitrug.

Dies läßt sich bei allen wichtigen Vorgängen der Vorkriegspolitik deutlich genug erkennen. Man braucht nur beispielsweise die englisch-deutschen Bündnisgespräche um die Jahrhundertwende zu verfolgen, um zu verstehen, warum es zu Ergebnissen überhaupt nicht kommen konnte. Die Frage, ob die englische Orientierung an sich richtig gewesen wäre, kann dabei außer Betracht bleiben, um so mehr als sie tatsächlich keine ausschlaggebende Rolle spielte. Entscheidend war vielmehr auf deutscher Seite die Verkennung des Ernstes der allgemeinen Lage und damit der Glaube, Entschlüsse vertagen, die damit verbundenen Opfer — Verzicht auf Flottenwettbewerb, Bereitschaft zu einem etwaigen Rußlandkriege! — vermeiden zu können. So waren die beiden Partner durch eine Welt getrennt; wo der britische Kolonialminister Chamberlain an welt-

*) Graf Waldersee, Denkwürdigkeiten, Stuttgart 1923.

weite Pläne dachte — der Anfang sollte mit einer großzügigen Interessenaufteilung und Gemeinschaftsorganisation in China gemacht werden —, da sah der deutsche Reichskanzler nur eine Gelegenheit zur Herausschlagung kleiner, billiger Handelsvorteile.

Aus diesem Geiste erklärte sich anderseits auch das eigentlich Positive in der deutschen Politik: ihre Unruhe und Zerfahrenheit, das laute und aufdringliche Gebaren, das sich überall Vordrängen, Einmischen und von sich Redenmachen, kurz die Entfaltung einer äußerlichen Geschäftigkeit, die aber nur Selbstzweck war und entsprechender Inhalte ermangelte.

Es ist leider so, daß Belege dafür nicht erst beigebracht werden müssen, auch nicht für die nachteilige Auswirkung. Es handelt sich dabei zumeist um Unwägbarkeiten, die im einzelnen oft nicht sehr wichtig, niemals ausschlaggebend waren, die aber zusammen doch eine fühlbare Belastung darstellten. Ein gut Teil des Mißtrauens, dem die deutsche Politik überall begegnete, ist darauf zurückzuführen; alte Feindschaften wurden damit genährt, neue Reibungsstellen geschaffen; vor allem aber wurde der Welt ein ganz irreführendes Scheinbild geliefert, das von der feindlichen Propaganda mit großem Nutzen ausgewertet werden konnte.

Aus dieser schädlichen Allgemeinhaltung heben sich zahlreiche besondere Mißgriffe verstärkend heraus. Was anderes hätte uns beispielsweise dazu bringen können, uns beim Friedensschluß von Shimonoseki 1895 von Rußland und Frankreich vorschieben zu lassen, um den Japanern ihren Siegespreis im Chinakriege zu beschneiden, wenn nicht der Drang, sich zu zeigen, ohne viel Aufwand den starken, mächtigen Schiedsrichter zu spielen. Darüber war Bismarcks Mahnung, stets den Nächstbeteiligten den Vortritt zu lassen, vergessen worden. Warum auch haben wir 1896 mit dem Krüger-Telegramm die öffentliche Meinung Englands gegen uns aufgepeitscht, obwohl wir an dem Schicksal der Buren nicht interessiert waren und — wie sich später zeigte — auch gar nicht die Absicht hatten, ihnen zu helfen? Warum die schädliche Aufmachung des China-Unternehmens 1900, die blutrünstigen Reden und das Aufdrängen eines deutschen Oberbefehlshabers? Graf Waldersee selbst schrieb damals, als er unter lächerlich übertriebenen Feiern seine Reise nach Ostasien antrat, in sein Tagebuch: „Hauptsache ist das Bedürfnis des Kaisers, eine Rolle in der Weltgeschichte zu spielen, aber ohne bestimmte Ziele und Klarheit über die möglichen Konsequenzen*)."

Und dann die ganze deutsche Marokkopolitik von 1905—1911, die doch nur deshalb so verfahren und fruchtlos wurde, weil unter dem nervösen Drang, den Schein der Macht zu retten, die Klarheit und Folgerichtigkeit des Vorgehens litt. Ohne die großen Gesten der Algeciraskonferenz und des Panthersprunges, durch ruhiges, festes Handeln hinter der Szene, wären wir — wie dokumentarisch nachweislich feststeht — viel weiter gekommen.

*) Graf Waldersee, a. a. O.

Wenn die Äußerlichkeit des Sinnes und die Oberflächlichkeit der Betrachtung zum Teil in den allgemeinen Zeitumständen begründet, freilich aber auch durch persönliche Einflüsse erheblich verstärkt erscheinen, so ist für die Einseitigkeit der Anschauung noch eine besondere Erklärung in der eigentümlichen Gestaltung unserer Bildungs- und Berufsverhältnisse zu finden. Es ist da die zunehmende **Spezialisierung, die wesentlich zu einer allmählichen Verengung des Gesichtskreises** und einer Senkung der allgemeinen geistigen Standfläche beitrug. Im Gegensatz zu den Männern früherer Zeiten, der Befreiungskriege und zum Teil noch der Reichsgründung, deren Briefe den Stempel umfassender Charakter- und Geistesbildung, eines nach der Breite gelagerten Wissens und einer gewissen universalen Anschauung zeigen, war die lebende Generation mehr und mehr gezwungen, auf schmaler allgemeiner Grundlage hohe Pyramiden des Fachwissens aufzubauen.

Die Einseitigkeit des Denkens bei den verschiedenen Spitzen der Staatsleitung barg aber nicht nur die Gefahr der Uneinheitlichkeit in den politischen Entschlüssen und Handlungen in sich, sondern führte auch oft genug zu offenen Konflikten zwischen den einzelnen Stellen, wobei bald durch Sichversagen der einen, bald durch Gegeneinanderarbeiten mehrerer ein innerer Kräfteverbrauch entstand und die äußere Handlungsfähigkeit gelähmt wurde. Hier lag schon im Frieden eine der Hauptschwächen der deutschen Staatsmaschine und einer der Hauptgründe für das dauernde Auseinanderstreben, namentlich für den besonders unseligen Konflikt zwischen der Politik und Heerführung während des Weltkrieges.

Die gesamte Kriegsgeschichte spricht daher von Konflikten zwischen politischer und militärischer Gewalt. Sie bleiben selbst dann nicht aus, wenn beide in einer Person vereinigt sind. Auch in dem Zusammenwirken so wahrhaft kongenialer Männer, wie Bismarck und Moltke waren, konnten solche Konflikte nicht fehlen. Das anschaulichste Beispiel bieten die Tage nach Königgrätz, wo der Feldherr — von seinem Standpunkt aus mit Recht — die volle Auswertung des Sieges verlangte, der Staatsmann aber in Berücksichtigung der Gesamtlage und in Verfolgung weitreichender Zukunftspläne eine nach der Kriegslage allein den Zeitgenossen geradezu unverständliche Mäßigung durchsetzte.

Daß unter diesen Umständen derartige Konflikte in einem Völkerkriege von der Art, der Dauer und dem Umfange, wie wir ihn durchzukämpfen hatten, sich häufen und steigern mußten, ist klar. Sie ganz zu vermeiden, wäre wohl nicht möglich gewesen. Für die Tatsache, daß sie schließlich zu einem klaf-

fenden inneren Zwiespalt in der ganzen Staatsleitung führten, der die Kriegführung und Politik lähmte, ist aber vor allem anderen eben die Einseitigkeit des Denkens aller Beteiligten verantwortlich zu machen. Sie war im Gegensatz zu 1866 und 1870 so groß, daß keine Brücke mehr von der politischen zur militärischen Leitung geschlagen werden konnte.

Ein weiteres Merkmal des Zeitgeistes: der Leichtsinn, die Selbstüberschätzung, der falsche Optimismus.

Auch dies sind Eigenschaften, die sich aus dem Nachfahrentum begreifen.

Die scheinbar leicht errungenen politischen und militärischen Erfolge der Vergangenheit verleiteten dazu. Dem Geschlecht, das eine lange Reihe solcher nicht selbst errungener Erfolge hinter sich hatte, lag Bismarcks chauchemar des coalitions, Moltkes stete Sorge um ausreichende Überlegenheit der Zahl nicht mehr. Es war ja immer alles so gut gegangen. „Schwarzseher dulde ich nicht" — diese Parole des Kaisers machte sich die Politik zu eigen, und im Generalstab galt jeder Zweifel am Siege von vornherein als Zeichen der Willensschwäche und Mießmacherei.

Es ist vor allem Fürst Bülow, dessen gedankenlose Selbstüberschätzung und lächelnde Sorglosigkeit in Erstaunen setzt. Sein amtliches Leitwort vom 3. April 1903: „Deutschland kann den Gedanken eines französisch-englisch-russischen Zusammenschlusses nicht pomadig genug nehmen[1]), gehört zum Leichtfertigsten, was jemals gesagt wurde. Als dann im Dezember des gleichen Jahres die englisch-französische Entente im Werden war und im Osten der Ausbruch des Krieges zwischen Rußland und Japan vor der Türe stand, da äußerte er voll Selbstbefriedigung zu einem Bekannten, daß „ihm die auswärtige Politik zur Zeit wenig Mühe mache; es laufe da alles seinen ruhigen Weg"[2]). Auch als um diese Zeit das Abschwenken Italiens in das andere Lager fühlbar wurde, als dann in Algeciras die längst vorhandene Vereinzelung Deutschlands in erschreckender Weise diplomatisch zum Ausdruck kam, scheint der verantwortliche Leiter der deutschen Außenpolitik — wie aus verschiedenen anderen seiner intimen Äußerungen aus jener Zeit zu schließen ist — im Grunde immer noch an dieser leichtfertigen Auffassung der Lage festgehalten zu haben. Sicher ist jedenfalls, daß er nichts tat, was einer ernsteren Beurteilung entsprochen hätte.

Noch stärker als unter der Ära Bülow tritt übrigens dieser Leichtsinn der außenpolitischen Leitung unter seinem Nachfolger in die Erscheinung. In zahllosen Äußerungen der verantwortlichen Männer aus den letzten Friedensjahren zeigt sich die Unbekümmertheit, das Nichtsehenwollen der Gefahr, und zwar bis in die letzten Julitage des Jahres 1914 hinein, als im Auswärtigen Amte immer noch die feindlichen Drohungen als Bluff erklärt wurden, und selbst bis zum 3. August, an dem der Reichskanzler v. Bethmann u. a. dem deutschen Kronprinzen sagte: „Aber das ist ja ausgeschlossen, daß England mittut; es bleibt bestimmt neutral"[3]) In diesem Sinne wurde auch die von Bülow überkommene Schönfärberei nur fortgesetzt und weiter ausgebildet, je mehr der Ernst der Lage zunahm.



von Bülow

Zeichng. . d. Schbri. v. I. Straub

Schönfärberei und unbegründet günstige Einschätzung der Lage — ist stets ein Zeichen der Schwäche, entweder des Geistes, der die Tatsachen nicht erkennt, oder des Herzens, das die Wahrheit nicht verträgt. So war es bei den führenden Männern des Jahres 1914. Sie sahen erst nicht die Größe der Gefahr, und sie brachen seelisch nieder, als sie sich ihnen enthüllte. Und dieser eigene Geisteszustand mag wohl auch ein Hauptgrund gewesen sein, warum sie dann auch späterhin mit allen Mitteln dem Volke wenigstens den Ernst der Dinge zu verschleiern suchten. Sie konnten sich nicht vorstellen, daß ein gesunder Mensch durch die Erkenntnis der Gefahr nicht im mindesten bedrückt, sondern im Gegenteil in seinem Willen und Kraftgefühl erst auf das höchste gesteigert wird.

Die Liste der Zeiteinflüsse ist in der vorstehenden Aufzählung nicht erschöpft; es genügt aber, durch Herausstellung der wichtigsten die Aufmerksamkeit auf diese Gruppe gelenkt zu haben.

Eingewohnte Schwächen

Unter den schädlichen Besonderheiten nehmen schließlich die eingewohnten Fehler des deutschen Volkes den breitesten Raum ein.

Schon die Tatsache, daß das deutsche Volk fast niemals in der Vergangenheit zu einer seiner Kopfzahl und Tüchtigkeit entsprechenden politischen Machtstellung gelangte, sondern Völkern von geringerer Stärke und Leistungsfähigkeit den Vorrang geben mußte, weist darauf hin, daß in seiner Charakter- und Geistesveranlagung Züge vorhan-

---

[1]) Große Politik, Bd. 18, Nr. 5911.

[2]) Graf Waldersee, a. a. O.

[3]) Erinnerungen des Kronprinzen Wilhelm, Berlin-Stuttgart 1922.

den sein müssen, die für die Betätigung im völkischen Daseinskampfe nicht günstig sind. In ganz besonderem Maße legt aber das Erlebnis der jüngsten deutschen Geschichte die Frage nach solchen Schwächepunkten nahe. Einmal weil ihnen hierbei, infolge der Mitbeteiligung der Gesamtheit an Politik und Kriegführung, eine viel größere Bedeutung zukam als in irgendeiner früheren Zeit. Zum anderen, weil auch das beständige Führermißgeschick außer den bereits erwähnten Momenten noch diese weitere Erklärung aus allgemeinen Ursachen heraus verlangt. Sind doch immer nur die wahrhaft großen Männer bis zu einem gewissen Grade ursprünglich; je weniger solche zur Verfügung stehen, um so mehr müssen aber in der Staatsleitung die allgemeinen Fehler zum Ausdruck kommen.

Welches sind nun die wichtigsten dieser Fehler, die gleich Erbsünden in der deutschen Geschichte durch alle Jahrhunderte sich auswirken? Für die Findung der bleibenden Lehre ist dies eine der wichtigsten Fragen.

Da ist zunächst das, was man wohl als unsere verderblichste Schwäche bezeichnen kann: das Fehlen eines nüchternen politischen Wirklichkeitssinnes und daher die leichte Beeinflußbarkeit durch Theorien, Gefühle und Vorstellungen, die ohne Beziehung zur vorhandenen Welt ausschließlich von innen heraus entstanden sind und somit den Lebenstatsachen und -notwendigkeiten nicht genügend Rechnung tragen.

Es war also in jeder der drei lebendigen Urkräfte, aus denen das menschliche Wirken entquillt: Verstand, Gemüt und Phantasie, eine Fehlerquelle verborgen, die nach außen hin ablenkend in die Erscheinung trat. Nennen wir diese Erscheinungsformen

Ideologie, Sentimentalität und Romantik,

in der Hoffnung, daß deutsche Worte hierfür künftig nicht mehr erst gefunden zu werden brauchen.

Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: **Nicht der erkennende und gestaltende Geist, nicht das Schlieffensche feu sacré des Empfindens nicht die schöpferische Vorstellungskraft sind damit gemeint – sie bilden vielmehr die Grundvoraussetzungen staatsmännischer Größe. Hier ist nur von den Entartungen die Rede, die überall vorkommen, aber im deutschen Leben sich ganz besonders geltend machten.**

Ideologie: das ist hier das von den Gegebenheiten und Möglichkeiten der Lage losgelöste Denken, das Sichverlieren im rein Geistigen.

Hier liegt eine der größten Fehlerquellen zutage, die von alters her den Gang der deutschen Geschichte tief beeinflußt hat. Es waren vielfach gerade vom geistigen Hochflug eingegebene, aber unpraktische oder sogar utopische Ideale, die zu den folgenschwersten Irrtümern der Vergangenheit führten. Sie lockten die Kaiser des Mittelalters zu zehrenden Kriegszügen über die Alpen, indes in ihrem Rücken die Macht des Reiches verfiel; sie ließen das Rittertum seine Kraft gegen die Ungläubigen im Morgenlande verschwenden; sie bewegten die bedeutendsten unter den Führern der Religionskämpfe des 16. und 17. Jahrhunderts, in denen die schon vorhandenen Ansätze zur Weltmacht wieder vernichtet wurden. Und noch Napoleon, der alles wirklichkeitsfremde, und im besonderen alles „metaphysische statt der Kenntnis des menschlichen Herzens und den Lehren der Geschichte entsprechende" Denken aufs tiefste haßte, sah in der deutschen Ideologie den besten Bundesgenossen in seinem Kampfe gegen das nach Größe und Tüchtigkeit überlegene Volk.

Wieder muß hier zuerst der unselige Kriegskanzler des Deutschen Reiches genannt werden. **Während der Kaiser zuviel Hohenzollernart besaß, um weltbürgerlichen Idealen zu huldigen, empfand sein erster, für die Außenpolitik allein verantwortlicher Ratgeber stets neben seinen Aufgaben als deutscher Staatsmann noch eine gesonderte, höhere Verantwortung für die allgemeinen Menschheitsinteressen mit.** Er fühlte sich durchaus als Weltbürger, nicht in dem guten Sinne wie Bismarck – den Crispi (italienischer Staatsmann) 1888 ja auch mit Recht das europäische Gewissen nennen konnte, ohne daß er jemals von seinen Pflichten als Sachwalter der deutschen Interessen um eine Linie abgewichen wäre –, sondern bis zu dem Grade, daß er unter Umständen diese eigenen Interessen den allgemeinen unterzuordnen bereit war.

Auch hierüber sind seine Erinnerungen aufschlußreich. Dort hält er u. a. seinem bedeutendsten Gegenspieler aus der Kriegszeit, Lloyd George, vor, er habe seine Nation zwar zum Siege geführt, es sei aber doch sehr zu bezweifeln, „ob die Vorteile, die der Welt aus dem bis zum englischen Endsiege fortgeführten Kampfe erblüht sind, das Unmaß an menschlichem Jammer und zerstörter Kulturgemeinschaft wert sind, die die Ablehnung des Friedensangebotes verursacht hat"*).

Während unter den deutschen Staatsmännern – und auch in der nachbismarckischen Zeit – der Weltbürger immerhin eine Ausnahmeerscheinung war, bildete die weitgehend weltbürgerliche Einstellung der öffentlichen Meinung und des Reichstages eine dauernde Gefahr. Dem deutschen Bürgertum war sie von jeher eigen. Unglücklicherweise waren auch die Arbeitermassen schon von ihrem Eintritt in das politische Leben an, dem nationalen Gedanken entfremdet und auf allgemeine Menschheitsideale hingelenkt worden; wenn die bürgerliche Demokratie in ihren Träumen von Weltorganisation und Völkerverständigung wenigstens noch an der nationalen Grundlage festhielt, so wurde innerhalb der marxistischen Parteien sogar die internationale proletarische Verbrüderung und der Klassenkampf gegen die eigenen Volksgenossen gepredigt.

*) Bethmann-Hollweg, Betrachtungen zum Weltkriege, Berlin 1921

Die Sentimentalität: das ist hier die seelische Unbeherrschtheit, das Sichbeeinflussen lassen im politischen Sehen, Entschließen und Handeln durch persönliche Empfindungen.

Auch dies, eine Fehlerquelle gefährlichster Art, war immer eine besondere Eigenschaft des deutschen Volkes. Wohl treten Gefühlsregungen an sich bei manchen anderen Völkern, z. B. den romanischen, oft viel stärker hervor als bei der germanischen Rasse; was aber dabei uns unvorteilhaft von ihnen unterschied, ist, daß in Deutschland die Gefühle in stärkerem Maße die Gestaltung der Politik unmittelbar mitbestimmten, während sie in anderen Ländern eher als wertvolle Mittel benützt wurden, die vom Verstande eingegebenen Ziele zu fördern.

Es waren insbesondere auch unsere westlichen Nachbarn, die uns stets ein Vorbild erfolgreicher Gefühlsbenützung ebensowohl wie der Fernhaltung unpolitischer Gefühlseinflüsse gaben. Die Habsucht wie die Eitelkeit, die Furcht und der Haß, sie wurden in Frankreich 40 Jahre lang in den Dienst der großen Politik gestellt. Alle Gemütsregungen wurde dem einen Ziele der Revanche, der Wiedergewinnung der verlorenen Machtstellung nutzbar gemacht. Die Burenbegeisterung war nicht geringer als bei uns, aber zu unklugen Handlungen ließen sich die Franzosen dadurch nicht hinreißen. Die Erbitterung über die Demütigung von Faschoda durch den jahrhundertealten Erbfeind hat nicht verhindert, schon sechs Jahre später die Entente zu gründen und im Volke fest zu verankern. Die natürliche Abneigung der Republik gegen das zaristische Regime stand der Bündnispolitik nicht im geringsten im Wege.

Auch in der Kontrolle der Gefühlsäußerungen waren die Franzosen den Deutschen weit überlegen. Welche Beweise dafür haben sie nicht während des Weltkrieges gegeben! Im Sommer 1917 z. B. war doch das Vertrauen fast des ganzen Volkes auf den Sieg weit tiefer gesunken als zur gleichen Zeit in Deutschland; aber dem Feinde in einer offiziellen Kundgebung diesen Zustand zu verraten und dadurch selbst zur Stärkung seiner Hoffnungen beizutragen, das fiel niemandem ein.

Vor allem die Staatsmänner wußten sich zu beherrschen. Wir wissen heute z. B. aus den Berichten, die Admiral Sims nach seinem Eintreffen in London an den amerikanischen Präsidenten richtete, daß im April 1917 alle englischen Minister mit alleiniger Ausnahme Lloyd Georges in voller Verzweiflung über die Wirkungen des deutschen U-Boot-Krieges waren[1]; der Öffentlichkeit gegenüber aber äußerten sie sich voll Entschlossenheit und Zuversicht. Und wieder bestand diese Niedergeschlagenheit, wie z. B. Jean de Pierrefeu packend schildert[2]), nach der deutschen Märzoffensive 1918 bei der Versammlung der alliierten Staatsmänner und Generale in Doullens. Hier war es Foch, der allein den Kopf oben behielt und dafür zum Oberkommandierenden ernannt wurde. Die Welt aber erfuhr auch in diesem Augenblick nur Worte des Stolzes und des Vertrauens.

Wie aber war es in Deutschland? Dort legte man nicht nur seinen Gefühlen dauernd in Worten und Gesten gar keinen Zwang an, sondern es wurde die Politik selbst häufig aus dem Gefühl heraus gemacht, ja schon bei der Beurteilung der Lage dem Gegenpartner die gleiche Abhängigkeit vom Gefühl unterstellt.

Die Briefe des Kaisers an den Zaren zeigen durchweg diesen Glauben, mit Stimmungsmitteln politische Wirkungen erzielen, ja sogar die fest geknüpften Bande zwischen Frankreich und Rußland lösen zu können. Und welche Täuschung über den Einfluß von Gefühlsregungen auf die Politik lag nicht in dem so lange Jahre hindurch geübten Schöntun und Nachlaufen, mit dem man bald England, bald Frankreich zu gewinnen hoffte! Noch beim Heraufziehen des Weltkrieges zeigte sich ein solcher Irrtum über die Gefühlsabhängigkeit des Auslandes im grellsten Lichte, nämlich der Glaube, daß der Abscheu der Monarchen im besonderen, weiterhin aber auch der ganzen gesitteten Welt über den Fürstenmord in Sarajewo die Feinde von der Verfolgung ihrer machtpolitischen Pläne abhalten könne.

In alledem offenbarte die Politik Deutschlands — sowie diejenige seines Bundesgenossen — den schärfsten Gegensatz zur Übung und Lehre aller wirklichen Staatsmänner. Sein eigener großer Meister, Bismarck selbst, sah in der Gefühlsmäßigkeit bei der Behandlung politischer Angelegenheiten stets eine der schwersten Gefahren für sein Volk. Er, der trotz stärkster Naturbegabung mit inneren Empfindungen im diplomatischen Verkehr das Beispiel der vollendetsten Selbstbeherrschung gab, war auch ein unermüdlicher Mahner, ihm hierin zu folgen. In seine Erinnerungen nahm er Sätze auf, wie: „Sympathien und Antipathien in betreff auswärtiger Mächte und Personen vermag ich vor meinem Pflichtgefühl nicht zu rechtfertigen, weder an mir noch an anderen." Und: „Die Interessen des Vaterlandes dem eigenen Gefühl von Liebe oder Haß gegen Fremde unterzuordnen, dazu hat meiner Ansicht nach selbst der König nicht das Recht."[3])

Unter den Gefühlsäußerungen ist hier auch eine schlechte Gewohnheit zu erwähnen, von der Bismarck sagt, daß es uns schon empfindlich ist, wenn wir sie nicht betätigen können: das Renommieren.

Es war leider gar manchen an besonders sichtbarer Stelle befindlichen Personen ein Bedürfnis, mit allem möglichen: Macht, Besitz, Leistungen, ja selbst mit Absichten und Plänen, großzutun. Aber

[1]) Sims, Victory at Sea, New York 1920.
[2]) Jean de Pierrefeu, Plutarch hat gelogen, Berlin 1923.
[3]) Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, 8. Kapitel.

auch schon das fortgesetzte laute Hinweisen auf die vermeintliche Vormachtstellung des Reiches, auf seine Weltgeltung („nichts kann geschehen ohne die Billigung des Deutschen Kaisers"), auf sein überlegenes Heer („schimmernde Wehr") und seine wachsende Flotte („Dreizack in unsere Faust") war nicht im mindesten geeignet, den Respekt davor zu erhöhen, wohl aber denjenigen Hilfsmittel an die Hand zu geben, die damit ein Ende machen wollten. In der naiven Freude, mit dem eigenen Können zu prunken, scheute man sogar nicht davor zurück, den voraussichtlichen Gegnern neue Kriegsmittel vorzuführen, ja selbst zu ihrer militärischen Ausbildung mit beizutragen; so erhielt z. B. der englische Kriegsminister Haldane die Grundlagen für seine Heeresreform in einem regelrechten Ausbildungskurs im preußischen Kriegsministerium geliefert.

Auch in der Gruppe der Gefühlsmäßigkeiten ist schließlich wieder eine rein deutsche Eigentümlichkeit als besondere Fehlerquelle festzustellen: das ethische Motiv.

Das ethische Empfinden ist an sich eine Voraussetzung des Kultur- und Machtaufstieges der Völker und ein Maßstab ihres inneren Wertes. Der wesentliche Unterschied zwischen dem deutschen Volk und anderen Völkern liegt auch hier wieder nicht so sehr in der Art und Tiefe der Empfindungen, als vielmehr in ihrer Einflußnahme auf das praktische Leben. Es ist die unmittelbare und unbegrenzte Auswirkung ethischer Motive auf die politische Betrachtung und Entschlußfassung, die uns benachteiligt im Lebenskampfe mit Gegenspielern, welche eine derart weitgehende Übertragung der einzelmenschlichen Sittengesetze auf die politische Betätigung überhaupt schon nicht kennen, im übrigen aber auch mit den notwendigen ethischen Rücksichten die praktischen Gesichtspunkte wohl zu vereinbaren wissen. War es doch gerade in manchen Nachbarländern Deutschlands zu einer in der letzten Zeit hochentwickelten staatsmännischen Übung geworden, diese ethischen Momente einfach in die allgemeine Rechnung mit einzukalkulieren, d. h. den voraussichtlichen Rückwirkungen jeder Handlung auf das ethische Empfinden der eigenen und fremden Völker soweit tunlich und im eigenen Interesse gelegen bei der taktischen Anlage der Politik Rechnung zu tragen oder wenigstens durch Inszenierungs- und Darstellungskünste für eine möglichst günstige moralische Beleuchtung zu sorgen — der vielberedete angelsächsische cant! —, dagegen bei der Entschlußfassung selbst sich von der durch das Staatsinteresse vorgezeichneten Linie nicht abdrängen zu lassen.

Die Gefahren der ethischen Beeinflussung des politischen Denkens zeigten sich bei allen Gliedern des deutschen Volkes, insbesondere aber bei den drei für die politische Gestaltung in erster Linie maßgebenden Faktoren: Monarch, Regierung und Reichstag.

Beim Kaiser bewirkte die Tiefe des eigenen ethischen Empfindens trotz einer im ganzen nüchternen Welt- und Lebensanschauung doch manche Täuschung über die politische Lage, z. B. eine Überschätzung der Hemmungen, die dem König von England aus dem engen verwandtschaftlichen Verhältnis zum deutschen Kaiserhause oder dem Zaren aus den von den Vätern überkommenen und jahrzehntelang weitergepflegten freundschaftlichen Beziehungen entstehen konnten. Durch ethische Rücksichten verengte sich ihm auch der Kreis der politischen Möglichkeiten in bedenklicher Weise. So bestimmt er seinerseits alle im Staatsinteresse vielleicht gebotenen Gedankengänge ablehnte, wenn sie mit eingegangenen Bindungen oder auch nur selbstempfundenen moralischen Verpflichtungen nicht im Einklang standen, so zuversichtlich hoffte er auch bei seinen Partnern wenigstens dermaßen gesinnungsloser Handlungen, wie sie der völlig unbegründbare und unter zynischen Formen betätigte Übergang Italiens in das feindliche Lager darstellte, sich nicht versehen zu brauchen. Diese strenge Auffassung des Kaisers hatte schon 1890 bei der Kündigung des russischen Rückversicherungsvertrages stark mitgespielt; ihm etwa gar Gedanken wie einer deutsch-russischen Verständigung auf Kosten Österreichs nahezulegen, hätte niemand wagen können.

Von größtem Nachteil erwies sich die ethische Grundeinstellung in der Person des Kanzlers Bethmann Hollweg, weil hier keinerlei realpolitische Anlagen oder Erkenntnisse als Gegengewichte vorhanden waren. Dieser unseligste der nachbismarckschen deutschen Staatsmänner war von ethischen Motiven derart beherrscht, daß er dauernd die Beweggründe und Absichten seiner Gegenspieler völlig verkannte und seiner eigenen Außenpolitik Ziele setzte, für deren Verwirklichung jede Tatsachengrundlage fehlte. Er konnte sich den brutalen Egoismus, die Skrupellosigkeit und Tatentschlossenheit anderer Regierungen überhaupt nicht vorstellen. „Daß selbst russisches Denken vor einem Kriege zurückschrecken würde", war seine feste Überzeugung. Ein kalter Opportunist wie Grey (englischer Außenminister 1905 bis 1916) war ihm ein seltener Ehrenmann, zu dessen ethischer Phraseologie man alles Zutrauen haben konnte. An seiner ethischen Einstellung konnten sogar die Erfahrungen des Weltkrieges und des Versailler Friedens kaum etwas ändern; noch in seinen „Betrachtungen zum Weltkriege" läßt er sie vielfach durchblicken und stellt u. a. mit schmerzlichem Erstaunen fest, daß „die Urheber der Verträge jede ethische Orientierung vermissen ließen und auf die alte imperialistische Rüstkammer zurückgriffen".

Der Reichstag teilte in der Mehrheit die ethische Orientierung des Kanzlers und bestärkte ihn damit verschiedentlich in irrtümlichen Auffassungen und fehlerhaften Entschlüssen. Einzelne Parteien gingen dabei so weit, auch die außen- und staats-

politischen Handlungen der Regierung lediglich nach individual-ethischen Maßstäben unter Kritik zu stellen und dabei notwendige nationale Schutzmaßnahmen oder militärische Vorkehrungen öffentlich zu verdächtigen und als verwerflich zu brandmarken, reichsfeindliche Bestrebungen dagegen zu verherrlichen und unterstützen. Gegen die Interessen des eigenen Landes traten Deutsche vor aller Welt für diejenigen der polnischen Nationalisten, der elsaß-lothringischen Französlinge, der irredentistischen Dänen und Italiener, ja selbst für die aufrührerischen Afrikanerstämme in die Schranken; sie trugen damit zu Schwächung der inneren Einheit bei und belebten die Hoffnungen der Feinde auf einen leichten Sieg.

Dies alles sind Dinge, mit denen sich schon Bismarck auseinanderzusetzen hatte. Er spielt darauf in seinen Erinnerungen mit den bitteren Worten an: „Daß man in der Politik aus Gefälligkeit oder aus allgemeinem Rechtsgefühl handelt, das dürfen andere von uns, wir aber nicht von ihnen erwarten*).“ Und über die Hereintragung ritterlicher Motive im besonderen sagt er an anderer Stelle: „**Internationale Streitigkeiten, die nur durch den Volkskrieg erledigt werden können, habe ich niemals aus dem Gesichtspunkt des Göttinger Komments aufgefaßt, sondern stets nur in Abwägung ihrer Rückwirkungen auf den Anspruch des deutschen Volkes, in Gleichberechtigung mit den anderen großen Mächten Europas zu leben****).“

Die Romantik: darunter verstehen wir im folgenden die Beeinflussung durch Scheinbilder irgendwelcher Art, sei es daß sie aus einer naturgegebenen bzw. ererbten Anlage zum Phantasievollen, Unwirklichen hin entspringen oder durch Gemütsbewegungen — Furcht, Hoffnung, Wunsch usw. — hervorgerufen sind.

Auch dies ist eine Fehlerquelle, die sich, wenn auch vielleicht nicht so stark auswirkend, an manchen unglücklichen Geschehnissen nachweisen läßt.

Ein starker romantischer Zug in der deutschen Volksseele, der im Zusammentreffen mit einem gewissen natürlichen Mangel an Tatsachensinn und einer geschichtlich erklärbaren Welt- und Lebensfremdheit besonders wirksam wurde, hat namentlich in früheren Zeiten erheblich dazu beigetragen, unzutreffende Lagenbilder zu erzeugen, und zu verhängnisvollen Entschlüssen und Zielsetzungen, zu Mißgriffen in der Wahl der Mittel und Methoden angeregt. Wenn nun auch die Deutschen des 19. und 20. Jahrhunderts nicht mehr jene Träumer waren, die einst den Spott der Welt erregt hatten, so hatte doch auch die moderne Zeit mit ihrem Zug zur Nüchternheit und Sachlichkeit diese tief eingewurzelten Schwächen nicht ganz beseitigen können.

*) Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, 8. Kapitel.
**) Bismarck a. a. O., 30. Kapitel.


Bethmann Hollweg
Zeichng. f. d. Schbrf. v. I. Straub

Der Kaiser selbst war ein Romantiker von auffallender Ähnlichkeit mit seinem Großoheim Friedrich Wilhelm IV. Aus dieser Veranlagung heraus entwickelten sich bei ihm Gedankengänge und Anschauungen, die für eine politisch entscheidende Persönlichkeit gefährlich werden können. Dazu gehörten z. B. der Glaube an eine göttliche Sendung und Lenkung oder phantastische Begriffe über eigene und fremde Machtverhältnisse (Admiral des Atlantischen Ozeans, suggestive Wirkung der Zarenpersönlichkeit, Zaubermacht des Kalifats über 300 Millionen Islambekenner usw.) oder Vorstellungen wie diejenige einer gegenwärtigen gelben Gefahr. Auch gelegentliche Anwandlungen einer merkwürdigen Leichtgläubigkeit, wie sie z. B. mehrfach in den Briefen an den Zaren zutage treten, fallen in diese Richtung; es sei hier nur auf die seltsame Erzählung über die verkleideten japanischen Soldaten in Mexiko in demjenigen vom 28. Februar 1907 hingewiesen.[1])

Im Volke spielte natürlich der romantische Zug keine geringere Rolle. In den höheren Gesellschaftsschichten trat außerdem in der letzten Zeit eine befremdliche Neigung zur **Beschäftigung mit übersinnlichen, okkulten und mystischen Dingen** auf, der selbst Männer, die mit der Leitung realster Angelegenheiten betraut waren — wie beispielsweise zwei von im ganzen vier deutschen Generalstabschefs —, sich offen hingaben.[2]) Unter solchen Umständen kann man sich nicht wundern, wenn überall wirklichkeitsfremde Auffassungen sich festsetzten und die Lebenstatsachen, die Verhältnisse in oft sogar nahe benachbarten Ländern, in einer argen Verzerrung gesehen wurden. Ideologie, Sentimentalität und Romantik, hier hat man wohl drei Hauptschlüssel zur deutschen Geschichte. Vorzüge im kulturellen Wettbewerb, in dem sie zu großartigen, für die ganze Welt unschätzbar wertvollen Leistungen befähigten und dem deutschen Volke den ehrenden Beinamen der „Dichter

[1]) Briefe Wilhelms II. an den Zaren, Berlin 1920.
[2]) Siehe dazu besonders Graf Waldersee, a. a. O. und H. v. Moltke (Gen.-Oberst), Erinnerungen, Briefe, Dokumente 1877 bis 1916, Stuttgart 1922.

und Denker" eintrugen, waren es ebenso schwere **Nachteile im nationalen Daseinskampf, indem sie hier die Zusammenfassung aller Kräfte erschwerten und zu ihrem verfehlten Einsatz verleiteten.**

*

An dieser Stelle wäre auch einer gewissen rationalistischen Richtung zu gedenken, die während der letzten Jahrzehnte als Gegenerscheinung zur ideologischen und ethischen Orientierung aufkam und ganz zu Unrecht Bismarck als den „Mann von Blut und Eisen" für sich in Anspruch nahm. Ihr Ehrgeiz ging dahin, bei der Lagebeurteilung und Entschlußfassung nur Zweckmäßigkeitsgründe gelten zu lassen und möglichst alles auf die Formel „Risiko — Gewinn" zu bringen. Daß eine derart einseitige Auffassung der politischen Vorgänge ebenso wirklichkeitsfremd ist wie die von dieser Richtung bekämpften Anschauungen, bedarf keiner Erörterung. Im übrigen blieb der Einfluß ihrer Anhänger, die niemals einen geschlossenen Kreis sammeln konnten, im Frieden stets sehr gering. Erst während des Krieges gewannen sie an Bedeutung, als in gewissen Dingen die dritte Oberste Heeresleitung sich zu ihrem Vertreter machte.

Ganz besonders schwer fiel dem gekennzeichneten Rationalismus das Erfassen der Massenseele.

*

Neben den seelischen und geistigen Fehlerquellen ist nun noch eine andere Gruppe mit mehr hemmender Wirkung zu erwähnen: die mancherlei großen und kleinen Übel der deutschen Denk- und Lebenspraxis. Sie alle aufzuzählen, ist kaum nötig; es seien nur einige, die für die ungünstige Entwicklung besonders mitbestimmend waren, herausgestellt.

Da ist zuerst der Doktrinarismus, die übermäßige Gebundenheit durch theoretische Grundsätze, Lehrmeinungen und Schulbegriffe zu nennen.

Als eine weitere solche Fessel muß der übertriebene, falsche Konservativismus — d. h. hier die allgemeine konservative Geisteshaltung, nicht die in ihrer Schädlichkeit schon gekennzeichnete parteipolitische Ausprägung — erwähnt werden.

Das treue Festhalten an stolzen Überlieferungen und erprobten Einrichtungen ist an sich wohl lobenswert und jedenfalls der Neigung zum unnötig häufigen Wechseln und ungenügend vorbereiteten Versuchen bei weitem vorzuziehen. Der richtige Konservativismus besteht aber, wie schon Friedrich der Große seinen Nachfolgern zu bedenken gab, nicht im Kleben an äußeren Formen, sondern im wohlüberlegten Bewahren dessen, was frühere Erfolge oder ererbte Spitzenstellungen tatsächlich ausmachte. Mit anderen Worten: **es handelt sich darum, zwar in allem Grundsätzlichen, Allgemeinen, Dauernden sich gegen zersetzende Einflüsse fest zu erweisen und natürliche Werte weiter zu pflegen, dagegen in den zeitgebundenen Dingen an Fortschrittlichkeit sich von niemand übertreffen zu lassen, ja seiner Zeit und Umgebung vorauszueilen.**

Neben der konservativen ist sogleich die liberalistische Geisteshaltung, die aus der französischen Revolution hervorgegangen und also immerhin auch schon seit einigen Menschenaltern eingewöhnt war, als eine ähnliche Fehlerquelle zu nennen.

Das liberalistische Motto des „Laissez faire" und „Laissez aller" stand tatsächlich unausgesprochen über jeglicher staatlichen Tätigkeit nach dem Abgange Bismarcks.

Die juristische, bürokratische, formalistische Denkweise war ein anderes weit verbreitetes Übel.

Auch hier handelt es sich im wesentlichen um eine Auswirkung des deutschen Lebens. Die juristischen Gedankengänge wurden stark gefördert durch die Ausschließlichkeit der juristischen Vorbildung, die auch für Betätigungsgebiete gefordert wurde, wo sie eher schädlich als nützlich wirken muß. So war es vor allem bei der Diplomatie, bei der doch niemals die Rechtsverhältnisse, sondern in erster Linie die Macht und bis zu einem gewissen Grade auch noch das persönliche Geschick für den Erfolg entscheidend sind.

Die juristisch-bürokratisch-formalistischen Fesseln haben sich als eine der Hauptfehlerquellen in der deutschen Politik erwiesen. Es waren stets in erster Linie solche Hemmungen und Beschränkungen, welche den großen Stil nicht aufkommen ließen. An ihnen scheiterten, wie aktenmäßig feststeht, im Jahre 1913 die Anträge des Generalstabs, die dem deutschen Heere im Weltkriege die Überlegenheit gesichert hätten.

Die deutsche politische Geschichte der letzten Jahrzehnte vor dem Kriege zeigt in erschreckendem Maße die Auswirkungen dieses Geistes. Er trieb gerade auch im Auswärtigen Amt, wo man ihn eigentlich am wenigsten hätte erwarten dürfen, recht sonderbare Blüten und läßt sich bei manchen von ihm begangenen Fehlern als Mitursache aktenmäßig nachweisen. Es seien hier nur zur Kennzeichnung zwei Beispiele herausgegriffen.

Das eine ist das jedem im öffentlichen oder geschäftlichen Leben erfahrenen Manne unverständliche Sichversteifen auf bestimmte Sachbenennungen und formale Paragraphierungen, das namentlich auch bei den englisch-deutschen Bündnisgesprächen

zwischen 1898 und 1901 zum Scheitern mit beitrug. Die deutschen Staatsmänner standen damals der Angelegenheit von Anfang an schon deshalb innerlich ablehnend gegenüber, weil ihnen nur ein regelrecht abgefaßter Bündnisvertrag, auf den aber angesichts der besonderen Verhältnisse in England nicht leicht gerechnet werden konnte, eine ausreichende Sicherheit zu gewähren schien; daß eine in der Form eines bloßen „gentleman agreement" abgeschlossene Entente, wie sie in der Folge auf der Gegenseite zustande kam, sich unter Umständen viel wirksamer erweisen könne, ging ihnen nicht ein.

Ein anderes Beispiel bieten wieder die schon erwähnten beiden Haager Konferenzen, wo die deutschen Vertreter aus juristischer Verbohrtheit das Odium auf sich nahmen, gewisse sehr menschenfreundlich klingende, aber praktisch unausführbare Scheinvorschläge offen zu bekämpfen statt dies anderen, hieran noch mehr interessierten Mächten zu überlassen.

Zum vollen Durchbruch kam schließlich dieser eigentümliche Zug in der deutschen Vorkriegspolitik unter der Kanzlerschaft Bethmann Hollwegs. Dieser ehemalige Verwaltungsbeamte war ein Jurist und Bürokrat vom reinsten Wasser. Bedenken und Rücksichten, die durch diese Geistesverfassung bedingt waren, hinderten ihn an jeder Aktivität. Sie führten ihn anderseits wieder zu Handlungen, die einem unabhängig und praktisch denkenden Menschen einfach unbegreiflich sind. Nur einem in der juristischen Auffassung völlig befangenen Menschen konnte der Gedanke kommen, für den Krieg, den Rußland mit seiner Mobilmachung schon entfesselt hatte, die Kriegserklärungen zu verschicken, die doch den Schein der Tat auf Deutschland laden mußten. Als Jurist sprach er das Wort vom „Unrecht an Belgien", das wir wiedergutmachen müßten, und verfaßte er die vielen Noten in der U-Boot-Angelegenheit, die das schlagende Argument der durch die Hungerblockade erzwungenen Notwehr ganz in den Hintergrund stellten und in zögernden Rechtfertigungsversuchen an der Hand der Paragraphen des Völkerrechts eine Hauptwaffe für die feindliche Propaganda schmiedeten.

Das Unglück wollte es, daß auf der Gegenseite Männer führten, deren Entscheidungen ausschließlich durch politisch-militärische Gesichtspunkte bestimmt wurden. Die Poincaré, Sasonow (russischer Außenminister 1910–1916), Paschitsch, (mit mehrmaligen Unterbrechungen bis 1926 Ministerpräsident von Serbien), sie handelten nach Friedrichs des Großen bekanntem Wort: „Wenn Könige Krieg führen wollen, dann beginnen sie ihn, und nachher lassen sie sich gewiegte Juristen kommen, die vor aller Welt die Berechtigung ihres Tuns erweisen werden." Im übrigen aber war in allen Ententeländern der Geist der gesamten Staatsleitungen überhaupt ein anderer. Dem asiatisch-autoritären Regime Rußlands war juristisch-bürokratisches Denken von jeher fremd gewesen. In England hatte der ganze Zug des Lebens, die Großartigkeit der weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Betätigung und die Gewöhnung an Selbstgestaltung bei den inneren Angelegenheiten niemals derartige Fesseln aufkommen lassen. In Frankreich freilich spielten sie in der inneren Verwaltung immer eine große Rolle; hier wirkte aber anderseits doch auch wieder die Zentralisation und das Zuschieben aller Entscheidungen und Verantwortlichkeiten an die obersten Stellen dahin, daß bei ihnen wenigstens geistige Unabhängigkeit und schöpferische Kraft zu einer selbstverständlichen Forderung wurde.

Gerade diese Unterscheidung zwischen leitenden und ausführenden Organen ist wohl beachtenswert. Das Schicksal eines Volkes wird in erster Linie durch die Entschlüsse der obersten Leiter von Politik und Kriegführung bestimmt. An ihnen gemessen erweist sich der Einfluß aller übrigen Organe, und selbst der höchstgestellten, als sehr gering. Auch ein Armeeführer handelt nach gegebenen Vorschriften und Befehlen, er rechnet mit gegebenen Organisationen, Kräften und Mitteln.

An diesen beiden Stellen darf also kein kleinlicher, einseitiger und abhängiger Geist irgendwelcher Art eine Stätte haben. Hier gilt das Wort des Prinzen Friedrich Karl von den „zwei bis drei Strategen, die Seine Majestät braucht". Von den hier waltenden Männern ist freies, großes Denken zu verlangen, und wenn sie dieser Forderung nicht entsprechen, dann möge es nach dem Ausspruch Ludwigs XIV. geschehen: „Ich habe ihn (d. i. den Auswärtigen Minister) entlassen müssen, denn allem, was durch seine Hand ging, gebrach es an der Großartigkeit und Kraft, welche man zeigen muß, wenn man die Befehle eines Königs von Frankreich ausführt, der nicht unglücklich ist."



In der vorstehenden Aufzählung hat man nicht alle, aber vielleicht die wichtigsten Schwächen, die in den letzten Jahrzehnten, aber auch schon in früheren Zeiten, die deutsche Politik ungünstig beeinflußt haben. Daß sie eine weit schädlichere Auswirkung haben konnten als bei den anderen Völkern, bei denen sie ja auch mehr oder minder vorhanden sind, liegt aber hauptsächlich an einer negativen Tatsache, nämlich dem Mangel starker Gegengewichte in einem angeborenen politischen Instinkt oder einer ausreichenden politischen Schulung.

Dr. Johann von Leers:

Überstaatliche Mächte im Zweiten Reich

Die Vorbereitung des Weltkrieges.

Die deutsche Volksgeschichte ist ein dauernder Kampf unseres Volkes um arteigene Gestaltung seines Seelenlebens, seiner Wirtschaft, seines Geisteslebens und seines Staatswesens gegen Wirtschaftsverjudung, Geistesverjudung, Seelenverjudung. Dieser Kampf hat sich in mehreren Wellen und Etappen vollzogen — sein Ziel war von der „anderen Seite" aus stets das gleiche: Unterwerfung der Deutschen, Aufhebung ihrer nationalen Eigenart und Einschmelzung in einen Menschenbrei, der den überstaatlichen Mächten gehorcht.

Der Kampf des Zweiten Reiches stellt nur einen Ausschnitt aus diesem Ringen dar.

Das Judentum

erscheint bei uns in der Karolingischen Zeit als Sklavenhändler, sattelt mit steigender Geldwirtschaft zum Geldhändler um, organisiert auf Grund des Hehlereiprivilegs von 1090 das Verbrechertum, dem es seine Sprache als Fachsprache gibt, erreicht im Hofjudentum des 16. bis 18. Jahrhunderts eine weitgehende Beeinflussung der fürstlichen Höfe, in der Freimaurerei eine geistige Leitung der bürgerlichen gebildeten Schicht, erobert durch Meir Amschel Rothschild im beginnenden 19. Jahrhundert die Kontrolle der Staatsfinanzen der meisten europäischen Länder, mit Karl Marx und seiner Schule die geistige Formung des werdenden deutschen Arbeiterstandes, mit Friedrich Ludwig Stahl (Jude Jolson) die Kontrolle der preußischen Konservativen Partei.

Im Zweiten Reich marschiert das Judentum mit folgenden Truppen auf:

a) der jüdische **Bank- und Geldkapitalismus** (Rothschild-Frankfurt, Bleichröder-Berlin, Arnstein, Eskeles, Wertheimstein-Wien;

b) der jüdischen bürgerlichen **Intelligenz** (Heine, Börne, Harden, zahlreichen jüdischen Juristen, Hochschullehrern und Schriftstellern);

c) **der marxistischen Bewegung;**

d) dem vom Judentum organisierten, von jüdischen Strafverteidigern verteidigten, von jüdischen Strafjuristen entschuldigten **Verbrechertum;**

e) **der Freimaurerei,** die seit ihrem Bestehen in steigendem Maße zum Mittel der jüdischen politischen Propaganda geworden ist.

Die römisch-katholische und die protestantische Kirche, beide von den Verheißungen Jahves ausgehend, den Gedanken der Rasse ablehnend, „einen Hirt und eine Herde" predigend, vertreten damit einen Universalismus, der überall, wo nicht der unverfälschte Instinkt volksbewußter Geistlicher eine Sicherung bot, notwendigerweise dem um Geltung ringenden Nationalbewußtsein mindestens negativ und nicht selten feindlich entgegentritt. Und zwar

a) **die römisch-katholische Kirche,** auf dem Wiener Kongreß 1815 durch den Fehler der nichtkatholischen Mächte Preußen, England und Rußland wieder in den Besitz des Kirchenstaates gesetzt, erlebte im 19. Jahrhundert einen ungeahnten Aufschwung. Pius VII. stellte am 7. August 1814 den Jesuiten-Orden wieder her, gründete 1818 das Collegium germanicum zur Rekatholisierung Deutschlands, kämpft die nationalkirchliche Bewegung in Deutschland (Wessenberg) nieder; schon 1841 entstand die berüchtigte „katholische Abteilung" im Preußischen Kultusministerium, die sich zu einer kirchlichen Nebenregierung entwickelte; die preußische Verfassung von 1850 lieferte die Schule der Kirche aus. 1864 veröffentlichte Pius IX. die Enzyklika mit dem „Syllabus errorum" (Verzeichnis der Irrtümer), in dem die politische Souveränität des Staates im vollen Umfang bestritten wird.

b) **Die evangelische Kirche** macht im 19. Jahrhundert eine Generalverjudung durch; ihr anerkannter Kirchenlehrer wird Friedrich Ludwig Stahl (Jolson); getaufte Juden erfüllen ihre Kanzeln (David Mendel, getauft Johann August

Neander in Berlin, Friedrich Adolf Philippi, Ferdinand Hitzig, eigentlich Itzig, in Heidelberg, Paulus Stephanus, eigentlich Saul Selig Cassel, an der Christuskirche in Berlin). Sie alle lehrten eine starre orthodoxe Kirchenauffassung, die die Staat als „an Gottes Wort gebunden", nach Stahl den König als nur Gott verantwortlich darstellt.

Von links bis rechts war die politische und geistige Leitung des deutschen Volkes bereits verjudet, als es gegen diese Widerstände und unter geschicktem Ausspielen ihrer noch vorhandenen Gegensätze Bismarck gelingt, das einheitliche preußisch-deutsche Reich unter schmerzlichem Verzicht auf die Deutschen in Österreich aufzubauen. Die nationale und völkische Begeisterung aber wird von den überstaatlichen Mächten einheitlich als eine Gefahr für ihre Ziele angesehen.

a) **Der jüdische Bank- und Geldkapitalismus** schaltet sich zuerst erfolgreich ein (Bleichröder), stößt aber auf Widerstände, die in den festgefügten Ehrbegriffen der Armee, der Beamtenschaft, des Handwerkertums und der Bauernschaft liegen. Er bemüht sich, diese Hindernisse auszuräumen, bei der Armee durch Eindringen getaufter reicher Juden in ihr Offizierkorps, durch die Forderung, daß auch Glaubensjuden Offizier werden dürfen, durch Herabreißen des Offiziers in der jüdisch geführten Großpresse; bei der Beamtenschaft gleichfalls durch Eindringen von Juden, durch Einflußnahme „erfahrener" jüdischer Wirtschaftler (z. B. der Rathenaus), durch Herabsetzung derjenigen Schichten, die dem Juden als Träger der Strafjustiz gegen seine kriminellen Anlagen besonders verhaßt sind (Hetze gegen den Staatsanwalt, Erzeugung von „Blaukoller" gegen den Schutzmann), eine Propaganda, deren letzter Zweck die

Aushöhlung der Staatsordnung

ist. Das Handwerk wird durch die völlig freie Gewerbeordnung von 1869 in die Auflösung getrieben und mit Schundware niederkonkurriert, dem Warenhaus- und Verlagsunwesen ausgeliefert, das Bauhandwerk durch den periodisch auftretenden Bauschwindel um sein Geld gebracht. Der Bauer und landbesitzende, wurzelfeste Adel wird durch künstliche Agrarkrisen erschüttert (Caprivi-Periode), durch freie Erbteilung des Grund und Bodens geschwächt, durch freie Belastbarkeit in die Verschuldung getrieben.

Das Werk dieser kapitalistischen Truppe des Judentums, an die sich alle selbstsüchtigen Deutschen anschließen und auf ihrer Seite die Auflösung des deutschen Staatswesens mit herbeiführen, ist die außerordentliche Verschärfung der inneren Wirtschaftsgegensätze, die Aufreizung der Volksschichten gegeneinander, die Bereitung des Bodens für die letzten Ziele des Judentums, den offenen Umsturz.

b) **Die jüdische bürgerliche Intelligenz** und diejenigen, die ihr hörig und verfallen sind, arbeiteten mit folgender Taktik: die selbstverständlichen Begriffe jedes gesunden Staatswesens werden fragwürdig gemacht, und zwar Blut und Volkstum durch die Lehre von der „Gleichheit aller Menschen" (sekundiert von beiden Kirchen!), von der Rassenmischung als „Grundlage jeder Kulturblüte", von dem „Fortschritt", der zur Überwindung des Nationalstaates und zur Welteinheit führen werde. Die deutschen Rechte werden fragwürdig gemacht (z. B. in der Frage Elsaß-Lothringen, polnische Gebiete, Kolonien, Wehrmacht), stets nimmt diese Intelligenz zielbewußt und immer Stellung gegen die Reichsinteressen. Auf dem Gebiet des Staatswesens vertritt sie den krassesten Liberalismus: der Staat sei nur des Einzelnen wegen da.

c) **Die marxistische Bewegung** arbeitete völlig offen am Sturz des „bürgerlichen Staates", predigte äußerlich eine Revolution der Arbeiter, während in der Tat die leitenden Köpfe sich völlig darüber klar waren, daß das letzte Ziel des Marxismus der Sturz aller Staaten und des Deutschen Reiches ist, entsprechend dem Brief von Baruch Levi an Karl Marx (zitiert in französischer Sprache in der „Revue de Paris", 35, II S. 574):

„**Das jüdische Volk, als Ganzes genommen, wird selbst sein Messias sein. Seine Herrschaft über die Welt wird erreicht werden durch die Vereinigung der übrigen menschlichen Rassen, die Beseitigung der Grenzen und durch die Errichtung einer Weltrepublik, die überall den Juden die Bürgerrechte zubilligen wird.** In dieser neuen Organisation der Menschheit werden ohne Widerstand Söhne Israels, die von jetzt an auf der ganzen Oberfläche der Erde verstreut sind, überall das führende Element sein, besonders wenn es ihnen gelingt, die Arbeitermassen unter die feste Leitung von einigen der ihrigen zu bringen. Die Regierungen der Völker, die die Weltrepublik bilden, werden mit Hilfe des Sieges des Proletariats ohne Anstrengungen alle in jüdische Hände geraten. Das Privateigentum wird dann durch die Regierungen jüdischer Rasse unterdrückt werden können, die überall das Staatsvermögen verwalten werden. So wird die Verheißung des Talmud erfüllt werden, daß die Juden, wenn die Zeiten des Messias gekommen sind, die Schlüssel für die Güter aller Völker der Erde besitzen werden."

Die Sozialdemokratie

arbeitet im Zweiten Reich zielbewußt an der Zerstörung des Reiches. Die Bismarckschen Sozialistengesetze trafen nur irregeführte deutsche Arbeiter, die die wirklichen Hintergründe nicht kannten, waren außerdem weder von einer den Marxismus niederwerfenden Weltanschauung noch von der nötigen Energie getragen. So konnte die Sozialdemokratie als legale Partei wieder in den Reichstag einziehen und ihr Vernichtungswerk fortsetzen. Dieses war dreifach: Zerstörung jeder gesunden Wirtschaftsgrundlage, um die Massen immer tiefer in Erregung zu treiben, Zerstörung des Wehrwillens und der Wehrfreudigkeit, um bei dem geplanten Judenkrieg gegen das Deutsche Reich dieses leichter zu Fall zu bringen, endlich offene Zerstörung des völkischen Selbstbehauptungswillens in der Erklärung gegenüber dem Auslande, daß die Sozialdemokratie den Widerstand des Reiches im Kriege zu Fall bringen würde.

Um die Wirtschaftsordnung so zu gestalten, daß die deutschen Volksmassen in immer tiefere Not gerieten, sabotierte die Sozialdemokratische Partei jede ernste Reform; um den Wehrwillen zu zerstören, wünschte Bebel schon am 17. August 1904 auf dem Internationalen Sozialdemokratischen Kongreß in Amsterdam der deutschen Armee ein Sedan und sagte zu den Franzosen: „Die Franzosen sind stolz auf ihre Tradition. Nun, das Stimmrecht gab euch der Mann des Staatsstreiches (Napoleon III.), die Republik gab euch die deutsche Reaktion, die euch ein Sedan verschaffte und die Napoleon in Wilhelmshöhe zur Ruhe setzte. Ich wäre ganz zufrieden, wenn wir auf dieselbe Weise zur Republik kämen." Karl Liebknecht sagte schon auf dem Parteitag zu Essen 1907: „Wir wollen dem Proletariat den Kasernendrill verekeln, wir freuen uns, wenn die Disziplin innerhalb des Heeres nicht so gut ist wie innerhalb der Sozialdemokratie. Er erklärte am 15. Januar 1911: „Wir werden im Kriegsfall alle Machtmittel anwenden, um der Reichsregierung in die Arme zu fallen."

Als die Marxisten bei der Reichstagswahl 1912 4,5 Millionen Stimmen und 110 Reichstagsabgeordnete bekamen, reiste Scheidemann nach Paris und sprach als Festredner beim Siegesfest der französischen „Parti socialiste", der französischen Marxisten, über den Wahlsieg der Sozialdemokratie. Die deutschfeindliche englische Zeitung „Evening Times" schrieb damals: **„Jede Wahlstimme zugunsten eines deutschen Sozialdemokraten bedeutet eine Stimme zur Verwirrung unseres Feindes."** Es war dieser Reichstag von 1912, der im Winter 1913/14 den „Fall Zabern"*) aufrollte, um dadurch die deutsche Armee in ihrer Stellung im Innenland zu schwächen, der die große Wehrvorlage, die in letzter Stunde eingebracht wurde, sabotierte. Die Sozialdemokratie handelte so, daß der wohlunterrichtete französische Botschafter Paul Cambon im Sommer 1914 wenige Wochen vor Kriegsausbruch nach Paris berichten konnte, daß „Frankreich einen Krieg mit dem Deutschen Reiche nicht zu fürchten brauche, da die Sozialdemokraten sogleich bei Kriegsbeginn Revolution machen würden."

Die von der jüdisch-liberalen kapitalistischen Gruppe hervorgerufenen zahlreichen Ungerechtigkeiten in der Wirtschaftsordnung des Zweiten Reiches, ihre zielbewußte Ausbeutung durch die Sozialdemokratie, die höhnische Herabsetzung von Armee und Beamtenschaft durch Tageszeitungen und Witzblätter, die Entfesselung von Skandalen durch jüdische Literaten (Jud Witkowski, alias Maximilian Harden und der Eulenburg-Skandal, der Puttkamer-Skandal, die künstlich erzeugten „Kolonial-Skandale", z. B. gegen Karl Peters) hatten alle nur einen Zweck — es sollte im Ausland der Eindruck erreicht werden, daß das Deutsche Reich ein rückständiges, reaktionäres, von einer brutalen und sittlich tief korrupten Clique mißregiertes Staatswesen auf tönernen Füßen sei, das einen längeren Krieg nicht durchhalten könne, dessen Beseitigung zugleich die wirklich wertvollen Kräfte im deutschen Volke frei machen und von den Deutschen selber als eine Erlösung aufgefaßt werde. Nach innen sollte bei weitesten Teilen des deutschen Volkes der Eindruck erweckt werden, daß „es anders" werden müsse, daß der „große Kladderadatsch" doch käme, daß alles erst besser würde, wenn die bestehende Ordnung im Reiche zusammenbräche. Eine zersetzende, moralisch in jeder Weise auflösende Literatur arbeitete in gleicher Richtung.

Die Freimaurerlogen in Preußen

Die Logen waren in Preußen erlaubt. Durch den Eintritt des Prinzen Wilhelm von Preußen 1840 recht gegen den Willen des im Alter endlich mißtrauisch gegenüber den Logen gewordenen, aber bereits ebenfalls der Freimaurerei angehörigen Königs Friedrich Wilhelm III. gewann die Freimaurerei in Preußen einen gewissen Rückhalt. Im Mai 1847 war auf einem Freimaurerkongreß in Anwesenheit des französischen Ministers und Hochgradfreimaurers Lamartine, des Gründers der „Alliance israélite universelle", des Juden Crémieux (aus der Amsterdamer Judenfamilie Smeerkopp), der der eigentliche Geist dieser Judenorganisation war, sowie der deutschen Freimaurer Blum, Jacobi, Feuerbach, Hecker die Revolution von 1848 in Deutschland besprochen worden. Sie brach aus. Prinz Wilhelm, der spätere König,

*) Der „Fall Zabern" war eine von den parlamentarischen Parteien und der Judenpresse hemmungslos aufgeblähte Aktion gegen die notwendige Selbstschutzmaßnahme des Zaberner Garnisonkommandeurs Oberst von Reuter. Dieser ließ gegen aufgehetzte und randalierende Elemente vorgehen, die eine dienstliche Äußerung eines Leutnants politisch und auf der Straße zu mißbrauchen suchten. Der besonders angegriffene Offizier, Leutnant von Forstner, ist 1914 vor dem Feinde gefallen.

Was die Marine an unsterblichem Ruhm sich erwarb, war nur mehr dem Konto der guten deutschen Wehrmannsarbeit sowie der Fähigkeit und dem unvergleichlichen Heldenmute der einzelnen Offiziere und Mannschaften gutzuschreiben.

Hätte die frühere Oberste Leitung der Marine dem an Genialität entsprochen, so wären diese Opfer nicht vergeblich gewesen . . . Leider aber wurde die Leitung der Marine vom Geist der Halbheit angesteckt.

Der Führer „Mein Kampf", Abschn. Falsche Flottenbaupolitik.

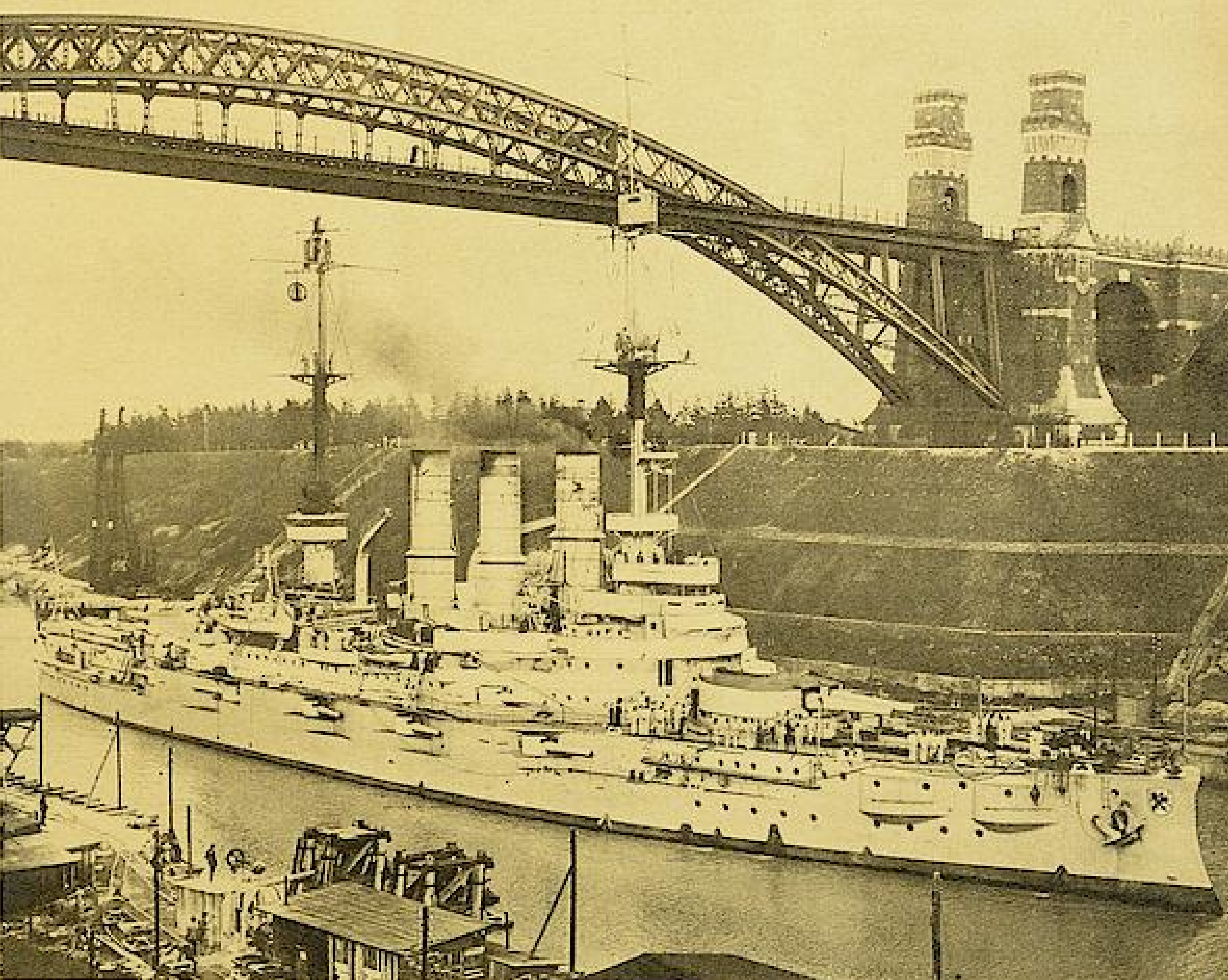
Oben: Wilhelmshaven 1912 (wurde 1854-1869 als deutscher Nordseekriegshafen erbaut)

Aufn.: Techno-Photogr. Archiv, Potsdam (2)

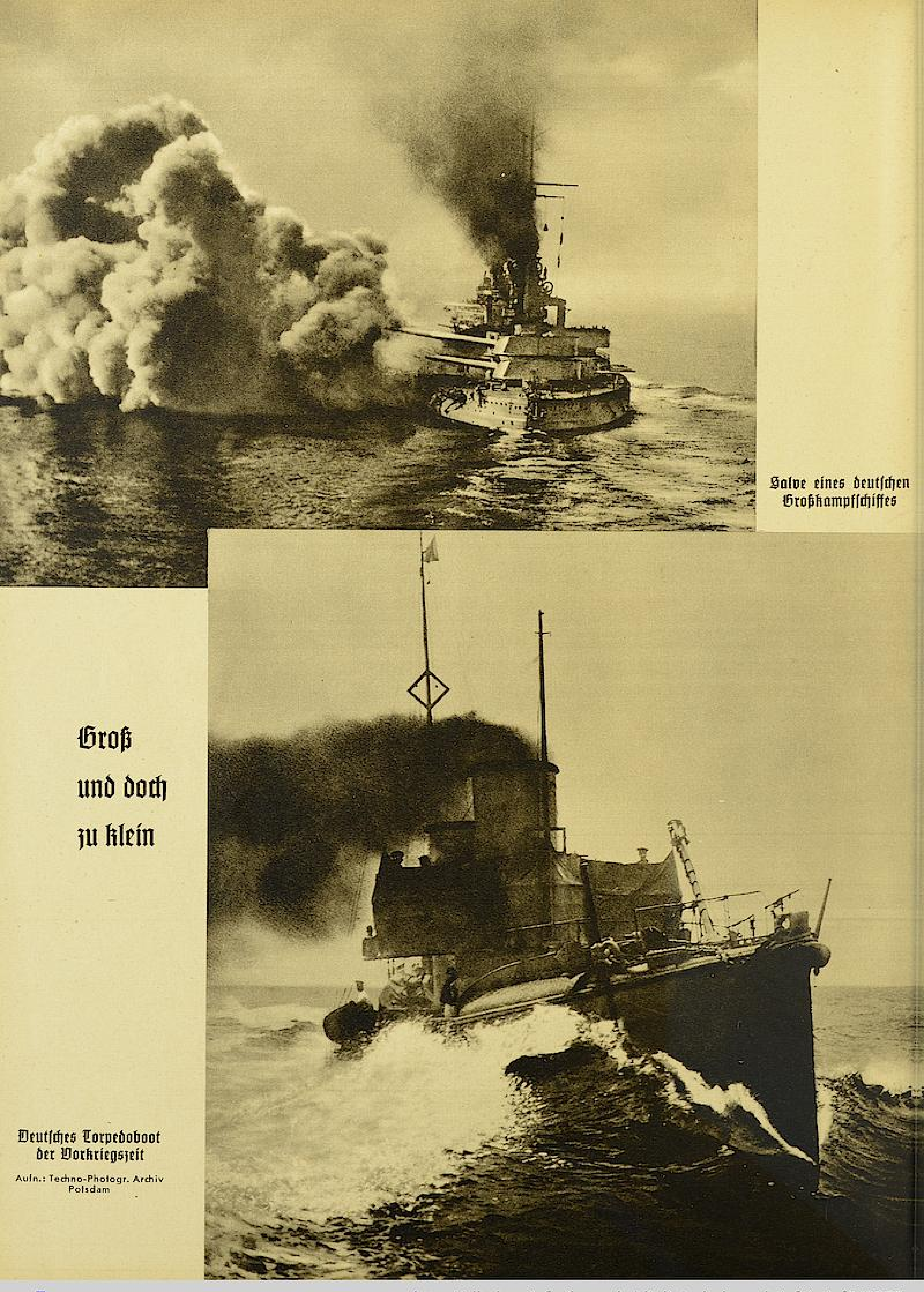
Unten: Wilhelm II. bei der Schlußsteinlegung des Kanalbaues am 18. Juni 1895

Aufn.: Historischer Bilderdienst, Berlin





Linienschiff Pommern (13200 t, fertiggestellt 1906; am Skagerrak 1916 gesunken) im Kaiser-Wilhelm-Kanal, der mit 98,6 km Länge und 11,30 m Wassertiefe von 1887-1895 für rund 157 Millionen Mark gebaut wurde, um Nord- und Ostsee sicher zu verbinden



Salve eines deutschen Großkampfschiffes

Groß
und doch
zu klein

Deutsches Torpedoboot der Vorkriegszeit

Aufn.: Techno-Photogr. Archiv Potsdam

mußte nach England fliehen, die altpreußischen Logen setzten ihn wegen „Unwürdigkeit zur erhabenen höchsten Würde im Bunde" ab; das Einheitsstreben des deutschen Volkes wurde von der Loge völlig auf das demokratisch-liberale Geleise verschoben, bereits damals wurde auch der Marxismus gefördert; die Freimaurerzeitung „Latomia" erklärte, daß „Sozialismus und Maurerei mit dem Kommunismus aus der gleichen Quelle stamme". Die Niederlage der Revolution hatte eine Zeitlang eine verstärkte Überwachung der Logen zur Folge. Sie blieben trotzdem bei ihren Zielen. Am 15. Juli 1849 schrieb die „Latomia": „Die Kommunisten weisen uns auf Grundsätze hin, die allerdings, wenn sie richtig aufgefaßt und mit Mäßigung verfolgt werden, als unumstößliche Wahrheiten angesehen werden müssen, auf welchen die ganze Theorie von Kommunismus basiert ist. Es ist das vor allem das Prinzip der Gleichheit aller Menschen..."

Kaum aber, daß die Logen sich wieder halbwegs kräftig fühlten, wurden sie zum Träger des Kampfes gegen die Wehrhaftmachung Preußens durch König Wilhelm I., Bismarck und Roon, so daß 1864 der König mit Schließung der Freimaurerlogen drohte. Bereits damals war die Lage so, daß der ehrenwerte preußische General Hiller von Gaertringen, der selber Freimaurer war und die Hintergründe mit Schrecken erkannte, schrieb: „Möchte der Allgütige die Fürsten zur klaren Einsicht gelangen lassen über das Streben der im Freimaurerbunde versteckten revolutionären Arbeiten zur Republikanisierung der Völker im Interesse des Judentums."

An der Feier am Völkerschlachtdenkmal zu Leipzig 1863 nahmen die Logen nicht teil, „denn es war ein vaterländisches Fest" (Allgemeines Handbuch der Freimauerei, Bd. II, Aufl. 2, S. 203, 1867). Als der Krieg 1870 ausbrach, erging von zehn Pariser Logen eine Anklage; gegen König Wilhelm von Preußen und den Kronprinzen Friedrich wurde am 26. November 1870 folgendes Logenurteil erlassen:

1. Wilhelm und seine beiden Genossen Bismarck und Moltke, Geißeln der Menschheit, und durch ihren unersättlichen Ehrgeiz Ursache so vieler Mordtaten, Brandstiftungen und Plünderungen, stehen außerhalb des Gesetzes wie drei tolle Hunde.
2. Allen unsern Brüdern in Deutschland (!!) und in der Welt ist die Vollstreckung des gegenwärtigen Urteils aufgetragen.
3. Für jedes (!) der drei verurteilten reißenden Tiere (Wilhelm I., Bismarck, Moltke !!!) ist eine Million (!) Franken bewilligt, zahlbar an die Vollstrecker (lies: Mörder!) oder ihre Erben durch sieben (!) Zentrallogen.

trennte sich auf diese empörende Beschimpfung des Staatsoberhauptes von der französischen. Dies geschah aber nur sehr äußerlich. Die Verbindungen blieben in der Tat erhalten.

Als Kaiser Friedrich III., gleichfalls selber Freimaurer, der Vergangenheit der Logen nachspürte und sich über sie orientieren wollte, verschwanden Akten, wurde ihm jede wirkliche Kenntnis vorenthalten, so daß er, auf den die Logen einst gewisse Hoffnungen gesetzt hatten, sich von der Freimaurerei löste.

Von Anfang an war die Freimaurerei dem neuen Reich, wie es Bismarck geschaffen hatte, feindlich. Mit der Aufgabe, es zu unterwühlen, wurde 1872 der Deutsche Großlogenbund gegründet, der jüdische Hochgradorden Bnai Brith kam zur gleichen Zeit nach Deutschland. Kaiser Wilhelm II. trat der Loge nicht mehr bei. Das war ein weiterer Grund, ihn zu bekämpfen und an seinem Niedergang zu arbeiten. Das freimaurerische „Bulletin maçonnique de la Grande Loge symbolisque écossaise" (vom 2. September 1889, Seite 131–133) schrieb:

„Der junge Kaiser (Wilhelm II.) weigerte sich, bei seiner Thronbesteigung dem Bunde beizutreten. Das wird für unsern Orden kein großes Unglück sein. Unseres Erachtens können sich die deutschen Freimaurer deshalb nur Glück wünschen . . . sie können durch die Abneigung, welche letzterer gegen die Freimaurerei zu haben scheint, sich nur geehrt (!) fühlen. Es ist einem Despoten (jede Staatsgewalt ist ja für die Freimaurerei Despotie) **trotz allen guten Willens, von dem er beseelt sein mag – es sei denn, daß er abdanke (!) – einfach unmöglich, die Grundsätze des Freimaurertums mit der ganz eigenartigen Moral der Staatsraison** (d. h. den vaterländischen Interessen), **diesem transzendenten Gesetzbuch, zu vereinbaren, in welchem die Fürsten im voraus die Lossprechung von all ihren Verbrechen finden. . . Wilhelm II. möchte Deutschland wieder zum Mittelalter zurückführen. Er kann mit solchen Bestrebungen nur das Ende der Hohenzollern beschleunigen (!). Der Weg Ludwigs XIV. bis Ludwig XVI. ist nicht so weit (!), und in unserm mit Dampf und Elektrizität arbeitenden Zeitalter wäre es leicht (!) möglich, daß das deutsche Volk einige Zwischenstufen überspränge, um rascher ans Ziel zu gelangen. . . Die Jagd auf die Sozialdemokratie hindert letztere nicht, ständig an Boden zu gewinnen. Die Freimaurerei wird sich ebensowenig einschüchtern lassen. . . Da der Kaiser nicht Freimaurer werden will, werden die Freimaurer das deutsche Volk einweihen** (lies aufhetzen), **und wenn die kaiserliche Regierung die Freimaurerlogen verfolgt, werden diese in Deutschland die Republik aufrichten."**

Dieser Bericht von 1889 zeigte klar, was das Deutsche Reich zu erwarten hatte. Besonders ge-

fährlich war die Lage dadurch, daß die Logen sowohl in England wie in Frankreich stärksten politischen Einfluß hatten.

Die Freimaurerei in England

Auf dem Berliner Kongreß von 1878 arbeitete der britische Premierminister Disraeli (Jude; siehe Bildseite 3!) zielbewußt daran, das Deutsche Reich und Rußland zu verfeinden, um auf diese Weise der deutschen Politik die Rückendeckung zu entziehen, die sie noch 1870 von Rußland aus gehabt hatte, und zugleich, um das Zarentum sturmreif für die Revolution zu machen. In der Periode des Bismarckschen Reiches stieg in England die Freimaurerei zum beherrschenden Einfluß auf; Premierminister Lord Russel und Disraeli waren Freimaurer, ebenso der spätere König Eduard VII. und sein Bruder, der Herzog von Connaught. **Eduard VII.** hat 1868 in Stockholm das „Licht" erhalten, seit 1874 bereits war er (und zwar voll unterrichtet):

1. Großmeister der „Vereinigten Großloge von England". Außerdem bekleidete er im Jahre 1900, also noch als Prinz von Wales, folgende maurerischen Würden und Ämter:
2. Grand Principal Zorobabel, d. h. er war Chef des höchsten Generalkapitels der Royal-Arch-Maurer in England;
3. Großmeister der Großloge der Mark-Master-Masons in London;
4. Groß-Schutzherr (Grand patron) des höchsten Rates der 33 .˙. in London;
5. „Souverän des Ordens" des Großpriorats (der Templer) im Vereinigten Königreich;
6. Schutzherr (patron) der Großloge von Schottland;
7. „Souverän" des „Generalkapitels des religiösen und militärischen Ordens des Tempels in Schottland";
8. Erblicher Großmeister des – angeblich – 1314 von König Robert Bruce wiederhergestellten königlichen Ordens von Schottland „Heredom von Kilwining und R.S.Y.C.S.".

Er trug den Beinamen „der größte Freimaurer der modernen Zeit", setzte sich früh in enge Verbindung mit dem tief deutschfeindlichen Großmeister Garibaldi, war völlig in den Händen der Logeneinflüsse und der Okkultschwindlerin Annie Besant, die ihn gerade gegen Deutschland verhetzte. Die englischen Logen (vor dem Weltkriege 677 mit etwa 70 000 Mitgliedern) arbeiteten in jeder Weise Deutschland entgegen und stärkten zugleich den jüdischen Einfluß in England selbst; zum erstenmal wurde ein Jude (Lord Reading) Vizekönig von Indien, das britische Pressewesen geriet immer stärker in die jüdische Hand.

Die Freimaurer in Frankreich

In Frankreich rangen die Loge und der Jesuitenorden seit 1870 um die Macht. Freimaurer waren: Staatspräsident Grévy, Präsident Sadi Carnot, Präsident Felix Faure, merkwürdigerweise auch Jules Ferry, der einzige, der in jener Zeit eine Ausgleichspolitik mit Bismarck betrieb und dafür sofort von den Klerikalen gestürzt und von den eigenen Brüdern in Stich gelassen wurde. Freimaurer waren: Poincaré, Clemenceau, der Frankreich nach besten Kräften in den Kampf gegen Deutschland hetzte, Delcassé, der enge Freund Eduards VII.; der „Mann im Hintergrunde", der in den letzten Jahren vor dem Weltkrieg den Kampf gegen das Deutsche Reich organisierte, war Philippe Berthelot, Großmeister des Grand Orient.

Die Freimaurer im Osten

Besonders bedenklich mußte es sein, daß die Freimaurerei sich der nationalen Bewegungen der slawischen Völker bemächtigt hatte. In Rußland diente die Loge als Tarnungsmittel für den rein jüdischen Umsturz. Sie war zwar mehrfach verboten worden (1822, 1826), hatte sich aber gehalten und spielte eine doppelte Rolle; auf der einen Seite bog sie die ursprünglich romantisch-schwärmerische panslawistische Bewegung, die stark völkische Züge hatte, zu einer haßerfüllten Feindschaft gegen das Deutschtum um und bemühte sich auf diese Weise, den russischen Staat immer näher an das „geliebte Frankreich" heranzuschieben. Auf der anderen Seite war sie einfach Verbündete der bolschewistischen jüdischen Intelligenz.

Nur tiefer Schauende, wie der große Dichter Dostojewski, erkannten schon um die Mitte des 19. Jahrhunderts, daß in Rußland das große „Purim", die Zerstörung eines arischen Staatswesens und die Aufrichtung der Judenherrschaft, geplant war. Während noch das Deutsche Reich am Gedanken des „Rückversicherungsvertrages mit Rußland" festhielt, unterwühlte die jüdische Hetze und der jüdische **Mord** (siehe Bildseite 4) schon Rußland. Anstifterin bei dem Bombenattentat, durch das am 13. März 1881 Zar Alexander II. ermordet wurde, war die Jüdin Jesse Helfmann; der Moskauer Stadtkommandant General Trepow wurde von der Jüdin Sassultisch ermordet, der Innenminister Sipjagin durch den Juden Bogolepow; der letzte Mann, der vielleicht noch Rußland durch eine verständige Reform auf dem Gebiet der Agrarwirtschaft und durch Niederhaltung der Wühlereien hätte retten können, der Minister Stolypin, wurde am 14. September 1911 durch den Juden Herschkowitz Begrow ermordet. Die Revolution von 1905 war von Juden geleitet und die freimaurische Zeitung „Acacia" schrieb: „Alle Republikaner und um so mehr alle französischen Freimaurer müssen

glühende Wünsche hegen für den baldigen Triumph der russischen Revolution."

Hier war die Entwicklung vollkommen klar zu sehen: Schon auf dem Berliner Kongreß gelang es der jüdisch-freimaurerischen Politik Disraelis, das deutsch-russische Verhältnis zu stören; die panslawistische Propaganda verhetzte, zum großen Teil von Freimaurern (russischen und tschechischen) getrieben, das Verhältnis vollkommen. Mit Bismarcks Abgang wurde der bereits stark entwertete Rückversicherungsvertrag nicht mehr erneuert. Schon Disraeli hatte gesagt: „Die Geschichte Europas kann nur der schreiben, der in die Geheimnisse der Logen eingedrungen ist."

In Österreich

hatte sich die Loge der nationalen Bestrebungen des Tschechentums bemächtigt. Freimaurer und Mitglied des tschechischen Agitationskomitees im Ausland beim Groß-Orient von Paris waren G. Masaryk wie Dr. E. Benesch; aber auch der panslawistische und sich völkisch gebende Dr. Karl Kramarsch war Hochgradmaurer im „Grand Orient de France". Bei den Tschechen war sowohl die „westlich-realistische" wie die panslawistische Gruppe fest in freimaurerischer Hand.

Nicht ganz so einfach war es der Loge, die völkisch-radikalen, aus den Tschetniki-Organisationen, den Freischärlern der Grenzkämpfe gegen die Türken, hervorgegangenen serbischen Geheimorganisationen in die Hand zu bekommen. Diese erstrebten die Vereinigung der mit Serben bevölkerten Teile Ungarns sowie Kroatiens und Sloweniens. Ihre Ziele waren erst einmal nationalistisch. Insofern aber kamen sie den Logen recht, weil sie sich gegen das mit dem Deutschen Reich verbündete Österreich-Ungarn einsetzen ließen. 1903 ermordete der großserbische Geheimbund „Retter des Vaterlandes" den König Alexander I., nicht zuletzt wegen seiner österreichfreundlichen Politik; 1912 bildete sich eine neue Radikalorganisation „Ujedinjenje ili Smrt" (Vereinigung oder Tod) unter dem Major Voja Tankositsch; dieser wiederum stand aufs stärkste unter dem Einfluß des Oberstleutnants Dragutin Dimitrijevic mit dem Beinamen „Apis", einem ausgesprochenen Hochgradfreimaurer. Von hier aus entstand eine ganze Anzahl von serbischen Organisationen, bei denen nationale großserbische Ziele und freimaurerische Einflüsse durcheinanderliefen. Schon 1913 sagte die wohlunterrichtete Seherin Madame de Thebes: „Derjenige, der in Österreich zur Regierung bestimmt ist, wird nicht regieren, regieren wird ein junger Mann, der vorläufig zur Regierung noch nicht bestimmt ist." (Wichtl: Weltfreimaurerei, Weltrevolution, Weltrepublik, Verlag Lehmann, München 1928, Seite 124.)

In Österreich kam der Freimaurerei zunutze, daß immer wieder Menschen der gebildeten Schicht, die sich über die geistige Knebelung des Volkes durch die katholische Kirche empörten, in der Freimaurerei eine Organisation gegen die kirchliche Macht zu finden glaubten und sich ihr anschlossen. Sie merkten es nicht, daß sie damit lediglich in eine andere Judenschutztruppe hineingerieten.

Die Freimaurerei in Italien

war seit langem stark; sie hatte die italienischen Einigungsbestrebungen unterstützt und sich dadurch in vieler Hinsicht den Ruf als italienische Patriotin erworben; es war dabei durchaus noch nicht deutlich erkennbar geworden, daß gerade die leitenden Männer wie Aurelio Saffi und Adriano Lemmi auch zugleich judenblütig oder Juden waren; seit der Herstellung der Einigung Italiens, gekrönt durch die Besetzung des Kirchenstaates 1870, war die Loge aber bald ihren eigenen Zielen näher gekommen, die in der Bekämpfung nicht nur des italienischen Königtums, sondern im Hintergrund auch Deutschlands lagen. König Humbert I. von Italien, der dem Deutschen Reiche zum mindesten freundlich gegenüberstand, wurde im Jahre 1900 durch Angelo Bresci ermordet, der nicht nur Anarchist, sondern auch — Freimaurer war.

Es ist auffällig, daß alle jene zahlreichen Attentate auf politisch führende Persönlichkeiten und Fürsten in Europa während der Zeit des deutschen Zweiten Reiches sich niemals gegen Herrscher oder Minister richteten, die dem Deutschen Reich erklärt feindlich waren.

Niemand schoß auf Eduard VII., aber man schoß auf Alexander II. von Rußland, auf Humbert I. von Italien, auf Alexander I. von Serbien. Die **Loge schoß das Feld frei für die kommende Auseinandersetzung.** Und sie arbeitete überall.

Freimaurer in der Türkei

Die ursprünglich aus nationaltürkischen Wurzeln entstandene Bewegung der jungen Offiziere der türkischen Garnison von Saloniki gegen Sultan Abdul Hamid wurde im freimaurerisch geführten „Komitee für Einheit und Fortschritt" aufgefangen und dort unter Leitung der englischen Brüder Burton (Hochgradfreimaurer) organisiert. 1909, als man Abdul Hamid gestürzt hatte, bildete sich ein „Grand Orient Ottoman", in dem Freimaurer aus Saloniki, vor allem zum Islam äußerlich übergetretene Juden (nach türkischer Bezeichnung: Dönme gleich „Umgekrempelte") ausschlaggebend waren; in dem Triumvirat Enver, Talaat und Dschavid war mit dem letzteren das Judentum in der Leitung des türkischen Staatswesens vertreten. Sofort trat dann auch nach der Bildung der jungtürkischen Regierung ein vorübergehendes Abschwenken der Türkei von der

Seite des Deutschen Reiches an die englische Seite ein, und erst die bitteren Enttäuschungen des Balkankrieges von 1912, als England, um die russische Politik nicht zu stören, die Türken völlig im Stich ließ, brachte den türkischen Staat, sehr gegen den Willen der Juden- und Freimaurerclique, wieder auf die deutsche Seite.

Freimaurer in Ungarn

Mochte auch in Österreich die Freimaurerei verboten sein – in Ungarn waren die Logen erlaubt und von dort wurde die Wühlerei planmäßig betrieben. Die Anzahl der Blutsjuden in den Budapester Logen war wohl noch größer als in irgendeinem anderen Lande –, die unglückliche Politik der Magyaren in jener Zeit, möglichst Menschen aller Art, wenn sie nur magyarische Sprache und Familiennamen annahmen, in ihr Volk aufzunehmen, hatte die Bildung eines „Hebräo-Magyarentums" ermöglicht, das mit größtem Eifer an der inneren Eroberung Ungarns und der Vorbereitung der völligen Judenherrschaft arbeitete. Von hier aus wurde der Einfluß der Freimaurerei nach Österreich vorwärtsgetrieben, so daß 1908 der Wiener Freimaurer Oskar Erstling erklären konnte: „In Österreich lebt und regiert das freimaurerische Prinzip so kräftig wie gerade dermalen vielleicht nirgends auf der ganzen Welt."

*

Durch ganz Europa wühlte und arbeitete die Loge, um gegen das Deutsche Reich Feindschaft zu erregen und den großen Judenkrieg zu beginnen, die immer deutlicher in Deutschland spürbaren Regungen zur Selbstbesinnung zu erwürgen.

Denn was das Bismarcksche Reich allen jüdischen Organisationen und dem Weltjudentum so verhaßt machte, war nicht nur die Ehrenhaftigkeit von Beamtenschaft und Verwaltung, die allerlei gewinnreiche jüdische Geschäfte verhinderte, nicht nur die intakte Staatsanwaltschaft, die den jüdischen Gaunereien entgegentrat, nicht nur die Armee, in die der Jude als Offizier, wenigstens ungetauft, keinen Eintritt fand, sondern vielmehr die völkischen Erneuerungsbewegungen, die spürbar waren. In Deutschland war die in Frankreich fast erdrückte Rasseerkenntnis Gobineaus, das Schrifttum Chamberlains, waren die biologischen Erkenntnisse der Erblichkeitswissenschaft und die Judenfrage im Vordringen, hatten zwar erst gewisse Teile ergriffen, aber drohten in der jungen Generation immer mehr anerkannt zu werden; die damals um sich greifende, dann im Blutopfer des Weltkrieges führerlos gewordene Jugend- und Wandervogelbewegung bedeutete eine erste, zwar noch zu romantische Abkehr von dem Lebensstil der liberalen Geldverdienerei, den das Judentum den ihm hörigen Völkern aufzwingen wollte und den es in Westeuropa weitgehend durchgesetzt hatte. – Das Wachwerden der Deutschen stand in der Tat zu befürchten, und man war entschlossen, den Riesen zu erwürgen, ehe er noch voll die Augen aufschlug.

Aber nur einige verlachte „Antisemiten", „völkische Narren" und wie die sonstigen Ehrenbezeichnungen waren, sahen die Gefahr. Kaiser Wilhelm II., unzweifelhaft vieles klarer erkennend als seine Berater, vermochte die wirklichen Hintergründe doch nicht zu erkennen. Gerade er fiel auf den uralten Trick der überstaatlichen Mächte herein, daß sich immer eine von ihnen als Verbündeter gegen die andere anbot.

Geistliche Freimaurer

Hatte man schon vor Wilhelm II. gelegentlich geglaubt, in der Freimaurerei einen Verbündeten gegen die Herrschaftsansprüche der katholischen Kirche zu haben, so glaubte Wilhelm II. allen Ernstes, daß die Kirchen ein brauchbarer Verbündeter gegen die Sozialdemokratie seien, behandelte die katholische Kirche mit einer Zuvorkommenheit, die diese doch keinen Schritt von ihrer deutschfeindlichen Politik abbrachte, und überbot sich in Kirchenbauten, Stiftungen und Interesse für die evangelische Kirche. Wie freimaurerisch die Kirche bereits war, ist von freimaurerischer Seite selbst ausgesprochen worden („Bundesblatt" Nr. 7/8, 1927, der Großen National-Mutterloge „Zu den drei Weltkugeln"):

> „Es nehmen evangelische Geistliche als Redner, Meister vom Stuhl, ja auch als Großbeamte und selbst als Großmeister wichtige Stellen im deutschen Logenleben ein. Ich brauche nur an unsern ehrwürdigsten National-Großmeister, den Br. Habicht, zu erinnern, der in Berlin als Pfarrer wirkt. . . . Die Beziehungen zwischen protestantischer Kirche und Freimaurerei sind weiter dadurch enger geknüpft, daß die weitaus überwiegende Mehrzahl der deutschen Freimaurer gebildete Protestanten ausmachen – . . . ja nicht wenige Brüder haben sich in den Dienst der Kirche gestellt." „Viele Freimaurer sind Mitglieder kirchlicher Körperschaften, der Kreis-, Provinzialsynoden, ja der Generalsynode . . ."

Die Logenkongresse

häuften sich, 1889, 1900, dann fast jedes zweite Jahr – aber trotz zahlreicher Warnungen sah die deutsche Regierung diese Gefahr nicht. Das Judentum organisierte seinen Kampf immer offener; aber als der russischen Geheimpolizei eine Aufzeichnung über die jüdischen Pläne in die Hand fiel und veröffentlicht wurde, die als die „Protokolle der Weisen von Zion" bekannt wurden, fiel nicht nur die Regierung, sondern die gesamte deutsche Öffentlichkeit auf die kindischen und unglaubwürdigen Ableugnungsversuche der Juden herein.

Als „Verbündeter“ gegen die Freimaurerei hatte sich auch die römisch-katholische Kirche in Erinnerung gebracht. Die Wiederherstellung des Kirchenstaates hatte ihr einen unverdienten Aufstieg gegeben — um so empörter war sie, als nicht nur das Einheitsstreben des italienischen Volkes sie Schritt für Schritt zurückdrängte, sondern Preußen 1866 sich mit Italien gegen Österreich verbündete. Der Vatikan faßte diesen Krieg als seinen Krieg auf — er sollte die Niederlage des Königreichs Italien und des „ketzerischen Preußen“ bringen. Das Ergebnis war umgekehrt — „il mondo casca!“. — „Die Welt stürzt zusammen!“, rief der päpstliche Nuntius in München aus, als er die Nachricht vom preußischen Siege bei Königgrätz bekam, dessen Ergebnis eine Stärkung Preußens und Italiens war. Bis 1870 schützten noch französische Truppen des immer stärker in klerikalen Händen befindlichen Napoleon III. Rom vor dem Einmarsch der Italiener. Napoleon III. war als „Schwert der Kirche“ gegen Preußen ausersehen, die päpstliche Politik arbeitete mit allen Mitteln, um ein französisch-österreichisches Bündnis gegen Preußen zustande zu bringen. Die Jesuiten hetzten zum Kriege gegen Preußen. Die überraschende Niederlage der französischen Heere vereitelte alle geschickt eingefädelten Pläne; in Süddeutschland Abfallgelüste von der deutschen Sache zu erzeugen; in Wien getraute man sich nicht, auf die französische Seite zu treten, weil man fürchtete, daß die Deutschen in Österreich nicht mitgehen würden, und weil man wußte, daß Rußland wahrscheinlich nicht neutral bleiben würde.

Das Ergebnis des Krieges war für die päpstliche Politik niederschmetternd: Ein neues deutsches Kaiserreich entstand, das ohne den Segen der Kirche geworden war, an dessen Spitze ein protestantisches Herrscherhaus stand und in dem der Gedanke der Gewissens- und Glaubensfreiheit von weitesten Kreisen vertreten war; Frankreich, der Degen des Papsttums, war besiegt, die katholischen Habsburger hatten vor der Drohung der „ketzerischen“ Preußen und der schismatischen Russen kuschen müssen und rangen selbst gegen eine völkische Bewegung in Österreich, und der Kirchenstaat (unbestritten das am schlechtesten verwaltete Staatswesen im damaligen Europa) war von Truppen des Königreichs Italien besetzt; der Vertreter dessen, „der



Zeichnung eines Teilabdrucks aus der von der jüdisch-freimaurerischen Zeitschrift „Truth“ (Wahrheit), London, in der Weihnachtsnummer 1890 abgedruckten Karte. Sie wird mit erläuterndem Texte wiedergegeben in der viersprachigen Broschüre „The Kaisers dream“, J. Bodung-Verlag, Erfurt (RM. 1,50), deren Übereinstimmung mit dem Original der Verlag durch eine notarielle Urkunde bescheinigt

Links oben: Die entthronten Monarchen nach den Revolten in Europa vor dem Arbeitshause (dieselben Kaiser siehe Bildseite 4 unten!)

Links unten: Stellt bildlich die erstrebte Isolierung Deutschlands in der europäischen Mächtekonstellation dar

Mitte oben: Gibt eine Ansicht der angestrebten staatlichen Übergangsgebilde bis zur völligen Bolschewisierung Europas

Mitte unten: Zeigt den Kaiser auf dem Feldzug in Rußland in einem hervorzurufenden Kriege

Rechts oben: Zeigt die sorglos toastenden Monarchen, denen zugleich mit den Nationen selber ...

Rechts unten: ... der bewußt geleitete Marxismus das Ende bereiten soll in der von Rathenau beschriebenen sozialen Verwesungsstufe oder dem Bolschewismus

Aus Arno Schickedanz: „Sozial-Parasitismus im Völkerleben“, Lotus-Verlag, Leipzig 1927

nicht hatte, worauf sein Haupt zu betten", war seiner weltlichen Machtstellung entkleidet.

Aber es waren nicht nur diese naheliegenden Gründe, die die römische Kirche in den Kampf gegen das Deutsche Reich trieben. Ein machtvolles und kräftiges Deutsches Reich wird traditionell von der politisierenden katholischen Kirche bekämpft, weil es selbstverständlicher Anhalts- und Ausgangspunkt nationaler Selbstbesinnung in Europa sein muß. Es mag noch so amtlich christlich sein — die römische Kirche weiß ganz genau, daß das Rasseerbgut der Deutschen trotz allen Unglücks ihrer Geschichte noch viel zu stark ist, als daß sie sich dem ultramontanen Universalismus unterordnen, auf das Recht der freien Forschung, des freien Erkennens der geistigen und seelischen Eigenbestimmung verzichten. Die römische Kirche hat darum das Reich der Salier und der Staufer vernichtet, sie hat der Wiederherstellung eines machtvollen Deutschen Reiches durch Ludwig den Bayern sich entgegengestellt, sie hat sich selbst dem durchaus katholischen Karl V. an der Seite der französischen Macht entgegengeworfen — sie ist ihrer Überlieferung nach dem Deutschen Reiche feindlich. Wer diese nüchterne Wahrheit nicht kennt und anerkennen will, hat weder Geschichte noch Kirchengeschichte gelernt.

Bismarck wußte, wie sehr die päpstliche Politik Frankreich in den Krieg gerissen hatte, wie sehr Römlinge in Deutschland auf den Augenblick gewartet hatten, dem kämpfenden Heer in den Rücken zu fallen, er erinnerte sich, wie noch am 16. Juli 1870 das klerikale „Münchener Volksblatt" geschrieben hatte, damit offen zur Stellungnahme für Frankreich auffordernd:

> **„Der Krieg ist fertig, Preußen will absolut seine Prügel haben, preußischer Übermut hat den Krieg herbeigeführt. Die noble Mäßigung des französischen Gesandten, die feine Art, eine ganz berechtigte Forderung zu stellen, die Zartheit in dem Bestreben, die Empfindlichkeit des Preußenkönigs zu schonen und dabei der Sicherheit und Würde Frankreichs doch nichts zu vergeben, das alles muß von jedem rechtlich denkenden und jedem ruhigen Politiker unbedingt gewürdigt und gebilligt werden. Was soll man dagegen von dem Preußen und seinen Manieren sagen? So spielt Preußen mit dem Frieden Europas, mit dem Glück und Gut von Millionen, mit dem Leben Tausender! Die Rache für Sadowa ist im Anzuge, die ewige Gerechtigkeit hat das Schwert erhoben über den ungeheuren Frevel, über die blutigen Räuber von 1866, mag es niederschmettern auf ihr Haupt; wir wollen, wir dürfen ihr nicht in den Arm fallen! Gehe die Rache ihren Gang, komme das Blut unserer auf so viel Schlachtfeldern erschlagenen Brüder und Söhne auf das Haupt der preußischen Mörder! Vor den siegreichen Kanonen Frankreichs, das Gott berufen, unsere Rache zu übernehmen, da ist der rechte Platz für Kain-Preußen!"**

Mit Recht sprach Bismarck am 5. Dezember 1874 im Reichstag aus: „Daß der Krieg 1870 im Einverständnis mit der römischen Politik gegen uns begonnen worden ist, daß an dem französischen Kaiserhofe gerade die römisch-politischen, jesuitischen Einflüsse, die dort in berechtigter oder unberechtigter Weise tätig waren, den eigentlichen Ausschlag gaben für den kriegerischen Entschluß, der dem Kaiser Napoleon sehr schwer wurde und ihn fast überwältigte, daß eine halbe Stunde der Friede dort fest beschlossen war und dieser Beschluß umgeworfen wurde durch Einflüsse, deren Zusammenhang mit den jesuitischen Grundsätzen nachgewiesen ist — über das alles bin ich vollständig in der Lage, Zeugnis ablegen zu können; denn Sie können mir wohl glauben, daß ich diese Sache nachgerade nicht bloß aus aufgefundenen Papieren, sondern auch aus Mitteilungen, die ich aus den betreffenden Kreisen selbst habe, sehr genau weiß."

Für den Vatikan war der verlorene Krieg Frankreichs von 1870/71 nur eine mißglückte Schlacht, „nach der man eine neue gewinnen kann". Er begann den Kampf sogleich. Er machte Frankreich gleich nach der Niederlage Hoffnungen. Schon im September 1872 empfahl die französische klerikale Zeitung ein Buch: „La politique prussienne et le catholicisme en Allemagne", in dem gesagt wurde, die Katholiken in Deutschland sollten sich mit den Franzosen vereinigen, um dem protestantischen Kaisertum ein Ende zu machen; Wallfahrten nach Lourdes, Predigten gegen Deutschland lösten sich ab. Im Deutschen Reich wurde deutlich Propaganda für eine Zusammenarbeit aller Katholiken der Welt gegen das neue Reich gemacht; Kolping, der Gründer der katholischen Gesellenvereine, sprach es offen aus, daß die katholischen Gesellenvereine zur Bekämpfung des Preußentums dienen und einen Damm gegen die Hohenzollern bilden sollten. (W. Menzel: „Geschichte der neuesten Jesuitenumtriebe in Deutschland", Stuttgart 1873, S. 93.) Im Reichstag bildete sich die Zentrumsfraktion, von der Bismarck sagte; „Ich habe, als ich aus Frankreich zurückkam, die Bildung dieser Fraktion nicht anders betrachten können als im Licht einer Mobilmachung gegen den Staat." Genau wie einst im Kampf gegen Heinrich IV. der päpstliche Stuhl zuerst jeden möglichen Widerstand der deutschen Bischöfe ausschaltete, so geschah es auch diesmal. Das vatikanische Konzil von 1870 beschloß gegen den Protest deutscher Bischöfe, daß der Papst unfehlbar in Glaubensdingen sein solle. Die protestierenden deutschen Bischöfe unterwarfen sich „löblich"; eine Abspaltung, die altkatholische Bewegung, die dies nicht mitmachen wollte, wurde in Kauf genommen — die vatikanischen Truppen auf deutschem Boden standen aufmarschiert. Die hierauf einsetzenden Kämpfe sind im vorigen Heft der „Schulungsbriefe" eingehend behandelt worden.

Alle Maßnahmen des jungen Bismarckreiches stießen auf eine geradezu revolutionäre Hetze. Die

„Germania" schrieb am 14. Juli 1872, offenen Landesverrat zugunsten Frankreichs treibend: „Man täusche sich in der Wilhelmstraße in Berlin nicht! Wenn man den Kampf eröffnet, dann werden es nicht die Zündnadeln oder Werdergewehre sein, welche einen raschen Sieg herbeiführen; man wird vielmehr einen Widerstand heraufbeschwören, den man bei der jetzigen Weltlage zu vermeiden alle Ursache hätte. Allerdings werden die Katholiken nicht zur Revolution greifen; aber man wird in demselben Grade, in welchem man den Katholiken wehe tut, die Widerstandskraft gegen diejenige drohende Macht (Frankreich) verlieren, welche sich die Verlegenheit zunutze machen wird, in die man sich blindlings stürzt, und in diesem Falle möchte es sich zum Unglück Deutschlands nur zu bald erweisen, daß es unwahr sei, wenn man sagt, daß das Deutsche Reich „fester als je" gebaut sei."

In Frankreich notierte man alle diese Dinge mit Begeisterung. Kein Geringerer als Ernest Renan sagte dort: „Wir müssen den Kampf gegen die Jesuiten aufgeben auf kirchlichem Gebiet, denn sie werden am Tage der Abrechnung mit Deutschland unsere Verbündeten sein!" (W. Menzel a. a. O., S. 331.)

Der Kampf Bismarcks gegen diese plötzlich aufgetauchte klerikale Drohung wurde nicht gewonnen; der Staat wich zurück, rettete nur die Zivilehe, die Schulaufsicht und das Kirchenaustrittsgesetz sowie die Ausweisung der Jesuiten, kam nach dem Tode Pius IX. zu einem Ausgleich mit der Kirche, der stark zu seinem Schaden war. Als Bismarck stürzte, war kein Halten mehr. 1891 wurden 16 Millionen Mark, die angesammelten gesperrten Einkünfte der Bischöfe, diesen wieder ausgezahlt, dreimal besuchte der Kaiser Wilhelm II. Papst Leo XIII., 1904 wurde die Einrichtung „Marianischer Kongregationen" an den deutschen Schulen erlaubt, die Zahl der Ordensleute stieg von 9000 im Jahre 1872 auf 60 635 im Jahre 1908 — aber die Feindschaft des politischen Katholizismus gegen das Reich änderte sich nicht. Sie wurde nur geschickter vorgetrieben. Alle grundsätzlichen Gegner des Reiches, Elsässer Separatisten, Polen, Welfen fanden im Reichstag Anschluß bei der Zentrumspartei, diese sabotierte das Kolonialreich, das Karl Peters (siehe Schulungsbrief 8/36) aufrichten wollte, versagte sich allen Wehrvorlagen, falls sie nicht kirchliche Vorteile einhandeln konnte. Der Haß gegen den deutschen Nationalgedanken blieb der gleiche. Eine Bonifatius-Broschüre aus Paderborn schrieb 1895: „Wir sind zuerst Christen, zuerst Katholiken, und erkennen in dem modernen Patriotismus ein Stück Barbarei, ein Vergehen an der Menschheit, eine Sünde gegen die Nächstenliebe, einen Abfall vom Christentum. Den modernen Patriotismus überlassen wir unserem alten Vetter, dem deutschen Michel, und der mag uns mit seinem Nationalitätsschwindel vom Leibe bleiben." Der Jesuit Lehmkuhl lehrte in seiner „Moraltheologie" **über den militärischen Fahneneid:** „Die Verpflichtung des Eides kann unmittelbar gelöst werden durch die kirchliche Autorität, nämlich durch die Gewalt des Papstes und der Bischöfe und durch andere, gemäß dem päpstlichen Willen rechtmäßig Delegierte."

Wie das Zweite Reich den Kampf gegen den Marxismus verlor, weil es den deutschen Arbeiter nicht zu gewinnen verstand und mitansehen mußte, wie die Sozialdemokratie von Jahr zu Jahr im Reichstag wuchs, so brach es auch den Kampf mit dem kirchlichen Universalismus ab, der sich im Reich immer machtvoller ausbreiten konnte, weil keine Volksbewegung gegen die getarnten Mächte entflammt wurde.

Weder das eine noch das andere bekam das Zweite Reich fertig. Wenn es zugriff, wie im Kulturkampf und im Sozialistengesetz, so war der Zugriff schwach und ließ den Reichsfeinden den Triumph, daß sie über „die Polizei gesiegt hatten". Wenn es reformierte, so ließ es gut angelegte und verständige Reformen, wie die Arbeiterschutzgesetze Wilhelms II., von den Interessenten zerreden und um alle Wirkung bringen.

Es war ein liberaler Staat. — Und das war seine eigentliche Schwäche. Er wurde von zu wenigen geliebt, obwohl er dem deutschen Volk ein Dasein gab, das im allgemeinen besser und gerechter war als dasjenige in den meisten Ländern Europas — weil er gar nicht um die Liebe des Volkes warb und nicht durch gradlinige Klarheit seines Weges mit Selbstverständlichkeit die suchenden Volksmassen anzog. Und er wurde nicht genug gefürchtet von denen, die ihn ungestraft hassen konnten und diesen Haß sogar im eigenen Reichstag offen aussprachen. An Mangel an Liebe und an Mangel an Haß wurde das Zweite Reich so krank, daß man es von außen anzugreifen wagte und von innen in die Luft sprengen konnte.

Und außerdem war es krank an der „Taktik". Das ist eine alte deutsche Krankheit, auf die man sich nirgendwo besser versteht als im Weltjudentum, in den Freimaurerlogen und in der politisierenden Geistlichkeit aller Sorten, wo man seit langem das Prinzip hatte, wenn man wirklich von der deutschen Staatsgewalt am Kragen gekriegt war, sich verständnisvoll als möglicher Bundesgenosse anzubiedern — dann würde man schon wieder freigelassen werden und weiter wühlen können.

Das Zweite Reich überschätzte die Gegensätze zwischen Marxismus, Klerikalismus, Kapitalismus, Demokratie, Freimaurerei — es erkannte bis in seine Todesstunde nicht, daß sie alle nur Truppen der gleichen Front sind: der Front Judas gegen unser Volk. Und alle nur unter einem Kommando stehen: dem Kommando Jahves, damit „Israel alle Völker fresse"!

Wir aber müssen diese Erkenntnis ganz klar zu allen Stunden haben.

Das deutsche Buch

Ludwig Geßner:

„Der Zusammenbruch des Zweiten Reiches"

Seine politischen und militärischen Lehren.

248 Seiten; Preis geb. 6,– RM.; br. 4,50 RM. C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München 23, 1937.

Der Verfasser will mit diesem ausgezeichneten Ergebnis eines 17jährigen Spezialstudiums und langjähriger Berufs- und Kriegserfahrung der politischen Erziehung dienen. Nicht nur historische Fehler der Zeit bis zum Kriegsende, sondern auch ihre Quellen werden klargelegt. Dabei wurde in der Form und dem Inhalt der Darstellung die Volkstümlichkeit des Werkes bewußt erhalten. Die in vorliegender Folge der Schulungsbriefe gebrachten Auszüge „Fehlerschau" zeigen, was dieses Werk an wertvollen Erkenntnissen zu bieten vermag.

Houston Stewart Chamberlain:

„Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts"

Ungekürzte Volksausgabe; 1264 Seiten in zwei Leinenbänden, zusammen Preis 5,70 RM.

Verlag F. Bruckmann A.G., München, 1936.

Mit der vorliegenden Folge haben die Schulungsbriefe in ihrer laufenden Geschichtsbetrachtung die Schwelle des 20. Jahrhunderts überschritten. Es ist unmöglich, das Werk Chamberlains, des großen Künders deutscher Zukunft, aus dieser Epoche des deutschen Lebens hinwegzudenken. Die „Fahne des Deutschbewußtseins wurde vom zarten und doch feurigen Chamberlain hinübergerettet ins 20. Jahrhundert" (A. Rosenberg).

Gottfried zur Beek:

„Die Geheimnisse der Weisen von Zion"

21. Auflage 1936, 72 Seiten, Preis 0,90 RM.

Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf. GmbH., München-Berlin.

Wer „Die Geheimnisse der Weisen von Zion" kennt, versteht auch, warum das Judentum mit allen Mitteln der Lüge die Echtheit dieser Protokolle abzustreiten versucht. Dem darin niedergelegten rücksichtslosen Weltherrschaftsstreben des Judentums konnte erst durch den Nationalsozialismus Einhalt geboten werden. Das Werk wird ganz besonders empfohlen zur noch besseren Verständlichmachung und Erweiterung des in der vorliegenden Folge gebrachten Aufsatzes „Die überstaatlichen Mächte im zweiten Reich"

„Die Welt der Diplomaten"

Aus den Lebenserinnerungen des Freiherrn Hermann von Eckardstein.

395 Seiten, Preis geb. 4,80 RM. Verlag: Paul List, Leipzig, 1937.

Unsere Zeit bringt der Diplomatenwelt der wilhelminischen Ära mit Recht wenig Liebe entgegen. Dennoch sind Memoiren von Vorkriegsdiplomaten – sofern sie sachlich gehalten und auf authentische Unterlagen sich stützen – gerade für uns, die wir politische Menschen sein wollen, außerordentlich interessant und aufschlußreich. Im besonderen Maße gilt dies von dem Erinnerungsbuch des Freiherrn von Eckardstein, der als erster Sekretär an der deutschen Botschaft in London leidenschaftlich für den deutsch-englischen Ausgleich gewirkt hat. Das Auf und Ab der deutsch-englischen Beziehungen und darüber hinaus die Ziellosigkeit unserer damaligen Außenpolitik ist hier mit großem Geschick dargelegt.

„Auf Hieb und Stich"

Stimmen zur Zeit am Wege einer deutschen Zeitung

Herausgegeben von Gunter d'Alquen

326 Seiten; Preis geb. RM. 3,60; Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf. GmbH., München-Berlin 1937

Ein „Brevier der anständigen Gesinnung" ist das neue schneidige Buch genannt worden. Als einen Kameraden im Kampf, Feind aller Unnatur und als willkommene Waffe begrüßen wir diese wertvolle Neuerscheinung mit dem Wunsche, daß sie einen noch größeren Kreis erfassen und ausrichten möge, als das „Schwarze Korps" schon zu seiner Gefolgschaft zählen darf. Es soll kein Lehrbuch sein, aber es bedarf kaum noch der Betonung, in welch einem besonderen Maße diese 70 Aufsätze aus dem „Schwarzen Korps" der Gestaltung der Idee und der Klärung unseres Wollens dienlich sind.

Hauptmann (E) Egon Hundeiker:

„Rasse, Volk, Soldatentum"

Mit 37 Abbildungen auf 10 Bildtafeln. Preis in Lwd. geb. 6,– RM.; br. 4,80 RM. J. F. Lehmanns Verlag, München 2 SW, 1937.

Der Offizier und der Rassenforscher haben sich in diesem vielseitigen Buch gefunden und zu einer nationalsozialistischen Volks- und Weltbetrachtung vereint, deren sowohl wehrgeschichtlich als auch nationalpolitisch erfahrungsreiche Darstellung einen wertvollen Beitrag zur Vertiefung unseres neuen Weltbildes liefert. Nicht allein für den Truppenführer, sondern mehr noch für den Politiker, gerade für die Außenpolitik ist das Wissen um das Denken und die Seele anderer Rassen, Völker und Heere von ausschlaggebender Bedeutung. Wir können das Buch gern empfehlen.

Generaloberarzt Dr. Hugo Bofinger:

„Sanitäts-Schule"

Für den Unterricht und Selbstunterricht in erster Hilfe bei Verletzungen, Unglücksfällen und Gesundheitsschädigungen durch chemische Kampfstoffe, nebst Anleitungen zur Verbandstechnik, Krankentransport und Desinfektion.

152 Seiten mit 120 Abbildungen; Preis br. 0,80 RM.

J. F. Lehmanns Verlag, München, 1937.

Für den Träger einer Weltanschauung, die so tief im Biologischen wurzelt wie die unsrige, ist dieses allgemeinverständliche kleine Buch ein Rüstzeug, das ein einfach notwendiger Bestandteil unseres Marschgepäcks sein sollte. Ein Hilfsbuch nicht nur für den Marschdienst, sondern ebenso wertvoll für den Marsch durchs Leben, für den Sozialismus im kleinen, d. h. für die ständige Hilfsbereitschaft und Hilfsfähigkeit bei den Vorkommnissen des Alltags. Von 500 000 jährlich verunglückenden Volksgenossen starben 24 000! Da ist das Studium dieser 150 Klein-Oktavseiten keine verlorene Zeit.

Zu unserer Bildseite 3

Der Berliner Kongreß: Im Vordergrund links auf den Stock gestützt der Jude Disraeli („die Rassenfrage ist der Schlüssel zur Weltgeschichte" ist seine bekannteste Äußerung).

Auflage der August-Folge über 2 Millionen

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Verlages und der Schriftleitung. Herausgeber: Der Reichsorganisationsleiter – Hauptschulungsamt. Hauptschriftleiter und verantwortlich für den Gesamtinhalt: Reichsamtsleiter Franz H. Woweries, MdR., Berlin W 35, Großadmiral-Prinz-Heinrich-Straße 12. Fernruf: 22 55 65; verantwortlich für die amtlichen Bekanntmachungen: Hauptorganisationsamt der NSDAP., München. Verlag Franz Eher Nachfg. GmbH., Zweigniederlassung Berlin SW 68, Zimmerstraße 87–91 (Zentralverlag der NSDAP.), Fernruf: 11 00 22; Druck: M. Müller & Sohn K.G., Berlin SW 19.

Im „Schulungsbrief" werden fortlaufend auf der Seite „Das deutsche Buch" die Neuerscheinungen des nationalsozialistischen Schrifttums eingehend gewürdigt. Bücher dienen nicht nur der Unterhaltung, sondern die Werke unseres Parteiverlages sind auch in der Schulung und Weiterbildung jedem Volksgenossen unentbehrlich. Bestellungen können Sie umstehend auf dieser Karte vornehmen und außerdem steht Ihnen auf Anforderung unser Verlagsverzeichnis „Deutsche Bücher" zur Verfügung

Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf. G.m.b.H., Berlin SW 68

An den

Sortiment-Versand
Franz Eher Nachf. G. m. b. H., Zentralverlag der NSDAP.

Berlin SW 68

Zimmerstraße 88

Beim Sortiment-Versand Franz Eher Nachf. G.m.b.H., Zentralverlag der NSDAP., Berlin SW 68, bestelle ich hiermit:

Voreinsendung auf Postscheckkonto Berlin 4454*)
Nachnahme

Anzahl

.... **Hitler, Adolf:** Mein Kampf in Leinen RM. 7,20

.... **Rosenberg, Alfred:** Der Mythus des 20. Jahrhunderts / Kampf um die Macht je RM. 6,—

.... **Rosenberg, Alfred:** Blut und Ehre / Gestaltung der Idee je RM. 4,50

.... **Dr. Goebbels, Joseph:** Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei/Signale d. neuen Zeit je RM. 4,50

.... **Berndt, Alfred-Ingemar:** Gebt mir 4 Jahre Zeit in Leinen RM. 3,60

.... **Dr. Ley, Robert:** Wir alle helfen dem Führer in Leinen RM. 3,—

.... **d' Alquen, Gunter:** Auf Hieb und Stich in Leinen RM. 3,60

.... **Zöberlein, Hans:** Der Glaube an Deutschland in Leinen RM. 7,20

.... **Zöberlein, Hans:** Befehl des Gewissens in Leinen RM. 7,20

.... **Adolf Hitler an seine Jugend** als Geschenkband besonders geeignet, RM. 1,60

*) Nicht Gewünschtes streichen

In dem Bestreben, jedem Volksgenossen mit bescheidenen Mitteln den Aufbau einer wertvollen Bücherei zu ermöglichen, schuf der Zentralverlag der NSDAP. das großzügige Werk, die

„Deutsche Kulturbuchreihe"

Für nur RM. 0,90 monatlich erhalten Sie vierteljährlich **nach freier Wahl** einen wertvollen Roman in Halbleder gebunden und außerdem monatlich kostenlos die Zeitschrift „Ich lese".

Hierdurch bestelle ich bis auf Widerruf — mindestens aber für die Dauer eines halben Jahres — die „Deutsche Kulturbuchreihe" Reihe A (ein Band), monatl. RM. 0,90 — Reihe B (zwei Bände), monatl. RM. 1,80

Verzeichnis über die bisher erschienenen Bände kostenlos.

Name: ....

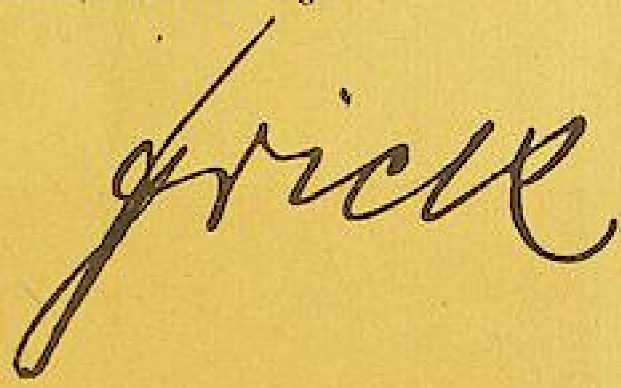
Ort: ....

Straße: ....

Männer der Partei und des Staates schreiben uns:

Die „Deutsche Kulturbuchreihe" ist eine wertvolle Bereicherung unseres deutschen Schrifttums, die, ausgezeichnet durch ihren geistigen Gehalt, ihre nationalsozialistische Grundhaltung und ihre äußere Gestaltung, wahrhaft deutsches Geistesgut wohlfeil allen Volksgenossen zugänglich macht.

Ich wünsche der verdienstvollen Schöpfung des Zentral-Parteiverlages der „Deutschen Kulturbuchreihe" weiteste Verbreitung.



Die „Deutsche Kulturbuchreihe" ist inhaltlich auf einer beachtenswerten Höhe, und ihre Bücher stellen eine angenehme und das Wissen fördernde Unterhaltungslektüre dar.

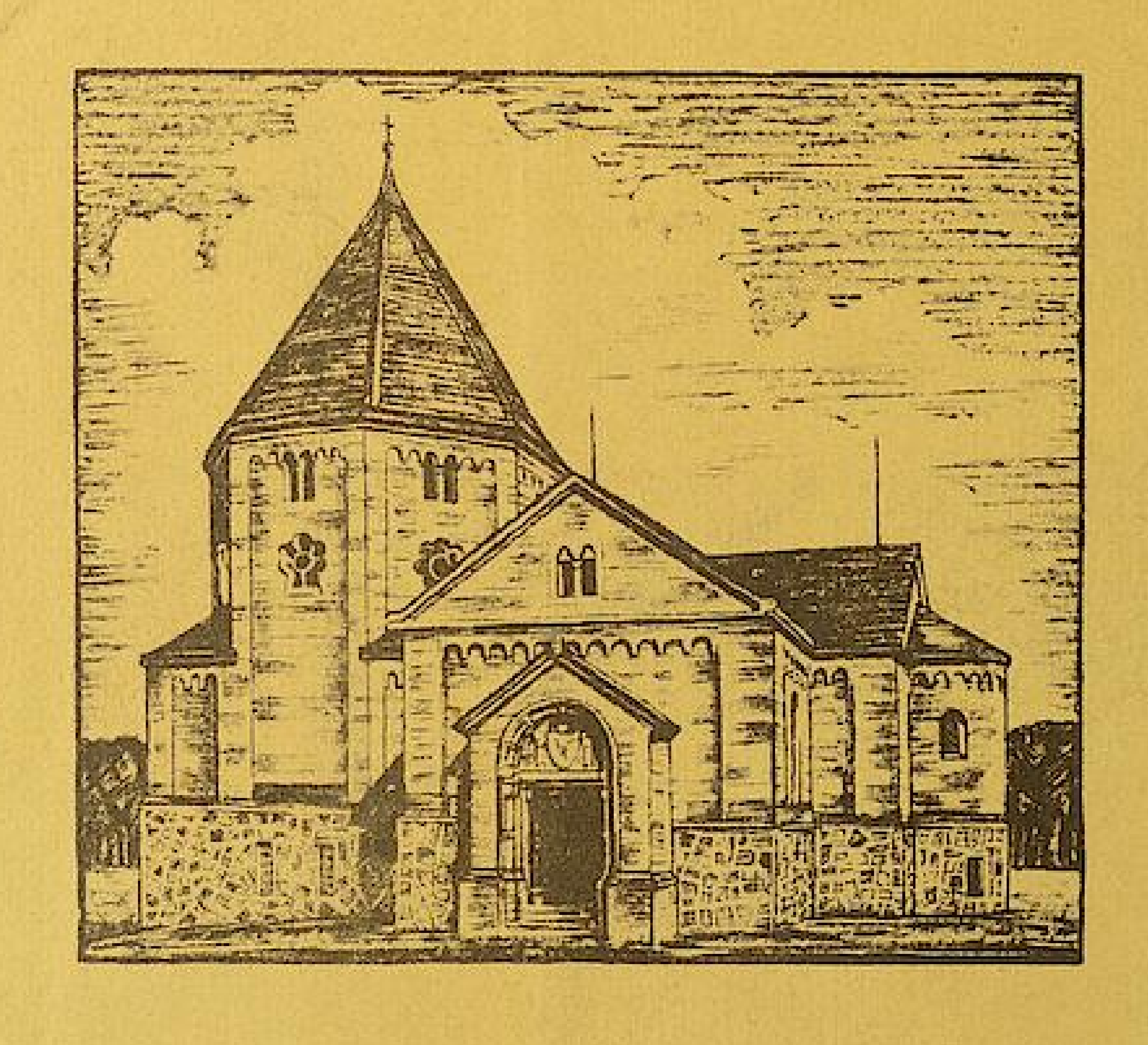
Die vom Zentralverlag der NSDAP. herausgegebene „Deutsche Kulturbuchreihe" betrachte ich als eine bedeutende verlegerische Tat. Wertvolle Werke zeitgenössischer deutscher Schriftsteller werden in geschmackvollster Ausstattung zu außerordentlich niedrigem Preise dargeboten. Die „Deutsche Kulturbuchreihe" ist eine Hausbücherei von bleibendem Wert.

Die Parole lautet: Die „Deutsche Kulturbuchreihe" in jede Hand!

Nähere Auskunft erteilt jede Buchhandlung und der

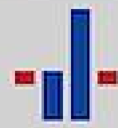
Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf. G.m.b.H.

Berlin SW 68, Zimmerstraße 87-91



Umschlagzeichnung: Hans Schirmer, Berlin

Oben: Bismarcks Grabstätte in Friedrichsruh
Zeichnung von R. Grundemann, Berlin



Das deutsche Buch

Ludwig Geßner:

„Der Zusammenbruch des Zweiten

und militärischen

RM.; br. 4,50 RM. C. H.
dlung, München 23, 1937.

iesem ausgezeichneten Ergebnis
ums und langjähriger Berufs-
politischen Erziehung dienen.
der Zeit bis zum Kriegsende,
erden klargelegt. Dabei wurde
lt der Darstellung die Volks-
ßt erhalten. Die in vorliegen-
fe gebrachten Auszüge „Fehler-
erk an wertvollen Erkenntnissen

berlain:

es 19. Jahrhunderts"

be; 1264 Seiten in zwei
is 5,70 RM.

A. G., München, 1936.

ge haben die Schulungsbriefe
sbetrachtung die Schwelle des
tten. Es ist unmöglich, das
großen Künders deutscher Zu-
s deutschen Lebens hinwegzu-
Deutschbewußtseins wurde vom
hamberlain hinübergerettet ins
berg).

er Weisen von Zion"

n, Preis 0,90 RM.
SDAP., Franz Eher Nachf.

er Weisen von Zion" kennt,
dentum mit allen Mitteln der
rotokolle abzustreiten versucht.
rücksichtslosen Weltherrschafts-
ate erst durch den National-
werden. Das Werk wird
ur noch besseren Verständlich-
es in der vorliegenden Folge
erstaatlichen Mächte im zweiten

omaten"

des Freiherrn Hermann

RM. Verlag: Paul List,

Diplomatenwelt der wilhelmi-
nig Liebe entgegen. Dennoch
iegsdiplomaten — sofern sie
hentische Unterlagen sich stützen
olitische Menschen sein wollen,
nd aufschlußreich. Im beson-
em Erinnerungsbuch des Frei-
als erster Sekretär an der
don leidenschaftlich für den

deutsch-englischen Ausgleich gewirkt hat. Das Auf und Ab der deutsch-englischen Beziehungen und darüber hinaus die Ziellosigkeit unserer damaligen Außenpolitik ist hier mit großem Geschick dargelegt.

„Auf Hieb und Stich"

Stimmen zur Zeit am Wege einer deutschen Zeitung

Herausgegeben von Gunter d'Alquen

326 Seiten; Preis geb. RM. 3,60; Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf. GmbH., München-Berlin 1937

Ein „Brevier der anständigen Gesinnung" ist das neue schneidige Buch genannt worden. Als einen Kameraden im Kampf, Feind aller Unnatur und als willkommene Waffe begrüßen wir diese wertvolle Neuerscheinung mit dem Wunsche, daß sie einen noch größeren Kreis erfassen und ausrichten möge, als das „Schwarze Korps" schon zu seiner Gefolgschaft zählen darf. Es soll kein Lehrbuch sein, aber es bedarf kaum noch der Betonung, in welch einem besonderen Maße diese 70 Aufsätze aus dem „Schwarzen Korps" der Gestaltung der Idee und der Klärung unseres Wollens dienlich sind.

Hauptmann (E) Egon Hundeiker:

„Rasse, Volk, Soldatentum"

Mit 37 Abbildungen auf 10 Bildtafeln. Preis in Lwd. geb. 6,— RM.; br. 4,80 RM. J. F. Lehmanns Verlag, München 2 SW, 1937.

Der Offizier und der Rassenforscher haben sich in diesem vielseitigen Buch gefunden und zu einer nationalsozialistischen Volks- und Weltbetrachtung vereint, deren sowohl wehrgeschichtlich als auch nationalpolitisch erfahrungsreiche Darstellung einen wertvollen Beitrag zur Vertiefung unseres neuen Weltbildes liefert. Nicht allein für den Truppenführer, sondern mehr noch für den Politiker, gerade für die Außenpolitik ist das Wissen um das Denken und die Seele anderer Rassen, Völker und Heere von ausschlaggebender Bedeutung. Wir können das Buch gern empfehlen.

Generaloberarzt Dr. Hugo Bofinger:

„Sanitäts-Schule"

Für den Unterricht und Selbstunterricht in erster Hilfe bei Verletzungen, Unglücksfällen und Gesundheitsschädigungen durch chemische Kampfstoffe, nebst Anleitungen zur Verbandstechnik, Krankentransport und Desinfektion.

152 Seiten mit 120 Abbildungen; Preis br. 0,80 RM. J. F. Lehmanns Verlag, München, 1937.

Für den Träger einer Weltanschauung, die so tief im Biologischen wurzelt wie die unsrige, ist dieses allgemeinverständliche kleine Buch ein Rüstzeug, das ein einfach notwendiger Bestandteil unseres Marschgepäcks sein sollte. Ein Hilfsbuch nicht nur für den Marschdienst, sondern ebenso wertvoll für den Marsch durchs Leben, für den Sozialismus im kleinen, d. h. für die ständige Hilfsbereitschaft und Hilfsfähigkeit bei den Vorkommnissen des Alltags. Von 500 000 jährlich verunglückenden Volksgenossen starben 24 000! Da ist das Studium dieser 150 Klein-Oktavseiten keine verlorene Zeit.

Zu unserer Bildseite 3

Der Berliner Kongreß: Im Vordergrund links auf den Stock gestützt der Jude Disraeli („die Rassenfrage ist der Schlüssel zur Weltgeschichte" ist seine bekannteste Äußerung).

Folge über 2 Millionen

r mit Genehmigung des Verlages und der Schriftleitung. Herausgeber: Der Reichsorganisa-
. Hauptschriftleiter und verantwortlich für den Gesamtinhalt: Reichsamtsleiter Franz H. Woweries,
al-Prinz-Heinrich-Straße 12. Fernruf: 22 55 65; verantwortlich für die amtlichen Bekanntmachungen:
Hauptorganisationsamt der NSDAP., München. Verlag Franz Eher Nachfg. GmbH., Zweigniederlassung Berlin SW 68, Zimmerstraße 87—91 (Zentralverlag der NSDAP.). Fernruf: 11 00 22; Druck: M. Müller & Sohn K.G., Berlin SW 19.